

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

## Krise und Arbeiterbewegung

Die internationale Arbeiterbewegung erlitt durch die Konterrevolution 1990 eine ihrer größten Niederlagen. Sie hatte die Dimension von 1914, als die meisten Führer der II. Internationale zur „Vaterlandsverteidigung“ aufriefen. Und sie hatte die von 1933, als in Deutschland die faschistische Diktatur errichtet wurde. Mit ihr waren die Weichen für den Zweiten Weltkrieg gestellt. Der Unterschied zu 1990: Das Kräfteverhältnis veränderte sich 1990 auf lange Dauer zugunsten der herrschenden Klasse. 30 Jahre später befindet

die Sicherung von Handelswegen zwecks Rohstoffzufuhr waren Bundeswehrgeneräle schon im Sommer 1990 bereit. In den regelmäßig erneuerten Verteidigungspolitischen Richtlinien läßt sich das seit 1992 nachlesen. Seit 1991, seit dem damaligen Irak-Krieg, an dem sich die Bundesregierung mit einem Milliardencheck beteiligte, begleiten neokoloniale Feldzüge die sogenannte Globalisierung, d. h. die sprunghafte Expansion von Kapital vor allem in neu erschlossene Niedriglohngelände in Osteuropa und Asien. Das schwächte

Statistikbehörde an, daß etwa sechs Millionen US-Amerikaner, die zur Miete wohnen, der Räumung entgegensehen. Das dürfte nur ein Anfang sein.

Zum Klassenkampf gehören auch die Verheerungen im Bewußtsein vieler Menschen. Sie geben zu großen Teilen ihre Wahlstimmen jenen, die ihnen weismachen, Migranten oder das Ausland seien schuld an ihrer Lage. Donald Trump gewann vor allem unter weißen Arbeitern zehn Millionen Stimmen im Vergleich zu 2016 hinzu. Hierzulande verkündet die AfD, Arbeiterpartei werden zu wollen. Die US-Wahlen zeigen aber auch, wie die KP der USA einschätzt, daß Kommunisten, Sozialisten und andere Linke noch mehr Menschen als ein Trump mobilisieren können, wenn sie sich organisieren. Das ist ein wichtiges Signal nach innen, ein Anlaß für größere Hoffnung nach außen ist es nicht. Der kommende US-Präsident Joseph Biden stellt ein Kriegskabinett zusammen, nach allem, was über die von ihm Nominierten bekannt ist.

Schwäche der Arbeiterklasse bedeutet im imperialistischen Kapitalismus stets steigende Kriegsgefahr. Die Weltwirtschaftskrise vertieft die Schwäche. Die sprunghaft ungleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung, wie Lenin 1916 das Resultat von Wirtschaftskrisen nannte, schafft zugleich neue Gegensätze und Machtverhältnisse auf globaler Ebene. Einen anderen Ausweg als Krieg aus einer solchen Situation kennt der Kapitalismus nicht. Hiergegen entschiedenen Widerstand zu leisten, ist unverzichtbar. Die Uhr steht sehr kurz vor zwölf.

Arnold Schölzel



New York 29. November: Mieter protestieren gegen die Privatisierung ihrer städtischen Wohnungen

sich die Welt in der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, und die herrschende Klasse der kapitalistischen Länder ist fest entschlossen, sie zur weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses zu nutzen. Wie in der Weltwirtschaftskrise von 1929 wird mit Nationalismus und sozialer Demagogie versucht, die Arbeiterbewegung und auch die Friedensbewegung zu spalten und weiter zu schwächen.

Eine faschistische Gefahr schien 1990 in der Bundesrepublik nicht zu bestehen, obwohl viele Marxisten und andere Menschen insbesondere in Deutschland vor neuem Nationalismus und Größenwahn warnten. Die Demagogen der Konterrevolution hatten Erfolg mit der Behauptung, bei der BRD handele es sich um eine gefestigte bürgerlich-parlamentarische Demokratie. Tiefe Wirtschaftskrisen werde es nicht mehr geben, hieß es, als der DDR-Anschluß vollzogen wurde. Die Rede war vom „Ende der Geschichte“. Nur Krieg für

die westeuropäische und die nordamerikanische Arbeiterklasse zusätzlich. Ganze Regionen der USA wurden deindustrialisiert, weil Kapital woandershin wandert. In der Bundesrepublik stagnieren die Reallöhne faktisch seit 30 Jahren, sanken sogar für fast ein Jahrzehnt, nachdem SPD und Grüne die „Agenda 2010“ durchgesetzt hatten. Die Reallöhne der 30 Prozent mit den geringsten Stundenverdiensten liegen sogar unter dem Niveau der 90er Jahre, berichtete das „Handelsblatt“ Anfang 2020. Die „Agenda 2010“ war ein Programm zur weiteren Schwächung der Arbeiterklasse, die in der Bundesrepublik je nach Zählweise zwischen 20 und 33 Prozent der Bevölkerung stellt. Sie soll, das zeichnet sich ab, spätestens nach den Bundestagswahlen die Krisenkosten bezahlen. In der Pandemie sind jetzt schon die sogenannten Minijobber vom Kurzarbeitergeld ausgeschlossen. In den USA gibt es keine ähnlichen Regelungen. Für Januar 2021 kündigte die US-

### Aus dem Inhalt



40 Jahre Krefelder Appell	3
Die Doppelmoral des Herrn Maas	4
Außenpolitik unter Biden	8
Ein Brief an Herrn Eppelmann	9
Verbrechen der USA	10
Bergkarabach: Ein neues Idlib?	11
Zukunftsprojekt Neue Seidenstraße	12
Machtkonzentration in Kolumbien	13
Überzeugender Wahlsieg in Bolivien	15
Corona-Impfstoff: Profit hat Vorrang	17
Steiniger Weg zu Freiheit	20
Zur Rolle des Massenbewußtseins	21
Ein Anschlag in Hamburg 1969	28
Leserbriefe	37

# Abrüsten statt Aufrüsten

*Der Arbeitsausschuß der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ rief zu Aktionen in der ersten und zweiten Dezemberwoche vor und während der Haushaltsberatungen des Bundestages auf:*

Das Gespenst des Kalten Krieges ist zurück. Die Welt steht am Rande des Friedens, denn sie wird zu einer zerbrechlichen Einheit. Das Krebsgeschwür des Nationalismus breitet sich aus. Soziale Ungleichheiten spitzen sich zu. Die globale Klimakrise bedroht die Menschheit. Kriege und Naturzerstörung sind entscheidende Gründe für Flucht und Vertreibung. Die Corona-Pandemie ist ein Beleg dafür, daß die sozialen und ökologischen Schutzschichten des menschlichen Lebens dünn geworden sind. Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute. Wir brauchen zivile Antworten, bei uns, in Europa und weltweit. Ein neuer Rüstungswettlauf ist bereits in vollem Gange. Konflikte, Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen tragen zu Flucht und Migration bei.

Abrüstung findet nicht statt, zentrale Vereinbarungen der Rüstungskontrolle wurden aufgekündigt. Neue Atomwaffen werden stationiert. Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekordhöhen; allein auf die zehn Länder mit

den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 Prozent. Und sie sollen weiter gesteigert werden. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten. Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf. Der Wahnsinn muß gestoppt werden. Andernfalls drohen neue Verteilungskämpfe zulasten sozialer und ökologischer Reformen.

Auf- und Hochrüstung ist keine Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit. Sie verschärft die Gefahr neuer Kriege und verschwendet wertvolle Ressourcen, die für eine friedliche Weltordnung dringend gebraucht werden – für den Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen, die Entwicklungszusammenarbeit und die Verwirklichung der Menschenrechte. Die doppelte Gefahr eines Selbstmords der menschlichen Zivilisation ist denkbar geworden, durch die Hochrüstung genauso wie durch die ungelösten sozialen und ökologischen Krisen.

Unsere Welt ist auf Gegenseitigkeit angewiesen, um Frieden zu schaffen und dauerhaft Abrüstung und Frieden zu verwirklichen. Für eine neue Entspannungspolitik in gesamt-europäischer Perspektive ist eine starke Zivilgesellschaft notwendig, nicht Spaltung und Ausgrenzung und schon gar nicht ein neuer Nationalismus. Das Friedensprojekt eines zivilen Europas muß nach wie vor zum Vorbild

für andere Weltregionen werden. Verantwortung übernehmen heißt deshalb: abrüsten statt aufrüsten.

Im November 1980 wurde der Krefelder Appell vorgestellt, mehr als fünf Millionen Bundesbürger haben ihn unterstützt. Damals lehnte die Friedensbewegung die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ab. Das fordern wir auch heute. In erster Linie wenden wir uns gegen das NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Ziele auszugeben.

Wir fordern eine neue Friedens- und Entspannungspolitik, ein System gemeinsamer Sicherheit und kontrollierter Abrüstung. Der Rüstungsexport an Krisenregionen, an kriegsführende Staaten und an diktatorische oder autokratische Regime muß schnellstmöglich beendet werden. Die Bundeswehr darf nicht mit bewaffneten Drohnen ausgestattet werden. Wir wollen ein atomwaffenfreies Deutschland und sprechen uns für eine weltweite Ächtung autonomer Waffensysteme aus.

Das Gebot der Stunde lautet: Investitionen in die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation – in Hochschulen, Schulen und Kitas, in den sozialen Wohnungsbau, in die öffentliche Infrastruktur, in mehr soziale Sicherheit und in den Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft. Denn wer den Frieden will, muß für den Frieden kämpfen.

## Weltweiten Rüstungswettlauf stoppen!

*Am 24. November schloß sich der Bundesvorstand der in Köln ansässigen „Föderation Demokratischer Arbeitervereine e. V. - Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu“ (DİDF) dem Aufruf an:*

(...) In der Woche ab dem 7. Dezember 2020 wird der Bundeshaushalt für 2021 verabschiedet und geplant ist, den „Verteidigungshaushalt“ erneut um 2,6 % zu steigern. Damit drohen Ausgaben von 50 Milliarden Euro für Rüstung!

Ungeheuerlich, denn Militarismus verschärft die ungelösten sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen, die die menschliche Zivilisation ohnehin bedrohen. Fast 80 Millionen Menschen sind jetzt schon auf der Flucht vor Hunger, Ausbeutung, Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen. (...) Auf nur zehn Länder fallen drei Viertel der weltweiten Rüstungsausgaben. Die Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ erklärt: (...) „Es drohen neue Verteilungskämpfe – national, europäisch, global. Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert neuer Gewalt oder ein Jahrhundert des nachhaltigen Friedens. Darüber entscheiden wir heute“, aber dafür muß sich eine starke neue Friedensbewegung formieren, denn wahrscheinlich bei keiner anderen existentiellen Frage unserer Zeit ist der Widerspruch zwischen der Bedeutung des Themas und der öffentlichen Aufmerksamkeit so groß, wie bei der Sicherung des Friedens und der Minderung von Kriegsgefahren. Wir fordern massive Investitionen in Schulen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, öffentliche Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau statt in Panzer und Bomben.

**Wir fordern: Rüstungswettlauf stoppen, jetzt!**

**Keine Drohnenbewaffnung!**

*Am 27. November schloß sich der Attac-Trägerverein e. V. in Frankfurt am Main dem Aufruf an:*

„Gerade in Zeiten von Corona ist internationale Zusammenarbeit ein dringendes Gebot. Wir brauchen eine international koordinierte Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen und Medikamenten für alle Menschen in allen Staaten.

Was wir nicht brauchen, sind die bestehende, zugespitzte Sanktionspolitik, nationalistische Vorteilssuche und der zunehmende Aufbau von Feindbildern“, sagt Matthias Jochheim von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Globalisierung und Krieg. „Die Rückkehr zum Menschen- und Völkerrecht ohne weitere militärische Interventionen und ohne den Einsatz von bewaffneten Drohnen ist auch eine zentrale Voraussetzung für die weitere globale Bekämpfung von Pandemien.“

Statt milliardenschweren Geschenken an die Rüstungsindustrie, wie sie etwa das Corona-Konjunkturpaket der Bundesregierung vorsieht, fordert Attac Investitionen in das Gesundheits- und Sozialsystem. Eine Erhöhung des Wehretats lehnt das Netzwerk ab.

Raphael Müller vom bundesweiten Attac-Rat: „Das Gebot der Stunde lautet: Reichtum umverteilen und für soziale Absicherung sorgen! Wir brauchen kein Geld für Rüstung und Militär, sondern für Gesundheit, Schulen und Kitas, für sozialen Wohnungsbau, öffentliche Infrastruktur, Klimaschutz und eine ökologische Kreislaufwirtschaft.“

Attac fordert die Bundesregierung zudem auf, jegliche Pläne zur Drohnenbewaffnung zu stoppen und den UN-Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen, der am 22. Januar in Kraft tritt. Raphael Müller: „Wie wär’s mit einem Beherbergungsverbot für Atomwaffen, bewaffnete Drohnen und das geplante NATO-Weltraumzentrum in Ramstein? Es wird Zeit, daß Deutschland atomwaffen- und kampfdrohnenfrei wird.“

*Auch Gewerkschaften wurden aktiv. Die Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. in Frankfurt am Main teilte am 2. Dezember mit:*

Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, der bei der Aktion am 5. Dezember in Berlin als Redner dabei sein wird, erklärt: „Wir müssen die Spirale der Hochrüstung brechen. Der DGB protestiert gegen den globalen Rüstungswahn und gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO. Aufrüstung und Waffengewalt lösen keine Probleme. Wir brauchen stattdessen Investitionen in eine ökologisch verträgliche und sozial gerechte Zukunft.“

„Nukleare Aufrüstung mit neuen Bombern mitten in der Corona-Pandemie ist skandalös. Unsere Gesellschaft braucht viel mehr Investitionen in ein handlungsfähiges Gesundheitswesen, in soziale Dienstleistungen und in soziale Sicherungssysteme, die wirklich alle vor Armut schützen“, unterstreicht der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke und ruft zum Mitmachen auf.

# 40 Jahre Krefelder Appell

## Die Friedensbewegung steht wieder vor ähnlich großen Herausforderungen

**E**in Blick zurück zu einer der erfolgreichsten Aktionen der Friedensbewegung und zu einer Zeit millionenfacher Proteste gegen die Gefahren des Atomkrieges hat viel mit den aktuellen Herausforderungen und Bedingungen zu tun, unter denen die Friedensbewegung heute agiert.

Der Krefelder Appell, der am 16. November 1980 öffentlich vorgestellt wurde, war ein Aufruf an die damalige Bundesregierung, die Zustimmung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa zurückzuziehen und innerhalb der NATO auf eine Beendigung des atomaren Wettrüstens zu drängen. Er wurde von fast fünf Millionen Bundesbürgern unterzeichnet. Der Aufruf bestand nur aus einem einzigen Satz: Ich schließe mich dem Krefelder Appell an die Bundesregierung an, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen“.

Der von dem damaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian verfaßte Text bildete die Grundlage des Gesprächs im Krefelder Seidenweberhaus, zu dem neben Gerd Bastian u. a. Petra Kelly, Martin Niemöller, Helmut Ridder, Christoph Strässer, Gösta von Uexküll und Josef Weber eingeladen hatten.

Der Appell brachte die Probleme auf den Punkt, war unter Friedensbewegten konsensfähig und trug zur Polarisierung zwischen Rüstungsbefürwortern und Rüstungsgegnern bei.

Die Unterschriften wurden gezählt, notariell bestätigt und der Bundesregierung und der Öffentlichkeit schubweise bis zum Stand von fünf Millionen mitgeteilt.

In der Krefelder Initiative trafen drei Generationen zusammen. So entstand eine bis dahin nicht gekannte Allianz. Daß der General, die grüne Umweltaktivistin, ein sozialdemokratischer Abgeordneter und traditionelle „Friedenskämpfer“ aus dem christlichen und linken Spektrum gemeinsam auftraten, war 1980 eine politische Sensation und eine Voraussetzung für die Ausstrahlungskraft dieser Initiative. Antifaschismus im besten Sinne des Schwures von Buchenwald verband die Generationen und war damals wie heute Grundlage des Friedensengagements. Verständigung auf das Wesentliche und Einigende war das Unterpfand des Erfolgs, heute vielleicht vergleichbar mit dem Aufruf der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“, welche die aktuelle Aufrüstung in die Schranken weisen will.

Aus dem Krefelder Grundgedanken, aufeinander zuzugehen, um den Frieden gemeinsam zu verteidigen, können wir vieles für heute lernen.

Quälende, lähmende und destruktive Auseinandersetzungen kann im Dialog überwunden werden. Der Krefelder Appell ist das beste Beispiel dafür, daß Differenzen, ja Kontroversen das Einigende nicht gefährden, sondern zu fördern vermögen. Ausgrenzung nutzt nur

der Kriegspolitik der Regierenden. Auch das ist eine Lehre aus 40 Jahren Krefelder Appell. Damals reichte die Liste prominenter Unterzeichner von Wolfgang Abendroth und Heinrich Albertz bis Heidemarie Wiczorek-Zeul und Peter Zadek. Einfacher wäre es aufzulisten, wer aus dem linken und demokratischen Lager nicht unterzeichnet hatte. Die Sozialdemokraten Erhard Eppler und Peter Glotz gehörten dazu. Sie warnten vor dem kommunistischen Einfluß, ohne allerdings damit große Wirkung zu erzielen. Der gewissermaßen als Staatsdoktrin herrschende Antikommunismus konnte die Wirkung des Appells zwar behindern, verhindern konnte er seine Wirkung auf die bundesdeutsche Gesellschaft jedoch nicht. Trug er doch dazu bei, daß die Mehrheit der Deutschen bis heute „kriegsunwillig“, ja pazifistisch eingestellt ist.

Das ist die vielleicht größte Langzeitwirkung des Krefelder Appells und der Friedensaktionen der 80er Jahre. Es gelang den Regierenden nicht, die deutsche Bevölkerung „kriegsreif zu schießen“, d. h., immer noch lehnt eine Mehrheit der Bürger trotz massiver ideologischer Kampagnen, Lügen und Hetze, Krieg als Mittel der Politik ab. Wie viele aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen auch heute bereit sind, sich zu engagieren, zeigt eindrucksvoll die Anzeige zur Abrüstung, die am 9. Mai in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurde.

Wie so oft bei Kampagnen entwickelte sich die Zustimmung von unten nach oben; bei der SPD, den Gewerkschaften wie auch den Kirchen. Es ging dabei nicht nur um eine Unterschrift, sondern um ein großes Gespräch sowie einen allgemeinen Lernprozeß. Die Menschen waren hoch motiviert und mobilisierten sich selbst.

Die Gründung von Friedensinitiativen, die wie Pilze aus dem Boden schossen, war für viele eine wichtige Erfahrung der Selbstorganisation und des eigenen Engagements. Etliche dieser Basisstrukturen und ihre Vernetzung bestehen bis heute und sind die Grundlage einer friedenspolitischen Infrastruktur in den Regionen. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften – vor 40 Jahren eine große Herausforderung – hat in den letzten Jahren an Stabilität zugenommen.

Der Appell wurde von Anhängern aller Parteien im Bundestag, den Grünen und der DKP getragen; von vielen Jugendorganisationen; von Mitgliedern der Gewerkschaften und Angehörigen der Verbände beider Konfessionen; von der Ökologiebewegung und der Deutschen Friedens-Union (DFU); von Frauenorganisationen aller Richtungen, Studentenverbänden, Jugendringen und Schülervertretungen; von Künstlern, Wissenschaftlern, Schriftstellern und Publizisten.

Trotz immer wiederkehrender Angriffe blieb es beim überparteilichen Charakter dieser Initiative. Den respektierte auch die DKP, die engagiert mitwirkte und deren Mitglieder sich beachtlich für den Appell einsetzten.

Die Friedensbewegung war vor 40 Jahren auch und besonders eine Bewegung der Jugend. Heute gilt es junge Menschen dafür wieder zu motivieren, indem diese ihre eigenen Zugänge und Aktionen entwickeln und finden. Aktionen der Jugend wie „Fridays for Future“ oder „Seebrücke“ sind große Hoffnungen, daß sich wieder mehr junge Menschen für die Überlebensfrage in neuen politischen Verbindungen und Strukturen engagieren.

Besonders spektakulär war der Einfluß des Krefelder Appell auf dem Hamburger Evangelischen Kirchentag 1981. 55 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterzeichneten den Aufruf. „Weil Christus kein Killer ist, haben die Apostel des Overkills mit seinem Evangelium nichts zu tun“, so Uta Ranke-Heinemann. Die Veränderungen der friedenspolitischen Positionen der SPD vom Ja zum Nein gegen die Atomwaffen ist sicherlich auch dem Krefelder Appell zuzurechnen. Das Rollback von SPD und Grünen von grundlegenden friedenspolitischen und Antikriegspositionen ist sicher einer der großen Verluste der letzten 30 Jahre und hat massive Auswirkungen auf die politische Kultur unseres Landes und die Friedensbewegung.

Die Krefelder Initiative verstand sich auch als inspirierendes und einigendes Dach neu entstehender berufsbezogener Friedensinitiativen. Über deren Funktion schrieb Professor Peter Starlinger von der Naturwissenschaftler-Initiative, daß sie spezifische berufliche und fachliche Erfahrungen in die politische Diskussion einbringen können. Sie reichten von Architekten für den Frieden und betrieblichen Friedensinitiativen bis zu Sportlern gegen Atomraketen und Sprachwissenschaftler für den Frieden. Viele bestehen noch heute.

Es fanden große Foren, Künstlerfeste, ein deutsch-amerikanisches Friedensfest, eine internationale Friedensstaffete, Aktionen der vielfältigsten Art statt. Politische Foren gab es 1981 in Dortmund, 1983 in Bonn und 1984 wiederum in Dortmund. Bei den Künstlerfesten 1981 in Dortmund und 1982 in Bochum nahmen mehr als 200 000 Menschen teil, 1984 in Dortmund und 1985 in Hannover beteiligten sich namhafte Künstler wie Harry Belafonte, Gitta Haenning, Miriam Makeba, Hannes Wader, André Heller u. a.

Zivile Konfliktbearbeitungsstrategien wurden verstärkt entwickelt. Dabei spielte die damals noch pazifistische Partei „Die Grünen“ eine wichtige Rolle. Ihr erstmaliger Einzug in den Bundestag 1983 war ein Meilenstein auch für parlamentarische Veränderungen. Friedensparteien im Bundestag sind für die Friedensbewegung wichtig und hilfreich. Dies gilt heute ausschließlich für die Partei Die Linke. Gegensteuern gilt aber auch für einzelne Abgeordnete von SPD und Grünen.

Nach dem Scheitern der Regierung Schmidt 1982 stimmte der Bundestag unter Kanzler Kohl im Jahr 1983 mehrheitlich der Stationierung der neuen Atomraketen zu. Die „Krefelder“ entwickelten daraufhin im November

1984 die neue Kampagne „Hiroshima mahnt – Stoppt den Rüstungswahnsinn“. Die atomare Aufrüstung sollte gestoppt, die militärische Nutzung des Weltraums verboten und der Rüstungshaushalt eingefroren werden. Aber heute, nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, gibt es 36 Kriege und über 200 bewaffnete Konflikte in der Welt. Die Gefahr eines Atomkrieges ist absolut real. Völkerrechtswidrige Kriege um politischen und wirtschaftlichen Einfluß drohen zu eskalieren, Atomwaffen lagern einsatzbereit nach wie vor auch auf deutschem Boden, und der Einsatz atomarer Waffen ist weiterhin Bestandteil der Kriegsführungsstrategien. Doch es gibt auch Widerstand. So gegen das Klimadesaster „Stuttgart 21“, die Atomenergie oder auch gegen neue Kriege. Spontan oder organisiert. Dabei werden grundlegenden Veränderungen der gesellschaftlichen Aktionstätigkeit deutlich. So durch das Internet und die gesamte elektronische Kommunikation, durch die viel stärkere internationale Vernetzung des Protestes, aber auch durch das deutlich erkennbare kurzfristige und projektorientierte Engagement der handelnden Akteure. Onlineaktivitäten sind gerade mit

der Corona-Pandemie nicht mehr aus dem Handlungssportefeuille der Friedensbewegung wegzudenken. Diese Vernetzungen verbinden, ersetzen aber weder das Treffen noch die „Straße“. Wahrscheinlich liegt in einer klugen strategischen Verbindung aller Komponenten die Zukunft.

Nicht zu übersehen ist, daß im Zuge der konfrontativen Neujustierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber China und Rußland die Menschen wieder an aggressive Konfrontation und Krieg gewöhnt werden sollen. Neue Propagandamuster erneuern den historischen Antikommunismus durch eine neue Rußlandhetze. Sie werden ergänzt durch neue Feindbildkonstruktionen. Genannt seien nur die Stichworte „Terrorismus“ und „Islam“. Innenpolitische Feindbilder zur Absicherung eines autoritären Führungsstaates kommen hinzu.

Der Krefelder Appell und die Bewegung, die sich um ihn herum entwickelte, brachten zwar nicht das unmittelbar angestrebte Ergebnis. Sie führten jedoch zu einem Bewußtseinswandel und dem Glauben an die eigene Kraft, wie sich in zahlreichen aktuellen Auseinandersetzungen zeigt. Die

damaligen Erfahrungen verweisen darauf, daß außerparlamentarische Initiativen die gesellschaftliche Hegemonie in politischen Fragestellungen gewinnen können.

Ein aktionsorientierter Höhepunkt war sicher der millionenfache Protest weltweit am 15. Februar 2003 gegen den Irak Krieg.

Für die Friedensbewegten unterstreicht der Rückblick auf den Krefelder Appell: Es ist gut und wichtig, sich organisationsübergreifend auf überschaubare Ziele zu einigen, und um diese eine Auseinandersetzung zu führen. Das ist bekanntlich nicht immer einfach, weil die zahlreichen Organisationen und Initiativen breit gefächerte spezifische Ziele verfolgen. Im Zusammenhang mit den Aktionen gegen das Zwei-Prozent-Ziel der NATO und gegen Rüstungsexporte ist dieses jedoch ebenso gelungen wie beim Kampf gegen die Atomrüstung.

Entscheidend ist die Gewinnung der Unterstützung durch die Mehrheit der Bevölkerung. Es bleibt dabei: Frieden braucht Bewegung und vielfältige breite Koalitionen.

**Unsere Autoren, Horst Trapp und Reiner Braun, gehörten der Krefelder Initiative an.**

## Die Doppelmoral des Herrn Maas

*Am 26. November gaben der russische Außenminister Sergej Lawrow und der Außenminister der Republik Belarus, Wladimir Makej, nach einem Treffen der Kollegien beider Außenminister in Minsk eine gemeinsame Pressekonferenz. Wir dokumentieren Auszüge aus den Antworten Lawrows:*

Wir haben zahlreiche Tatsachen grober Einmischung sowohl der Vereinigten Staaten als auch derjenigen, die sich im Fahrwasser der amerikanischen Politik (ich meine einzelne europäische Hauptstädte) befinden, in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten festgestellt. Die schmutzigen Methoden der „Farbenrevolutionen“ werden weiterhin angewendet, einschließlich der Manipulation der öffentlichen Meinung, der Schaffung und Unterstützung offen regierungsfeindlicher Kräfte und der Förderung ihrer Radikalisierung. Wir sehen, wie diese Methoden gegenüber der Republik Belarus zum Einsatz kommen. (...) Die Republik Belarus ist unser Verbündeter und strategischer Partner, aber auch unser Brudervolk. Wir sind daran interessiert, daß die Situation im Land ruhig und stabil ist. Dazu wird die durch die Führung der Republik eingeleitete Verfassungsreform als wichtige Phase der Transformation des politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systems beitragen.

Wir gehen davon aus, daß das belarussische Volk weise ist und immer ausgewogen handelt. Es ist in der Lage, seine Probleme ohne fremde Hilfe und ohne obsessive Angebote ungebeter Vermittlung zu lösen. Es ist offensichtlich, daß versucht wird, eine Normalisierung der Situation zu verhindern. Dafür

gibt es viele Beispiele: Der Wunsch nach Radikalisierung der Demonstranten, Aufrufe zur Sabotage und zum Verrat, darunter solche, die vom Ausland ausgehen. (...)

*Am 18. November dieses Jahres beschuldigte Ihr deutscher Kollege Heiko Maas die belarussischen Behörden der grausamen Unterdrückung friedlicher Proteste. Dabei forderte er die Anwendung des Instrumentariums des Europarates zur Überwachung der Situation auch in den europäischen Ländern, die der Organisation nicht beitreten möchten. Wie würden Sie dies kommentieren?*

(...) Es ist kein Geheimnis, daß Heiko Maas auf diesem Treffen vor der von Ihnen erwähnten Pressekonferenz sein Programm für die nächsten sechs Monate in einem politisierten und inakzeptablen Ton, unhöflich und undiplomatisch, vorstellte. Er hatte ziemlich viele russophobe Aussagen. Es gab nicht nur Ansprüche gegen die Republik Belarus, sondern auch unbegründete russophobe Anschuldigungen gegen die Krim, Abchasien, Südossetien, Transnistrien und die Südostukraine. Er sprach auch ziemlich seltsam über die Einigung zu Bergkarabach.

Auf der Pressekonferenz forderte Heiko Maas alle auf, „die Weltordnung auf der Grundlage von Regeln zu respektieren“. Unsere westlichen Kollegen haben das grundsätzlich nicht vor und wollen das Völkerrecht nicht respektieren. Er erklärte wirklich, daß die Grundsätze des Europarates durch geeignete Instrumente aufgezwungen werden sollten, auch gegenüber Ländern, die nicht Mitglieder des Europarates sind. Ich halte das für absolut inakzeptabel. Es ist merkwürdig, daß ausgerechnet Deutschland neuerdings beschlossen

hat, als Lokomotive für eher aggressive Ansätze gegenüber Staaten zu fungieren, die nicht Mitglieder der NATO und der Europäischen Union sind.

Wenn man objektiv bleibt und auf Doppelmoral achtet, dann haben weder Heiko Maas noch andere Vertreter westlicher Länder noch UN-Strukturen, die sich mit Menschenrechten befassen, ein Wort über die eher „harten“ Vorfälle in Frankreich und Deutschland gesagt. In Frankreich gab es Demonstrationen der „Gelbwesten“, in Deutschland Proteste gegen Beschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie sowie in einer Reihe anderer Länder, darunter in Polen gegen das Verbot der Abtreibung. Sie wurden sehr brutal aufgelöst.

Internationale Organisationen, etwa das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte, schwiegen. Französische Menschenrechtsaktivisten haben die Situation um die „Gelbwesten“ völlig anders behandelt als die Situation in Rußland oder Belarus, und riefen anfangs vorsichtig zur Überwindung von Differenzen auf. Aber dann wurden die „Gelbwesten“ brutal von der Polizei verfolgt. Nach Schätzungen französischer Menschenrechtsverteidiger wurden fast 15 000 Gummigeschosse auf die Demonstranten gefeuert, 2 500 Menschen verletzt, 12 000 inhaftiert, von denen 2 000 verurteilt wurden, auch zu Haftstrafen. Niemand spricht darüber. Das ist die Reihenfolge der Dinge, wenn es „ihre eigenen“ sind. Das muß insbesondere von denjenigen, die dem Europarat vorsitzen, beseitigt werden. (...)

Wir werden uns bemühen, daß der Europarat, insbesondere unter dem deutschen Vorsitz,

solche Themen nicht vergißt, die der Westen auf jede erdenkliche Weise versucht, „unter den Teppich zu kehren“. Das betrifft die Diskriminierung der russischsprachigen Bewohner der baltischen Staaten, das beschämende Phänomen der Staatenlosigkeit, sogenannte Reformen im Bereich von Bildung und Sprache in der Ukraine, die eine einzige Sprache diskriminieren – Russisch, im Gegensatz zu den Sprachen anderer nationaler Minderheiten, da sie zu den Sprachen der Europäischen Union gehören. Wir werden es nicht hinnehmen, daß der Europarat (oder einige seiner Mitglieder) versucht, Tatsachen vorsätzlicher Belästigung von Vertretern russischer Medien zu unterschlagen, ganz zu schweigen von der Verherrlichung des Nazismus. (...)

*Wie beurteilen Sie die Aussichten für den Abschluß neuer strategischer Stabilisierungsverträge mit den Vereinigten Staaten unter der neuen Regierung? Im vergangenen Jahr sprach US-Präsident Donald Trump von einem neuen trilateralen Dokument unter Beteiligung von Rußland, den USA und China. Was wird jetzt passieren?*

Das ist eine lange Geschichte. In der Tat war die Trump-Regierung von der Idee einer Beteiligung der Volksrepublik China an den Abrüstungsverhandlungen überwältigt (ich kann kein anderes Wort finden). Zunächst sprachen sie über die Notwendigkeit, die VR China in den derzeit noch geltenden bilateralen Vertrag zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Offensivwaffen (New START) aufzunehmen, obwohl dies per Definition unmöglich ist. Dann haben sie angeboten, einen neuen Vertrag zu schaffen, aber diesen nicht zu verlängern, da er bereits veraltet und bilateral sei und sie einen Schritt in Richtung multilateraler Abrüstung und Rüstungskontrolle machen wollten. Ihre Position hat sich sehr chaotisch entwickelt. Anschließend legten sie den Vorschlag vor, den Vertrag um ein Jahr zu verlängern, jedoch unter der Bedingung, daß wir gegenseitig die Sprengköpfe nachzählen und die Zugänge zu Werken des militärisch-industriellen Komplexes kontrollieren. Es ist aber unseriös und unprofessionell, Sprengköpfe zu zählen und dabei die Träger zu ignorieren, die neuen Technologien, die sich direkt auf die strategische Stabilität auswirken.

Vor geraumer Zeit, Anfang dieses Jahres, haben wir unseren amerikanischen Kollegen Vorschläge zur Strukturierung des weiteren Dialogs über Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung vorgelegt. Sie blieben dabei: nur die Sprengköpfe. Sie haben sich seit langem für russische taktische Atomwaffen interessiert, daher ein solches Interesse an den Sprengköpfen, während sie tatsächlich alles andere ignorieren. Und wir antworten, daß wir bereit sind, über nichtstrategische Atomwaffen einschließlich Sprengköpfen zu sprechen, wenn die Amerikaner ihre taktischen Waffen aus dem Ausland entfernen. In Europa werden solche Waffen in fünf NATO-Ländern gelagert. Darüber hinaus führen NATO-Strukturen Schulungen im Umgang mit Atomwaffen unter Einbeziehung von Militärpersonal aus nichtnuklearen Staaten durch. Dies ist ein

offensichtlicher Verstoß gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Was die Volksrepublik China betrifft, so hat der Präsident der Russischen Föderation, Wladimir Putin, wiederholt erklärt, daß wir nichts dagegen haben, sondern daß die VR China entscheiden muß. China hat mehrfach öffentlich erklärt, daß es nicht an den Verhandlungen mit Rußland und den USA teilnehmen wird, da sein nukleares Arsenal um Größenordnungen kleiner ist als die entsprechenden Moskau und Washingtons. Wir respektieren diese Position. Wenn und wann die Amerikaner China überzeugen, sich multilateralen Verhandlungen anzuschließen, werden wir nichts dagegen haben. Wir sind bereit, daran teilzunehmen, wenn die VR China dem freiwillig zustimmt. Aber wir werden Peking nicht aus einer Laune heraus für die Amerikaner überzeugen. Wenn jedoch ein multilaterales Format für Abrüstungsangelegenheiten und Rüstungskontrollverhandlungen geschaffen wird, werden wir darauf bestehen, daß sich die Franzosen und Briten dem Format anschließen.

Als wir das den Amerikanern sagten, sprachen sie davon, daß es um ihre Verbündeten geht und daß sie für sie bürgen würden. Gerade weil sie Verbündete der Vereinigten Staaten sind, würden wir sie gerne am Verhandlungstisch sehen, wenn die Verträge einen multilateralen Charakter gewinnen sollen. Washingtons absolut feindselige Doktrin gegenüber der Russischen Föderation kann nur Fragen zu den Motiven der US-Verbündeten aufwerfen, ob in Europa oder in Asien. Wenn sie militärische Bündnisse mit einem Land eingehen, das uns zu einem feindlichen Staat erklärt, müssen wir Schlußfolgerungen in Bezug auf diese Verbündeten ziehen.

Ich sehe nicht, wie es jetzt möglich ist, ernsthaft mit der Trump-Administration über irgendetwas bezüglich des weiteren Prozesses der Rüstungskontrolle zu verhandeln. Wir wissen nicht, welche nächste Regierung ins Weiße Haus kommen wird und welche Einstellungen sie haben wird. (...)

*Auf der ganzen Welt nehmen die Protestaktionen der Bürger bei verschiedenen Gelegenheiten zu, auch auf politischer Ebene. Die Reaktion der Strafverfolgungsbehörden ist überall gleich, bis hin zum Einsatz von Gewalt und Spezialausrüstung. Dabei finden solche Ereignisse in Belarus erhöhte Aufmerksamkeit von ausländischen Politikern. Was ist dafür Ihrer Meinung nach der Grund?*

Ich habe bereits Beispiele dafür angeführt, wie Proteste in Frankreich unterdrückt werden. Seriöse Zahlen werden der breiten Öffentlichkeit nicht gern mitgeteilt. Menschenrechtsorganisationen des UN-Systems, zahlreiche Menschenrechtsberichterstatter versuchen auf jede erdenkliche Weise, für westliche Vertreter unangenehme Themen zu vermeiden.

Wenn wir über die Proteste in Paris sprechen, gibt es jetzt eine sehr breite Welle gegen den Gesetzentwurf „Über die globale Sicherheit“, der ein Verbot von Fotografie, Videoaufnahmen und anderer Identifizierung von Strafverfolgungsbeamten enthält. Ich kann mir vorstellen, wie viel Lärm entstanden wäre, wenn dies in Rußland oder in der Republik

Belarus geschehen wäre. Die französische Öffentlichkeit und die Menschenrechtsorganisationen sind darüber besorgt, aber wir sehen keine Reaktion von internationaler Seite. Als Proteste gegen die Gesetzesvorlage ausbrachen, wurden Wasserwerfer und Lärmgranaten eingesetzt. Genauso wie die Demonstranten selbst führten sie provokante Aktionen durch, mit Steinen und Stöcken. Ein Polizist wurde verletzt. Ich wiederhole, all dies hindert den Westen nicht daran, Moralpredigten denen zu halten, die nicht seine Verbündeten sind.

Abstimmungen in Rußland oder Belarus werden „unter der Lupe“ betrachtet. Wenn eine solche Geschichte in den Vereinigten Staaten passiert, wird erklärt, daß das normal, daß das Demokratie und alles in Ordnung sei. Obwohl bereits angesehene, seriöse Denkfabriken in den Vereinigten Staaten selbst direkt von „Problemen mit dem US-Wahlsystem“ sprechen. Es entspricht, vorsichtig gesagt, nicht vollständig den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Das schreiben sie selbst, aber unsere internationalen Partner ziehen es vor, dies alles zu ignorieren und sich auf die Länder zu konzentrieren, deren „Regime“ ihnen nicht passen. Wenn UN-Berichterstatter, das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, gewalttätige Zusammenstöße in westlichen Hauptstädten beschreiben, fordern sie alle auf, im Dialog Lösungen zu finden. Wenn sie uns oder Belarus kritisieren, fordern sie einen Systemwechsel. Das ist mit bloßem Auge zu sehen. Wir haben schon lange keine Illusionen darüber, welche Standards der Westen fördert und wie heuchlerisch sie sind. Wir werden kämpfen und unseren Standpunkt in den UN-Gremien verteidigen, wo diese Fragen in Betracht gezogen müssen. Wir werden nicht gestatten, die Übel der westlichen Gemeinschaft zu vergessen.

Übersetzung aus dem Russischen:

**Jutta Schölzel**

Seitdem es die Zeitschrift „RotFuchs“ gibt, ist **Wolfgang Metzger** als Mitglied der Redaktion dabei. Nach dem Tod Klaus Steinigers übernahm er für drei Jahre bis zum Frühjahr 2019 deren Leitung. Nun zieht er sich aus der Redakteursarbeit aus Altersgründen zurück, bleibt uns aber – Marx, Engels und Lenin sei Dank – als Autor, Zuarbeiter und Kritiker erhalten. Ohne seinen Fundus an sowjetischer und DDR-Kultur, ohne seine Kontakte zu vielen Schriftstellern und Künstlern, ohne seine Akrilie beim Lektorieren von Texten war und bleibt der „RotFuchs“ nicht vorstellbar. Aber die Zeit ist gekommen, Dir, lieber Wolfgang, ganz herzlichen Dank zu sagen für das, was Du bisher für den „RotFuchs“ geleistet hast. Bleib gesund und so schaffensfroh wie wir Dich kennen.

**Redaktion und Vorstand**

# In guter Tradition

## Die deutsche Verteidigungsministerin will gegen Rußland Stärke zeigen

Mit Rußland müsse „aus einer Position der Stärke heraus“ verhandelt werden, erklärte Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) am 25. November im Bundestag, weswegen „wir unsere Position stärken“ müßten. Und sie fügte laut Plenarprotokoll hinzu: „Auch das war immer eine gute Tradition deutscher Außenpolitik, und das sollte sie für die Zukunft auch bleiben.“

Eine gute Tradition der deutschen Außenpolitik? Die soll auch für die Zukunft gelten? Die Frage ist berechtigt, ob die Dame jemals vom Ersten und Zweiten Weltkrieg gehört hat. Kaiser Wilhelm II. erklärte am 4. August 1914: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.“ Etwas – aber nur etwas – prosaischer drückte sich der gelernte Pfarrer und nachmalige Bundespräsident Joachim Gauck fast genau 100 Jahre später aus: Deutschland müsse endlich seiner weltpolitischen Verantwortung gerecht werden und sich deshalb „früher, entschiedener und substantieller einbringen“. Die Bürgermedien lagen dem ehemaligen Chef der nach ihm benannten Behörde zu Füßen und kommentierten zustimmend. Ein Beispiel mit aktuellem Bezug: Der Gründungsintendant des Deutschlandradios, Ernst Elitz, empfahl in einem „Bild“-Kommentar ebenfalls 2014: „Nur Zwangsmaßnahmen, die unerbittlich die Lebensstränge von Rußlands Wirtschaft mit dem Westen kappen, werden wirken.“ Das ist wieder im Kampf um die Fertigstellung der Gasleitung „Nord Stream 2“ aktuell.

Die sich mit dem Akronym AKK vermarkten lassende Verteidigungsministerin will aber die Autonomie einer europäischen Rüstungs- und „Sicherheitspolitik“ nicht zu weit treiben. Ohne die schützende Hand der USA – egal wer das Zepher im Weißen Haus schwingt – sei Europa schutzlos den Bedrohungen aus dem Osten, sprich Rußland ausgeliefert, mahnt sie immer wieder und legte sich deswegen sogar mit dem französischen Staatspräsidenten an, der die „strategische Autonomie“ der EU erfunden hat. Ob AKK sich traditionsbewußt an die Worte des Vorsitzenden des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumachers erinnert hat? Der war kaum aus den Konzentrationslagern der Nazis entlassen, als er – die USA besaßen noch das Atomwaffenmonopol – auf die besorgte Frage nach einem Dritten Weltkrieg sinngemäß antwortete: „Kann sein, aber diesmal sind wir an der Seite mit den USA.“

Zurück in die Gegenwart: Als AKK im Bundestag halluzinierte, wer den „Bedrohungen etwas entgegensetzen“ wolle, „um aus einer Position der Stärke heraus in alter deutscher Tradition eben auch gute Verhandlungen führen zu können“, konterte der Sicherheitsexperte der Linkspartei Alexander Neu mit simplen Fakten: Mit einem Rüstungsetz von insgesamt 279 Milliarden US-Dollar gäben die europäischen NATO-Staaten viermal so viel aus wie Rußland. Neu knüpfte darin die Frage: „Wieviel mehr sollen dann eigentlich die europäischen Mitgliedstaaten ausgeben, auch Deutschland, um ein Überlegenheitsgefühl generieren zu können? Und halten Sie das angesichts der Tatsache für angemessen, daß mit

Blick auf Corona die Schulen keine Luftfilter bekommen, was etwa 1 Milliarde kosten und was einen ziemlich wertvollen Dienst für die Gesellschaft darstellen würde?“

Das sei kein Argument, befand AKK. Entscheidend sei, daß „die russische Seite massiv in die Modernisierung ihrer Streitkräfte investiert“ habe. (Anmerkung zwischendurch: Weiß sie, was im Pentagon ausgeheckt wird?). Die Bedrohung sei „sehr viel evidenter geworden“. Sie empfehle Gespräche mit „den Kollegen aus den baltischen Staaten, aus Schweden, aus Mittel- und Osteuropa.“ Sieh mal an! War es nicht der damalige US-Außenminister James Baker, der vor 30 Jahren der Sowjetunion zugesagt hatte, daß sich die NATO keine zwei Zoll jenseits der neuen deutschen Ostgrenze bewegen werde? Heute beklagt sich AKK darüber, Rußland habe sich erdreistet, einen beträchtlichen Teil seiner Streitkräfte näher zur NATO-Ostgrenze zu bringen.

Der Dame AKK mag vielleicht die Gnade einer späten Geburt zugefallen sein. In Anbetracht ihrer Funktion entlastet es sie nicht davon, sich an den August 1914 zu erinnern: Mit Hurratriotismus, aus einem Gefühl der Unbesiegbarkeit heraus, ließen sich Millionen Menschen zur Schlachtbank führen. Vor allem sollte sie sich an den 22. Juni 1941, der sich im kommenden Jahr zum 80. Mal jährt, erinnern, als die Sowjetunion „aus einer Position der Stärke“ heraus überfallen wurde. Wenn AKK das Ende des Abenteuers nicht kennen sollte – das Lösen eines einfachen Kreuzworträtsels kann helfen.

**Hans Schoenefeldt**

# Brüssels Dilemma

## Bidens Kurs gegen China

Der President-elect sucht im Machtkampf gegen China die Initiative zu übernehmen. Erst am 15. November hat sich mit RCEP das größte Freihandelsbündnis der Welt gegründet, ein rein asiatisch-pazifischer Zusammenschluß um die ASEAN-Staaten und die Volksrepublik, der fast 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung auf die Waage bringt. Damit haben RCEP bzw. letztlich sein einflußreichstes Mitglied, China, langfristig das Potential, im Welthandel wichtige Standards zu setzen: Erstmals seit dem Aufstieg der Kolonialmächte gäben dann nicht mehr Europa und die Vereinigten Staaten den Takt der Weltwirtschaft vor. „Wir“, ließ sich schon am folgenden Tag Joseph Biden zitieren, um gar nicht erst unliebsame Gedanken aufkommen zu lassen, „wir machen 25 Prozent der Weltwirtschaft aus“ – und wenn „wir“, die USA, „mit anderen Demokratien auf einer Linie“ lägen, „mit weiteren 25 Prozent oder gar mehr“, dann könnten auch in Zukunft „wir die Handelsregeln festlegen“, damit „nicht China und andere“ dies tun.

Bidens Antwort auf die Gründung von RCEP ist zugleich eine Antwort, wenn auch nur eine halbe, auf Vorstöße in Sachen China aus der EU. Berlin und Brüssel haben in den vergangenen Tagen und Wochen keinerlei Zweifel daran gelassen, daß sie sich von der künftigen US-Regierung eines erhoffen, was mit der scheidenden Administration nicht möglich war – sich im Machtkampf um die Normierung der Weltwirtschaft eng mit Washington und vielleicht auch mit Tokio abzustimmen, etwa im Rahmen der WTO. China ökonomisch Seite an Seite mit der EU in die Schranken zu weisen oder dies doch wenigstens zu versuchen, dazu ist Biden offenkundig bereit. Details will er allerdings erst am Tag nach seinem Amtsantritt bekanntgeben. Spekuliert wird viel – etwa darüber, ob der President-elect im Bemühen, die Welthandelsregeln zu bestimmen, die USA auch in das transpazifische Freihandelsabkommen CPTPP führen könnte, das Überbleibsel des einstigen Obama-Projekts TPP, was der Trump-Administration so schroff Abschied nahm. Eine

CPTPP-Erweiterung ist ohnehin im Gespräch: Großbritannien will Mitglied werden.

Eine halbe Antwort ist Biden der EU freilich schuldig geblieben: darauf, wie seine Regierung es mit der Trumpschen „Entkopplung“ von China halten will. Die Industrie der EU, vor allem aber Deutschlands ist auf den riesigen chinesischen Zukunftsmarkt angewiesen; ohne ihn bräche sie – und mit ihr die deutsch-europäische Wirtschaftsmacht – dramatisch ein. Nicht ohne Grund insistieren Berliner Politiker darauf, China dürfe nicht nur als „Systemrivale“ angegriffen werden, es müsse trotz alledem auch „Wirtschaftspartner“ bleiben. Eine „Entkopplung“ torpedierte dies. Die US-Sanktionen gegen Beijing, die das Decoupling forcieren, sind nun aber im US-Kongreß von Bidens Demokraten nach Kräften ausgeweitet worden. Nimmt die zukünftige Administration dabei keine Rücksicht auf die EU, droht der nächste transatlantische Streit.

**Jörg Kronauer**

(Kommentar in „junge Welt“ vom 18. November)

# Den Putsch stoppen!

## Stellungnahme der KP der USA zum Wahlausgang

Die Freude und Erleichterung, die nach der Meldung über den Sieg Joe Bidens bei den Wahlen im ganzen Land ausbrach, war riesig. Zig Millionen Anrufe, Postkarten, Tweets sowie Besuche bei der Familie, den Nachbarn und Freunden als auch spontane Straßenfeste um die Abwahl Donald Trumps zu feiern. Dies waren auch Stimmen gegen Faschismus, Rassismus, Haß und Spaltung. Sich mit dem Wahlzettel dagegen zu positionieren, macht diese Präsidentschaftswahlen wohl zu einer der wichtigsten in unserem Leben! Ausdrücke wie „We did it! – Wir haben es geschafft!“ verdeutlichen das Verständnis einer als Kollektivaktion verstandenen Abwahl. Dies ist ein Umstand, der auch durch Gewerkschaften, Massenorganisationen und linke Kräfte, einschließlich unserer Partei, erkannt werden sollte. Denn dies war ein Sieg aller Menschen! Diese Bewegung hat das Potential, in zukünftigen Kämpfen das Bewußtsein der Menschen für ihre eigenen Interessen zu erhöhen und so zu ermöglichen, sich besser als bisher gemeinschaftlich zu organisieren. Es muß erkannt werden, welche Kraft in der Führungstätigkeit von Frauen steckt und welche Mobilisierungsmöglichkeiten Gewerkschaften bieten. Denn beide Faktoren sorgten erst dafür, daß Latinos, Afroamerikaner, Jugendliche und Durchschnittsamerikaner sowie ihre jeweiligen Organisationen an vorderster Front standen, um wählen zu gehen. Dies sorgte dafür, daß es bei einer historisch so starken Wahlbeteiligung wie dies mal einen Unterschied von rund fünf Millionen Stimmen zwischen

beiden Lagern gab. Man sollte daher nicht den Fehler machen und die Kraft der Massen unterschätzen. Die in den letzten Monaten immer wieder geäußerte Einschätzung der KP der Vereinigten Staaten, daß nur eine starke Wahlbeteiligung einen Sieg von Trump und den Republikanern verhindern könnte, bestätigte sich auch bezüglich des engen Rennens bei den Wahlen zu Senat und Repräsentantenhaus. Trumps fortwährende Behauptung, er sei der Gewinner und das Ignorieren der Wahlergebnisse, ergänzt mit entsprechenden juristischen Einfechtungen, sind sehr gefährlich. Denn sie zielen nicht nur darauf ab, die Auszählung der Wahlstimmen und die darauffolgende Neukonstituierung der amerikanischen Regierung zu verlangsamen, dies könnte die Ergebnisse möglicherweise auch null und nichtig machen. Die von Trump ausgehende faschistische Gefahr ist daher nur gebändigt, nicht erledigt. In der gegenwärtigen Situation der Freude über die Wahlergebnisse ist das Ende der Ära Trump noch nicht wirklich sicher. Dies nicht sehen zu wollen, wäre gefährlich.

Die beispielhafte Vorbereitung der „Protect the Results – Schützt die Ergebnisse“-Kampagne führte zu jener Geduld, die während der Stimmauszählung zu beobachten war. Dies trug dazu bei, Trumps Versuch des vorzeitigen Abbrechens der Auszählung in Städten, in denen mehrheitlich eine afro- und lateinamerikanische Bevölkerung lebt, frühzeitig zu unterbinden. Dies zeigt auch, wie viel Arbeit nötig ist, um die weiße Vorherrschaft,

den Rassismus, die Frauenfeindlichkeit und die antidemokratische Agenda zu stoppen. Diese Wachsamkeit und Geduld muß aufrechterhalten bleiben, ebenso wie die zu beobachtende Einmütigkeit. Nur so können struktureller Antikommunismus, Verunglimpfungen und Verächtlichmachung, wie z. B. gegenüber der Black-Lives-Matter-Bewegung, von Seiten der Republikaner gestoppt werden. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit großer öffentlicher Wachsamkeit, um die Abstimmung während des Electoral-College-Prozesses als auch der Amtseinführung, insbesondere in republikanisch kontrollierten Staaten, zu begleiten.

Bemerkenswert ist, daß, während Leute wie Mitch McConnell (republikanischer Mehrheitsführer im Senat – der Übersetzer) sowie einige Unternehmer als auch deren Lobbyverbände zu Trump stehen, andererseits einige Republikaner und große Teile des Kapitals nicht mit Trumps Versuch, das Wahlergebnis rückgängig zu machen, einverstanden sind. Der anhaltende öffentliche Druck, insbesondere durch unsere multiethnische Arbeiterklasse, wird Trumps Putschversuch weiter isolieren.

*Diese Einschätzung wurde am 11. November unter dem Titel „We voted, now let’s stop the coup! – Wir haben abgestimmt, nun laßt uns den Putsch stoppen!“ auf der Website der KP der Vereinigten Staaten ([www.cpusa.org](http://www.cpusa.org)) veröffentlicht.*

*Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Michallek.*

## Gegen den Wind

Die „junge Welt“ brachte in der Ausgabe vom 19./20. September ein bemerkenswertes Interview mit Georg Restle, dem Leiter und Moderator des Politmagazins „Monitor“. Seine Aussagen sind aufschlußreich, anregend und vor allem in vielem realistisch. Daher ist es nicht verwunderlich, daß Restles Haltung viel Zustimmung bei Linken und anderen Nachdenkenden findet. Ebenso durchschaubar ist, daß der Autor bei den Rechten auf Haß und Verleumdung stößt. Daß dabei sogar zu Morddrohungen gegriffen wird, fordert zur Solidarität mit den Angegriffenen auf. Restle ist nur zu wünschen, daß er seinen gewählten Weg, „in den Spiegel schauen zu können“, weitergeht.

In den Spiegel, vor allem in den Spiegel der Geschichte zu schauen, sollten generell viele Deutsche wieder lernen. Das würde helfen, bestimmte Aktionen als „Brandbeschleuniger“ für rechtes, faschistisches Gedankengut und Handeln zu erkennen. Bemerkenswert ist auch, daß Restle, der ausdrücklich ideologische Engstirnigkeit ablehnt und selbst ein ideologisches Weltbild vermeidet, dennoch

mehrfach selbst – und dabei nicht ganz unideologisch – auf gesellschaftliche Probleme und deren Ursache verweist. Das betrifft u. a. solche Fragen, wie die Rolle der Konzernvorstände, die soziale Spaltung, das Wirken der AfD, die Netzwerke in Sicherheitsbehörden und das damit verbundene Sicherheitsrisiko für die Bürger. Er verweist auf das Vordringen rechter Forderungen bis in die Mitte der Gesellschaft und betont: „Naivität darf hier nicht mehr als Ausrede gelten. Wer das Verbreiten von rechtsextremistischen Positionen als Ausdruck von Meinungsvielfalt oder gar Ausgewogenheit begreift, sollte sehr genau wissen, wem er da den Weg bereitet.“ Solche und ähnliche Aussagen hätte ich mir rechtzeitig seitens führender Vertreter der Linken gewünscht. Denn „die Gefahr ist real und sie wird größer“, meint nicht nur Restle, sondern spüren viele Menschen, unabhängig von ihren ideologischen Positionen. Gesellschaftliche Mißstände, wie soziale Benachteiligungen, politische Willkür und Volksverhetzung sind Realitäten, denen man ins Auge schauen muß. Das gilt umso mehr

bezogen auf Morddrohungen, deren Täter und Ursachen mit aller Deutlichkeit entlarvt werden müssen. Hier dürfe man nicht nachlassen, so Restle. Und wenn „fast alle großen Mißstände systemischer Natur“ sind, dann komme ich eben an der Systemfrage – ob ideologisch oder nicht – nicht vorbei.

**Bruno Mahlow**  
Berlin

Genosse **Jürgen Thiele** gehört zu den Mitbegründern des „RotFuchs“-Fördervereins im Juli 2001. Seit 2003 führte er zuverlässig, verantwortungsvoll und mit großem Fleiß dessen umfangreiche Finanzgeschäfte. Am 1. September 2020 schied Jürgen als Schatzmeister aus.

Für die von Dir geleistete Arbeit sind wir Dir, lieber Jürgen, zu großem Dank verpflichtet.

Der Vorstand und die Redaktion wünschen Dir alles Gute für die Zukunft.

# Zur Außenpolitik der USA unter Präsident Joe Biden

„Mit Joe Biden wird es auch nicht besser“, so Rußlands Außenminister Sergej Lawrow kurz und bündig. Biden seinerseits hat erklärt, er strebe eine Rückkehr zur „Normalität“ an. Diese soll darin bestehen, daß die USA wieder bereit seien, die Welt anzuführen.

Die Analyse dessen, was in den Vereinigten Staaten vor sich geht, spricht nicht dafür, daß eine Verbesserung der Lage im Sinne von Friedenssicherung und gleichberechtigter Zusammenarbeit der Staaten auf der Grundlage der UNO-Charta eingetreten wäre. Ohne Zweifel ist aber die Biden-Regierung mit neuen nationalen und internationalen Bedingungen konfrontiert, welche die internationale Stellung der USA und die Verwirklichung ihrer außenpolitischen Grundziele beeinflussen. Das Neue hält sich in Grenzen, denn die Kräfte, die 2020 in erbitterter Rivalität miteinander rangen, taten dies schon bei den Wahlen 2016 in unverföhlicher Form. Der jetzige Sieger, Joe Biden, hat den Segen vor allem der transnationalen Finanzoligarchie. Dieser Teil des amerikanischen Kapitals profitiert am meisten von der beschleunigten Globalisierung. Es sind die politischen Kreise, die eng mit Technologiegrößen (Amazon, Microsoft, Apple, Facebook) und den Finanzkonglomeraten verbunden sind. Sie vertreten u.a. einen Kurs zur aktiven Bildung supranationaler Strukturen unter Kontrolle von Megakonzernen und Finanzimperien. Außenpolitisch knüpfen sie auch an die Politik der Clinton-Ära an.

Natürlich sind die politischen Kreise nicht durch starre Grenzen voneinander getrennt. Die außenpolitischen Interessen des militärisch-industriellen Komplexes, Energieunternehmen und einer Reihe anderer Branchen sind jedoch anders akzentuiert. Sie profitieren von einer strengen protektionistischen Politik. Der Rüstungshaushalt kann als Beispiel genommen werden. Er hat in der Zwischenzeit 732 Milliarden Dollar erreicht. Zum Vergleich: Selbst wenn er halbiert wird, beträgt er mehr als die entsprechenden Haushalte der VR China (261 Milliarden) und Rußlands (65,1 Milliarden) zusammen.

Die verschiedenen Gruppen in den USA werden durch die Interessen vereint, die sich an der Ausweitung und Erhaltung der USA-Hegemonie ausrichten.

Die USA bleiben ökonomische, politische und militärische Hauptkraft des Westens. Damit ändert sich auch an der Abhängigkeit der meisten Staaten von den Vereinigten Staaten nicht. Aber die Zeit der absoluten Dominanz des USA-Imperialismus in der Welt geht trotzdem dem Ende entgegen. Die Ursache liegt nicht primär in einer absoluten Schwächung der USA, sondern vor allem darin, daß es große Widersprüche und auch auseinanderstrebende Interessen und Tendenzen gibt, welche die USA auf Dauer immer weniger unter Kontrolle halten und beherrschen können. Außerdem haben 50 Jahre verlustreicher Kriege in aller Welt an den Kräften des Systems gezehrt. Die Rüstungsindustrie hat zwar

konstant Profite erzielt, die Gesellschaft aber mußte wachsende Schäden ertragen. Zwei Beispiele: In der Woche bis zum 7. November erhielten 20,5 Millionen Menschen eine Form der Arbeitslosenhilfe. Ein Jahr zuvor waren es in der gleichen Woche „nur“ 1,5 Millionen. Außerdem haben viele Bereiche der Wirtschaft (z.B. Autoindustrie) gegenüber europäischen und asiatischen Ländern an Leistungsfähigkeit eingebüßt. Das führte zu einer unausgeglichenen Zahlungsbilanz im Außenhandel, besonders gegenüber Deutschland und China.

Kennzeichnend für die innere Entwicklung in den USA ist die Vermögenskonzentration in den Händen einer kleinen „Elite“. Diese ist aber auch global aktiv und wirksam und wird ihre Aktivitäten und ihren Einfluß auch international weiter erhöhen wollen, wie aus entsprechenden Analysen hervorgeht. Die Überlegungen und Aktivitäten zum „Great Reset“ sind ein Beispiel.

Dieser Zustand ist nicht nur ein Ergebnis der Politik, sondern Folge der Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems, seines Weltmarktes und der internationalen Arbeitsteilung unter diesen Bedingungen. Trump selbst hat darauf hingewiesen, daß sich ein großer Teil der Infrastruktur der USA in einem desolaten Zustand befindet.

Zu den Bedingungen, die das außenpolitische Verhalten der Biden-Regierung beeinflussen werden, gehört die innere Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit der Gesellschaft, die schon bei den Wahlen von 2016 sichtbar wurde und auch bei den diesjährigen Wahlen sehr anschaulich zum Ausdruck kam. Neben der Minderheitenproblematik werden die inneren Konflikte durch die Zunahme sozialer Forderungen verstärkt. Eine Lösung ist nicht in Sicht, aber die Situation dürfte immer schwerer kontrollierbar werden und die Aufmerksamkeit der Administration binden.

Die USA sind international auch deshalb in eine schwierige Lage geraten, weil vor allem die Glaubwürdigkeit ihrer Politik gelitten hat. Das Verhalten der USA in Zusammenhang mit der einseitigen Kündigung internationaler Abkommen (Atomwaffen, WHO, WTO) verstärkte diese Tendenz. Ihre Fortsetzung führt unvermeidlich zu wachsenden Differenzen nicht nur innerhalb der NATO. Es verstärkt bei wichtigen Verbündeten der USA den Willen, einen eigenständigen Weg zu gehen. Vor allem die Interessen zwischen den USA und den wichtigsten EU-Mächten driften auseinander. Spaltungseffekte in die EU hinein, die sich aus der unterschiedlichen Haltung der einzelnen Mitgliedstaaten zu den USA ergeben, sind nicht zu übersehen. Das betrifft vor allem das Verhältnis zwischen osteuropäischen (ehemals sozialistischen) und den westeuropäischen EU-Mitgliedern, die schon in der Zeit von Präsident Bush als „neues“ und „altes“ Europa klassifiziert wurden.

Das Aufkommen der VR China und Rußlands als Konkurrenten auf der internationalen

Bühne stellt die USA vor langfristig wirkende Bedingungen. Das hat einschneidende Auswirkungen sowohl auf die Innen- als auch auf deren Außenpolitik. Angesichts der gleichzeitigen Krisen, die das kapitalistische System mit zunehmender Regelmäßigkeit erschüttern, führt das dazu, daß die Vereinigten Staaten nicht mehr die konkurrenzlose wirtschaftliche, militärische und diplomatische Macht der Welt sind.

Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses begünstigt das internationale Streben nach Multilateralität bei der Lösung internationaler Probleme und Konflikte. Der Widerspruch zwischen der Hegemonie-Politik der USA und den unter dem Einfluß der aufkommenden Volksrepublik China und Rußlands entstehenden Struktur der internationalen Beziehungen dürfte den Druck auf die USA-Außenpolitik weiter erhöhen. Die Zwänge, die daraus für die USA resultieren, kann die Biden-Regierung nicht unberücksichtigt lassen.

Präsident Biden hat versprochen, die Außenpolitik seines Landes neu auszurichten, die Beziehungen zu den Verbündeten der USA zu normalisieren und in internationale Abkommen zurückzukehren (Pariser Klimaabkommen, WTO, WHO). Laut „Foreign Affairs“ erklärte er auch, wie das geschehen soll. Die politische Agenda seiner Administration werde „die Vereinigten Staaten wieder am Kopfende der Tafel platzieren“, von wo aus sie führen werden und zwar „nicht nur durch unsere beispielhafte Macht, sondern durch die Macht unseres Beispiels“. Man wird sie aber „umsichtiger“ und mit einem „freundlichen Gesicht“ einsetzen – was an der Substanz aber nichts ändert.

Biden hat sich bisher über die Frage Krieg und Frieden ausgesprochen. Die verschiedenen Betrachtungen in den NATO- und EU-Staaten vor und auch nach den Wahlen behandeln zwar einzelne Programme, wie zum Beispiel das Programm zur Bekämpfung des Klimawandels oder das Verhalten zur NATO bzw. EU. Die Frage Krieg und Frieden gehört aber nicht dazu! Viel Gutes ist von einem solchen Verhalten nicht zu erwarten. Es weist nicht nur auf die Politik hin, sondern zeigt auch, wer die Herrschaft über die Medien hat und welche Kreise die Politik von Biden zumindest tolerieren.

Die Verkündungen von Präsident Biden werden nicht an der Charta der Vereinten Nationen gemessen, die dafür noch immer eine ausreichende Grundlage ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sich Biden sowohl im Wahlkampf als auch danach nicht von den Positionen der Demokraten distanziert hat, wie sie von Hillary Clinton bezüglich Syrien, Libyen, Ukraine und besonders Rußland vertreten wurden. Dafür ließ er keinen Zweifel an seiner Haltung gegenüber China und Rußland.



## Zwei offene Briefe

1981 wandte sich Rainer Eppelmann angesichts der Kriegsgefahr an Erich Honecker. Heute scheint er seine Forderungen vergessen zu haben

*Die „Berliner Zeitung“ vom 19./20. September veröffentlichte ein Interview mit dem früheren Pfarrer, Politiker und jetzigem Vorsitzenden der „Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“ Rainer Eppelmann. Das Gespräch regte Oberst a. D. Karl Rehbaum an, sich am 29. September 2020 mit einem offenen Brief an Eppelmann zu wenden. Er erinnerte darin an einen ebenfalls offenen Brief, den dieser 1981 an den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, verfaßt hatte.*

### Werter Herr Eppelmann, (...)

Dieser inhaltlich bemerkenswerte und in wesentlichen Fragen mit meiner Meinung übereinstimmende Brief scheint im Interview völlig außer Betracht zu sein. Überhaupt habe ich den Eindruck, daß entweder Ihr Erinnerungsvermögen nach 30 Jahren unpräzise wurde oder Sie bewußt bei bestimmten Fragen einer konkreten Antwort ausweichen. Denn Sie hatten von der Vernichtung der Akten des Bereiches Aufklärung der NVA Kenntnis und haben auch nichts gegen eine Strafverfolgung von Angehörigen des Bereiches unternommen. (...) Sie schrieben damals (1981 – RF-Red.), daß es, bezogen auf den Rüstungswettlauf und der Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa, „5 vor 12“ sei. Und Sie hatten recht! Einiges davon sahen Sie nur seitenverkehrt. Nicht der Warschauer Vertrag war

die Gefahr, sondern die NATO. Sie stellten auch richtige und wichtige Forderungen, wie z. B.: „Wenn nicht alle friedliebenden Menschen sich gegenseitig unterstützen, sich Mut machen und auf die Regierenden ihrer Länder eindringlich einwirken, alles für viel mehr Vertrauen zwischen den Menschen und den Völkern zu tun, wird die Gefahr einer atomaren Vernichtung Europas immer größer.“ Daher möchte ich fragen, ist die heutige Situation nicht noch wesentlich gefährlicher, indem die USA mit ihren NATO-Verbündeten aufrüsten, die NATO sich völkerrechtswidrig nach Osten erweitert hat, eine Reihe Stellvertreterkriege geführt werden, die Verleumdungen Rußlands und auch Chinas groteske Gestalt annehmen, das Völkerrecht ignoriert wird, Sanktionen zur normalen Politik gehören usw. usf.?

Ihre Partei, die CDU, steht dabei nicht am Rande, sondern ist aktiver Gestalter solcher gefährlichen Politik, sie ist kein Friedensengel. Die Bundeswehr ist von einer Verteidigungsarmee zu einer weltweit Aggressionen unterstützenden mutiert. Krieg ist wieder Mittel der Politik.

In Ihrem Brief fordern Sie in den Punkten 14 bis 17 Handlungen, die heute aktueller denn je sind: Sie verlangten den Abzug aller ausländischen Truppen aus Europa – eine Forderung der heutigen Friedensbewegung. Sie wollten eine kernwaffenfreie Zone in

Mitteleuropa. Die Bundesregierung unternimmt nichts, damit die Kernwaffen aus Büchel für immer abgezogen werden. Im Gegenteil, diese werden modernisiert und die dafür nötigen Einsatzmittel gekauft. Schließlich forderten Sie die Entmilitarisierung der beiden deutschen Staaten und eine schrittweise totale Abrüstung. Warum ist dies keine Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland? Die Blockkonfrontation hatte 1990/91 bekanntlich ein Ende gefunden. Die NATO brauchte einen neuen Gegner. Der wurde in Gestalt Rußlands und namentlich in dessen Präsidenten Putin gefunden, neuerdings auch noch die VR China. Die nahezu täglichen Provokationen der „westlichen Demokratien“ gegenüber Rußland und China sind nicht nur unerträglich, sondern auch höchst gefährlich. Ein Mißverständnis, eine Fehlinterpretation kann zu einem verheerenden Atomkrieg führen.

Nun möchte ich Sie, Herr Eppelmann, fragen: Vertreten Sie derzeit immer noch die Grundgedanken Ihres damaligen Offenen Briefes? Wenn ja, weshalb stellen Sie dann diese Forderungen nicht in der CDU oder gegenüber der Bundesregierung zur Diskussion. Warum fordern Sie nicht eine sofortige Beendigung der friedensgefährdenden Politik der USA, NATO und EU ?

Ihrer Antwort sehe ich mit großem Interesse entgegen.

## Weltsituation durch Chaos gekennzeichnet

Globalisierung und Neoliberalismus entwickelten sich in den 80er Jahren und waren gekennzeichnet durch die Befreiung der Unternehmen von gesetzlichen und nationalen Schranken. Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung und schlanker Staat. Das Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa beschleunigte diesen Prozeß. Der Markt allein sollte alles richten. Davon ist 30 Jahre später keine Rede mehr. Finanz- und Überproduktionskrise verursachten das Scheitern. Die Corona-Pandemie verstärkt diese Krise, verschleiert aber gleichzeitig den Blick auf die ökonomischen Fakten und deren Verursacher. Heute muß der Staat durch Kredite und Schulden dafür sorgen, daß der Finanzkreislauf einigermaßen am Laufen bleibt und keine allgemeine Zahlungskrise eintritt. So werden Milliarden in neue Wachstumsfelder investiert – Digitalisierung, E-Autos, Computerclouds, Nachhaltigkeit.

Anstelle der Globalisierung wird der Weltmarkt über Sanktionen, Zölle, Handelschranken und Handelskriegen eingeschränkt, um die eigenen Unternehmen vor der Konkurrenz zu

schützen und ihnen Investitionsmöglichkeiten zu verschaffen.

Bei den internationalen Auseinandersetzungen geht es um die Konkurrenz der Weltwirtschaftsmächte beim Kampf um Märkte, Macht und Einfluß – klassische Kriegsursachen. Das gegenwärtige internationale Chaos, das größte Gefahren birgt, ist die Folge.

Die stetig wachsende Wirtschaftskraft Chinas schränkt die Möglichkeiten der USA immer stärker ein. Daher der erbitterte Kampf der USA gegen China. Trump vertritt die Kräfte der US-Elite, die den Wirtschaftskrieg bevorzugen, da die militärischen Varianten den USA zwar im Rüstungsbereich enorme Gewinne brachten, ihre Gesamtwirtschaft aber schwächten.

Wirtschaftlicher Konkurrent der USA ist auch die EU unter der Dominanz Deutschlands. Sie gilt zwar als deren Vasall, hat aber genau wie China gegenüber den USA eine große positive Außenhandelsbilanz. So gehört es zum Streben der USA, die Beziehungen zwischen Deutschland, Europa und Rußland massiv zu stören, um die EU wirtschaftlich

zu schwächen und den eigenen Absatz zu verbessern. Dabei ist „Nord Stream 2“ nur eines der größten Projekte.

Da sich die Europäische Union gegen die USA nicht durchsetzen kann, glaubt man stark genug zu sein, Rußland in die Enge treiben zu können. Sanktionen und politische Aktivitäten aller Art sind auf dessen Schwächung ausgerichtet. Dazu gehört auch der Versuch, Belarus nach der Ukraine aus den engen Beziehungen zu Rußland herauszulösen. Zufällig gibt es gleichzeitig die Nawalny-Aktion, Unruhen in Kirgisien und den Krieg um Nagorny Karabach. Rußland soll so unablässig „beschäftigt“ werden. Die russisch dominierte Eurasische Wirtschaftsunion (Rußland, Belorußland, Kirgisien, Armenien und Kasachstan) wird damit geschwächt. Ob die EU daraus Vorteile ziehen wird, ist zweifelhaft. Rußland wird sich wirtschaftlich noch enger auf China konzentrieren, den Handel mit Afrika, Asien und Südamerika ausbauen und den europäischen Markt einschränken.

**Horst Neumann**  
Bad Kleinen

# Kriegsanlässe werden erfunden

## Die historische Spur von Verbrechen der USA

Als sich die Vertreter der 13 englischen Kolonien am Atlantik in der Neuen Welt im Jahr 1776 für unabhängig erklärten und die USA gründeten, hatten sie die geballte Kraft des englischen Imperiums gegen sich. Die Kolonisten waren Patrioten, die gegen die Fremdherrschaft des englischen Königreiches für Unabhängigkeit und Freiheit kämpften.

In der Unabhängigkeitserklärung ist nicht nur dieses Ziel und das Ergebnis ihres Kampfes festgehalten, sondern auch die Klageschrift gegen den englischen Tyrannen.

In einer geschichtlich kurzen Zeit wurde aus diesen 13 Staaten eine mächtige Industrienation mit über 40 Staaten und einer Bevölkerung von über 70 Millionen Menschen. Die Erweiterung der Territorien war nicht nur auf friedlichem Wege erfolgt, sondern durch ein aggressives Machtstreben der herrschenden Klasse, die sich im Laufe der Entwicklung aus den Industrie- und Bankkapital und später dem Militär entwickelte.

Schon in den Kriegen gegen Spanien, Frankreich, Mexiko und besonders gegen die Ureinwohner spielte der Inhalt der Unabhängigkeitserklärung von 1776 keine Rolle mehr. Selbst der sogenannte Sezessionskrieg zur Befreiung der Sklaven zwischen den Nord- und Südstaaten war nichts anderes als eine Umschreibung des tatsächlichen Zieles. Es klingt wie Hohn, wenn Präsidenten gegen die Sklaverei auftreten und selbst hunderte Sklaven halten.

Seit ihrer Gründung wurden die USA bis heute nicht von außen angegriffen, fand auf ihrem Territorium kein Krieg statt (ausgenommen der Bürgerkrieg). Es bestand also nie eine wirkliche Gefahr für die nationale Sicherheit. Aber von den 244 Jahren seit Gründung der Vereinigten Staaten gab es nur 16 Jahre ohne Krieg für das Volk.

Was ist letztlich von der Unabhängigkeitserklärung geblieben?

1945 wurden, auch auf Drängen der USA, in San Francisco als Schlußfolgerung aus dem Zweiten Weltkrieg die Vereinten Nationen gegründet (UNO). Kriege wurden generell zur Durchsetzung politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Ziele verboten. Selbstverteidigung zur Abwehr eines Angriffs auf das eigene Territorium ist seither nach wie vor gestattet. Alle anderen militärischen Einsätze sind nur mit und im Auftrag des UN-Sicherheitsrates erlaubt. Grundrechte, Menschenwürde und das Verbot, in kriegerische Handlungen Zivilisten einzubeziehen oder diese gezielt zu schädigen, stehen dabei im Mittelpunkt.

Es stellte sich schnell heraus, daß die Charta der Vereinten Nationen dem Expansionsdrang der USA im Wege stand. Um ihm Legitimität

zu verleihen, fanden oder erfanden die USA stets Vorwände oder Gründe, ihre Ziele auch mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Die Explosion des US-Schlachtschiffes 1898 im Hafen von Havanna war der Anlaß für den spanisch-amerikanischen Krieg auf kubanischem Boden. Die USA opferten bewußt mehr als 200 Seeleute und Schiffe für einen Kriegs-



US-Air-Force-Drohne Predator

anlaß. Denken wir an den japanischen Überfall auf Pearl Harbor am 7. November 1941, der Wochen vorher der obersten US-Führung bekannt war. Sie nahm lieber die Opfer in Kauf statt ihn zu verhindern.

So ziehen sich die geschaffenen Kriegsgründe, auch als False Flag-Operationen – Aktionen unter falscher Flagge – bekannt, durch die amerikanische Sicherheitspolitik. Überall dort, wo der US-Staat nicht sofort militärisch eingreifen konnte, übernahmen das entweder private Sicherheitsfirmen als sogenannte NSO (nichtstaatliche Organisationen), die militärisch ausgerüstet und formiert sind, oder Spezialkommandos. So handeln sie zum Schutz des amerikanischen Kapitals und zur Durchsetzung ihrer Interessen an Öl, Erdgas und Bodenschätzen aller Art. Später und bis heute ging es um die „nationale Sicherheit“.

Bei Trump hieß es: „America first“. Deshalb wurden Morde per Drohnen auf Befehl des Präsidenten in aller Welt verübt. Wenn es um Entführungen und Morde geht, sind Kommandounternehmen im Einsatz. Sie führen an wichtigen Verkehrsknotenpunkten, auch an sensiblen Schwerpunkten der Versorgung, zum Beispiel der Energie- und Treibstoffversorgung, Sabotageakte durch, um Situationen zu schaffen, in denen die Bürger gegen ihre Regierung auf die Straße gehen. In Nicaragua und anderen südamerikanischen Staaten war das bis in die Gegenwart gängige Praxis der

CIA, der NSA und ihrer Banditengruppen. Die USA unternehmen alles, um Staaten mit einem erklärten sozialistischen Weg zu destabilisieren, zu korrumpieren und zu erpressen. Die USA waren an fast allen Unruhen und inneren Kämpfen, die in den Staaten der „Dritten Welt“ stattfanden, führend beteiligt.

Die sogenannten bunten oder Farbenrevolutionen in den Anrainerstaaten des Mittelmeeres zeigten klar die Handschrift der CIA und ihrer Mörderbanden. Sie scheuten sich nicht, auch in Europa, in Ex Jugoslawien, in der Ukraine und heute in Belarus ihren Einfluß im Interesse ihrer „nationalen Sicherheit“ bedenkenlos zur Anwendung zu bringen. Sie vergessen dabei nie, für alle Probleme, die sie schaffen, andere, meist Rußland, verantwortlich zu machen.

Schnell sind sie dabei, ihre NATO-Verbündeten, insbesondere die BRD, vor ihren Karren zu spannen und neue Sanktionen gegen Rußland zu verhängen.

Der 11. September 2001, das sogenannte zweite amerikanische Trauma nach Pearl Harbor 1941, war ein willkommener Anlaß, einen weltweiten „Krieg gegen den Terror“ in Szene zu setzen. Seitdem sind 19 Jahre ins Land gegangen, das bedeutet, 19 Jahre führen die USA Krieg gegen Länder, die des

Terrors als Unterstützer oder direkt als Terrorstaaten beschuldigt werden, obwohl bis heute nichts geklärt ist.

Alles in allem: Die USA haben hunderte Lügen in Umlauf gebracht, die Welt einschließlich den UN-Sicherheitsrat betrogen, nur um ihre Kriege zu rechtfertigen.

Aggressiv und menschenverachtend wie im Vietnamkrieg, im Krieg gegen Kambodscha und andere Länder zeigt der US-Imperialismus sein wahres Gesicht. Die Blutspur zieht sich vom Raubkrieg gegen Mexiko, über die Vernichtung der Ureinwohner Nordamerikas, den Kriegen in Indochina, Korea, Vietnam bis nach Afghanistan und Irak.

Hans-Joachim Trepte  
Halberstadt

Wir gratulieren

### Bernd Gutte

aus Görlitz sehr herzlich zu seinem 75. Geburtstag, den er am 26. Dezember begeht.

Lieber Bernd, wir sagen Dank für Dein aktives Mitwirken im Vorstand der „RotFuchs“-Fördervereins und bauen darauf, auch künftig von Deinem reichen politischen Erfahrungsschatz profitieren zu können.

# Bergkarabach: Ein neues Idlib?

Die Präsidenten Rußlands und Aserbaidshans sowie der armenische Ministerpräsident haben ein Abkommen zur Beendigung des Krieges in Bergkarabach unterzeichnet. Demzufolge sollte die aserbaidshanische Armee an ihren Positionen festhalten und Armenien sollte in Aserbaidshans die Bezirke Kelbadschar bis 15. November und Latschin bis 1. Dezember verlassen. Als Kontakt nach Bergkarabach bleibt ein fünf Kilometer breiter Korridor zu Armenien bestehen. Armenien zieht sich zudem völlig aus den aserbaidshanischen Bezirken Agdam und Gazach zurück. Entlang des Korridors wird ein russisches Friedenstruppenkontingent eingesetzt. Aserbaidshans garantiert die Sicherheit des Verkehrs von Bürgern, Fahrzeugen und Fracht in beide Richtungen entlang des Korridors.

Die Bedingungen für das Ende des Krieges seien „unsäglich schmerzhaft“, aber dies sei „die bestmögliche Lösung in der gegenwärtigen Situation“, sagte der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan und fügte hinzu, er akzeptiere dies „als Ergebnis einer eingehenden Analyse der militärischen Situation“. Außerdem erklärte er: „Es ist kein Sieg, aber es wird keine Niederlage geben, solange du nicht zugibst, ein Verlierer zu sein – was wir niemals tun werden.“ Der aserbaidshanische Präsident Ilham Alijew bezeichnete die Erklärung als historisch und zeigte sich zuversichtlich, daß sie „zu einem langfristigen Frieden führen und dem Blutvergießen ein Ende setzen“ werde.

Gleichzeitig gibt es jedoch auch offensichtliche „Mißverständnisse“. Alijew zufolge werden die Türkei und Rußland gemeinsam Friedenssicherungsmaßnahmen in Bergkarabach durchführen. „Die militärische Phase neigt sich dem Ende zu, und wir bewegen uns auf eine politische Lösung zu. Dies ist die beste Option für uns. Das ist eigentlich Armeniens militärische Kapitulation“, sagte Alijew in einer Ansprache an die Nation. Über die Türkei steht jedoch im Abkommen kein Wort. Noch unverständlich wird die Situation, nachdem der Pressesprecher des russischen Präsidenten erklärte, daß eine Entsendung von russisch-türkischen Friedenstruppen nach Bergkarabach nicht diskutiert wurde.

Gleich nach der Bekanntgabe des Abkommens begannen in Jerewan Proteste. Demonstranten überrannten Absperrungen, brachen in Regierungsgebäude ein, zertrümmerten Türen und Fenster und rissen ein Schild aus dem Büro des Ministerpräsidenten herunter. Die Polizei setzte keine Gewalt ein und versuchte, sie zu beruhigen.

Die Unterzeichnung des Vertrags erfolgte unmittelbar, nachdem Aserbaidshans verlautbaren ließ hatte, daß es die Kontrolle über die Schlüsselstadt Schuscha übernommen hatte. Dies hätte es den Truppen ermöglicht, die Hauptstadt der Bergkarabach-Republik, Stepanakert, und den Korridor nach Armenien zu kontrollieren. (...) Der Vertrag wurde so schnell unterzeichnet, daß er für die armenische Elite buchstäblich geheim war. Sogar das Oberhaupt der armenischen Christen, Garegin II., forderte die Führung

Armeniens und Bergkarabachs dazu auf, unverzüglich die Gründe für das schnelle Einlenken zu erläutern. Der armenische Präsident Armen Sarkisian erklärte: „Ich habe aus der Presse erfahren, daß eine Erklärung zur Beilegung des Konfliktes mit den Präsidenten Rußlands und Aserbaidshans unterzeichnet wurde. Ebenso habe ich auch über deren Bedingungen aus der Presse erfahren. Leider wurde ich als Präsident der Republik dazu nicht konsultiert und ich habe an keiner Verhandlung teilgenommen. Angesichts der tiefen Besorgnis einer großen Masse von Menschen werde ich darüber eine sofortige Erläuterung und Diskussion einleiten, um so schnell wie möglich entsprechende Entscheidungen bezüglich unserer Sicherheitspolitik zu treffen.“ Der Präsident von Bergkarabach, Araik Arutjunjan, erklärte die Eile so: „Die Kämpfe waren zwei bis drei Kilometer von Stepanakert entfernt. Ohne diese Entscheidung hätten wir Bergkarabach gänzlich verloren und viel größere Verluste gehabt. Wir waren gezwungen, diese Entscheidung zu treffen, da wir gegen die Streitkräfte von acht Ländern gekämpft haben.“ (...)

Bisher ist die neue Konstellation noch nicht ganz klar, aber de facto ist Bergkarabach für Armenien völlig verloren. Auf den nicht von der aserbaidshanischen Armee besetzten Teilen werden zukünftig ausländische Friedenstruppen die Lage kontrollieren. Die Türkei hielt es nicht einmal für nötig, das dreiseitige Dokument zu unterzeichnen. Der aserbaidshanische Präsident tat dies stellvertretend. Zuvor wurde bekannt, daß ein russischer Mi-24-Hubschrauber von der armenisch-aserbaidshanischen Grenze aus abgeschossen wurde und dabei zwei Besatzungsmitglieder getötet wurden. Das aserbaidshanische Außenministerium bestätigte diese Meldung und hob in diesem Zusammenhang hervor, daß der Hubschrauber sich in unmittelbarer Nähe der armenisch-aserbaidshanischen Staatsgrenze befand, während dort die Kämpfe im armenisch-aserbaidshanischen Konfliktgebiet weitergingen. (...) Die aserbaidshanische Seite entschuldigte sich bei der russischen Seite im Zusammenhang mit diesem tragischen Vorfall, der sich explizit nicht gegen die russische Seite richtete. Aserbaidshans sprach den Familien der toten Besatzungsmitglieder aufrichtiges Beileid aus und erklärte sich bereit, eine angemessene Entschädigung zu zahlen. Interessant ist dabei, daß der Hubschrauber etwa 200 Kilometer entfernt von Bergkarabach getroffen wurde und daß unklar ist, wer ihn wirklich abschoß. Es könnten auch türkische Interessen gegenüber Rußland im Spiel gewesen sein.

Wie schon erläutert, erhält entsprechend der Aussage des aserbaidshanischen Präsidenten die Türkei mit dem abgeschlossenen Abkommen die Möglichkeit, ihre Truppen in Aserbaidshans als Friedenstruppen zu stationieren – womit diese auf unbestimmte Zeit im Kaukasus verweilen können. Die Aufgabe dieser militärischen und politischen Präsenz geht jedoch viel weiter. Die Türkei erhält besseren Zugang zum südlichen Gaskorridor und

kann ihre Einflußzone bis in den Raum des Kaspischen Meeres sowie bis nach Zentralasien ausweiten.

Die Niederlage Armeniens im Krieg mit Aserbaidshans wird zweifellos eine Reihe negativer Folgen für Rußland haben. Die wichtigste ist, daß die Türkei gezeigt hat, daß sie bereit ist, Konflikte in der ehemaligen Sowjetunion zu lösen. Wo der Kreml eine vage Politik verfolgte, handeln die Türken entschlossen. Die Beteiligung ihres Militärs an den Gefechten, so sie belegbar ist, verlief in Form von „Freiwilligenverbänden“. Türkische Interessen wurden zudem auch durch das aserbaidshanische Militär realisiert, während die Türken vor allem finanzielle und logistische Hilfe leisteten. Es sieht so aus, als ob Erdogan einen detaillierten Plan verfolgt – ausnahmslos alle Militärübungen in der Vorbereitungsphase waren auf spätere Szenarien ausgerichtet. Seitens der Türkei werden Beginn und Ende von Militäroperationen nie länger als nötig hinausgezögert. Friedensgesprächen wird, sobald das Tempo der Operationen nachläßt, zugestimmt. Das ermöglicht, sich jeweils in Ruhe und Sicherheit zurückzuziehen, ohne das Gewonnene zu riskieren. Dies geschah im syrischen Idlib wie auch jetzt in Bergkarabach. Die Niederlage Armeniens läßt sich höchstwahrscheinlich nicht umkehren. Mit ihr hat die Türkei faktisch ein neues Idlib geschaffen. Dies ist der Preis des Friedensabkommens.

*Der Artikel von Anatoli Tarasow erschien in der Zeitung „Sowjetskaja Rossija“, Nr. 126 vom 12. November.*

*Übersetzung und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Michallek*

## Westen im Südkaukasus machtlos

*Außenpolitikexperten stufen den Waffenstillstand im Krieg um Bergkarabach als Erfolg für Rußland und als machtpolitische Niederlage für den Westen ein. Die Vermittlung des Waffenstillstands sei ein „spektakulärer diplomatischer Zug“ des russischen Präsidenten Wladimir Putin gewesen, heißt es beim Carnegie Moscow Center. „Der Westen“ habe „Putin erneut das Feld“ überlassen, kritisiert die regierungsfinanzierte „Deutsche Welle“. Tatsächlich ist es Moskau einmal mehr gelungen, in enger Kooperation mit Ankara einen bewaffneten Konflikt zu stoppen – ähnlich wie zuvor beispielsweise in Syrien. Die „Minsk-Gruppe“ der OSZE, die – gebildet von den USA, Frankreich und Rußland – mit dem Bergkarabach-Konflikt befaßt war, ist gescheitert. Dies trifft ebenso auf Bemühungen Berlins und der EU zu, den Krieg zu beenden. In Zukunft werden russische Truppen den Waffenstillstand in Berg-Karabach überwachen; damit sind die russischen Streitkräfte in allen drei Staaten des Südkaukasus stationiert – zum ersten Mal seit Beginn der 90er Jahre.*

*(Meldung von german-foreign-policy.de am 12. November)*

# Kontinentalbrücke

## Neue Seidenstraße: Zukunftsprojekt für Europa und Asien

Im Oktober 2008 erreichte ein besonderer Zug den Hamburger Hafen. Er transportierte 50 Container mit IT-Produkten aus China. Von dort begann er seinen langen Weg und reiste 10 000 Kilometer in 17 Tagen, um an sein Ziel zu gelangen. Auf dem Weg wurde das Schienennetz mehrerer Länder genutzt, darunter die Transsibirische Eisenbahn in den endlosen Weiten Rußlands. 2011 erreichte ein weiterer Zug aus China in 16 Tagen die Stadt Duisburg. 2013 wurde dann ein neuer Rekord aufgestellt: ein Zug mit 51 Containern legte die Strecke von China nach Hamburg in 15 Tagen zurück. Zum Vergleich: ein Containerschiff braucht dafür mehr als die doppelte Zeit.

Die Betreibergesellschaft Transeurasia Logistics, auch bekannt als China Railway Express, war ein Gemeinschaftsprojekt zwischen Deutschland, Rußland und China. Vermarktet wurde es unter dem Namen „Trans-Eurasia-Express“. 2017 wurde Transeurasia Logistics in die Deutsche Bahn eingegliedert und in DB Cargo Eurasia umbenannt.

Ein gut ausgebautes Schienennetz zwischen Asien und Europa bietet dem Güterverkehr eine Alternative, die schneller ist als der Transport über Schiff und günstiger als die Nutzung des Flugzeugs. Die Entwicklungsmöglichkeiten sind groß und in Rußland gibt es seit Jahren Ideen, neueste Technologie einzusetzen, um die Transportzeit noch weiter zu verkürzen. Dazu gehören Überlegungen zu Vakuumröhren, in denen die Container bei enormen Geschwindigkeiten um 1000 km/h auf die Reise geschickt werden. Dies könnte den Transport auf wenige Tage verkürzen, vielleicht sogar auf weniger als einen Tag. Kaum vorzustellen, aber Waren aus dem 10 000 Kilometer entfernten China wären dann schneller in Deutschland als ein Briefversand innerhalb des Landes seinen Empfänger erreicht. Die Baukosten sind jedoch enorm und ob die Technologie dafür bereit ist, scheint noch nicht sicher.

Sicher ist, schon 2016 führte die staatliche Russische Eisenbahn Gespräche mit dem privaten Unternehmen Hyperloop One aus den USA. Eigene russische Entwicklungen oder weitere Kooperationen zwischen China, Rußland und Deutschland sind auch im Bereich neuer Transporttechnologien möglich. Diese vorhandenen und perspektivischen Großprojekte zur Infrastrukturentwicklung zwischen Europa und Asien, manchmal zusammengefaßt unter dem Begriff Neue eurasische Kontinentalbrücke, sind eng verbunden mit einem noch größeren Projekt: Neue Seidenstraße – internationaler bekannt als Belt and Road Initiative.

Die Neue Seidenstraße ist das größte Infrastrukturprojekt der Geschichte. Sie verbindet die kontinentalen Transportwege Eurasiens mit maritimer Infrastruktur in Süd-, Südostasien, Afrika und darüber hinaus. Das Ziel sind Investitionen in Höhe von 4000 bis 8000 Milliarden US-Dollar. Dabei legt die Neue

Seidenstraße einen starken Fokus auf wenig entwickelte Wirtschaften und Regionen. Etwa die Hälfte der bisherigen Investitionen ging an Staaten, die von westlichen Ratingagenturen als wenig kreditwürdig eingestuft werden und keine Aussicht auf ernsthafte Investitionen aus der EU oder den USA haben. Und wenn sich der Westen dort betätigt, dann meist in Form neokolonialer Ausbeutung oder kurzfristigen Profits bzw. Raubbaus. Da ist es verständlich, daß solche Länder an anderen Akteuren, mit anderem Konzept, sehr interes-



**Plan in der Ausstellungshalle von Shenzhen: In Venedig endet der Seekorridor, in Rotterdam bzw. London, Lyon oder Madrid einer der Landkorridore**

siert sind, gerade in Regionen wie Ostafrika. Es ist ebenfalls verständlich, daß Politiker und Massenmedien aus den imperialistischen Zentren sehr besorgt sind über diese neue Alternative und den möglichen Ausweg aus der neokolonialen Abhängigkeit. Wenn die Menschen in Afrika aber die Wahl haben zwischen leeren Versprechungen und Milchpulver aus der EU, welches die lokalen Milchbauern ruiniert und Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa verursacht – faktisch ein Entvölkerungsprogramm, dem dann auch Ärzte und Fachleute folgen, die ohnehin schon knapp sind. Oder eben reale, langfristige Investitionen Chinas zur Schaffung von Infrastruktur, ganz ohne Kulturimperialismus und Einmischung in die gesellschaftliche und politische Entwicklung des Staates, was ja meist eine stille Bedingung für westliche Kredite ist. Dann sind diese Länder gut beraten, sich lieber der Neuen Seidenstraße anzuschließen.

China macht das nicht aus Wohltätigkeit. Langfristige Infrastrukturprojekte dieser Art sind zwar riskant, aber dieses Risiko zahlt sich, bei Erfolg, umso stärker aus. Die Empfängerländer haben allerdings bei chinesischen Investitionen kaum etwas zu verlieren. Es handelt sich weder um Abhängigkeit von einer weiteren Wohltätigkeitsindustrie noch um Kredite des IWF zur Vergrößerung der Armut. Die Neue Seidenstraße hinterläßt auf ihrem Weg neue Straßen, Schienennetze, Häfen und Kraftwerke.

Doch nicht nur Entwicklungsländer profitieren von diesen Investitionen. Für viele Staaten in Europa und besonders für Deutschland

eröffnet sich damit die Möglichkeit, von der einseitigen Westbindung wegzukommen und zumindest ein zweites Standbein Richtung Osten zu schaffen. Gerade Deutschland hat die Chance, mit Rußland seine angeschlagene Energieversorgung zu sichern und über stärkere wirtschaftliche Kooperation mit China und Rußland, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Vor allem wäre damit eine Perspektive gegeben, langfristig gemeinsam mit den aufstrebenden Ökonomien des Ostens zu wachsen. Ganz ohne aufgezwungene neoliberale „Werte“, ohne Verpflichtungen zum Sozialabbau und zur Beteiligung an imperialistischen Kriegen.

Es gibt bereits erfolgreiche Beispiele in Europa, eines davon ist Duisburg. Nach dem Zusammenbruch der Kohle- und Stahlindustrie kämpfte Duisburg, wie viele andere Städte in der Region, mit einer hohen Arbeitslosigkeit. Jetzt ist der Hafen „Duisport“ westlichster Knotenpunkt der Neuen Seidenstraße und empfängt wöchentlich bis zu 40 Güterzüge aus China. 80 % der Züge von China nach Europa haben Duisburg als Ziel und machen es damit zum wichtigen Verteilerzentrum für ganz Europa. Für die Menschen dort bedeutet dies bislang 7 000 neue Arbeitsplätze und eine Zukunftsperspektive. Nach Schätzungen der Deutschen Bahn sollte 2020 eine Menge von 100 000 Containern erreicht werden. Tatsächlich wurden schon 2017 etwa 100 000 Container über das eurasische Schienennetz transportiert, mit zunehmender Steigerung. Das Potential der Neuen Seidenstraße ist in Europa noch lange nicht ausgeschöpft und die Entwicklung positiv: 2019 erreichten die Zugverbindungen bereits 50 Städte in 15 Ländern, darunter London und Spanien. Mittlerweile brauchen einige Züge nur noch 12 Tage nach Duisburg. Für Deutschland, Rußland und China bietet sich hier eine historische Möglichkeit zur gemeinsamen Schaffung eines eurasischen Wirtschaftsraumes mit riesigem Wachstums- und Zukunftspotential, wovon alle Staaten von Europa bis Asien nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch profitieren würden. Die Neue Seidenstraße ist mehr als ein Wirtschaftsprojekt: Sie führt zu einer multipolaren Welt auf der Basis von Frieden, Souveränität und Entwicklung.

**Artur Leier**  
Hamburg

Unser Glückwunsch gilt

### Ingrid Matwejew

aus Berlin zu ihrem 70. Geburtstag am 26. Dezember. Als Mitglied der Revisionskommission und im Versand aktiv, ist Ingrid eine zuverlässige Mitstreiterin im „RotFuchs“-Förderverein. Wir freuen uns, Dich an unserer Seite zu wissen.

# Machtkonzentration

## Kolumbien: Der schleichende Weg zur Diktatur

Vor drei Jahren schien der Frieden in Kolumbien nah zu sein. Trotz massiven Widerstands der Eliten des Landes und der Ultrarechten unter Führung des Ex-Präsidenten Uribe konnte ein Friedensvertrag zwischen dem Parlament des Landes und der FARC unterschrieben werden. Die FARC löste sich zum größten Teil als bewaffnete Organisation auf und formierte sich zu einer politischen Partei. Ein wichtiger Bestandteil des Vertrages regelt eine Landreform mit dem Ziel, illegalen Landbesitz zu beseitigen und ihren ursprünglichen Besitzer zurückzugeben. Da ein Prozent der Grundbesitzer 81 Prozent der Landfläche kontrollieren, spricht die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) von der ungerechtesten Verteilung auf dem Kontinent. Die Landreform gilt als Dreh- und Angelpunkt des Friedensvertrages. Sozialen Frieden in Kolumbien zu schaffen gelingt nur, wenn die ungerechte Verteilung des Landbesitzes gelöst wird.

Mit dem Abschluß des Friedensvertrages zeigte die Wirtschaftsentwicklung einen positiven Trend, mit starkem Wachstum. In Lateinamerika entwickelte sich Kolumbien zu den führenden Wirtschaftsnationen. Vornehmlich sind für das Land vor allem der Reichtum an Ressourcen, die gute Lage im Zentrum Amerikas sowie das vorhandene Arbeitskräftepotenzial.

Mit der Vereidigung des jetzigen Präsidenten Iván Duque als Vertreter der Ultrarechten ändert sich die Situation in erheblichem Maße. Sein Kurswechsel kommt aber auch nicht überraschend. Bereits im Wahlkampf hat er angekündigt, den Friedensvertrag mit der FARC zu dessen Ungunsten „nachzubessern“.

Duque konnte sich mit 53,9 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber dem linken Kontrahenten Gustavo Petro mit 41,9 Prozent durchsetzen. Die Ergebnisse dieser Wahl sollten jedoch mit Vorsicht betrachtet werden. Nach meiner Auffassung kann man von einer fairen Wahl nicht sprechen. Einerseits zog sich die neugegründete politische Partei FARC Wochen vor der Wahl vom Wahlkampf zurück und schloß ihre Wahlstützpunkte auf Grund massiver Bedrohung. Der Staat konnte oder wollte nicht für deren Sicherheit sorgen. Im Weiteren stellte sich heraus, daß unter Ex-Präsidenten Uribe massiv Stimmen für Iván Duque gekauft wurden.

In seiner bisherigen Regierungszeit konnte Iván Duque seine Wahlversprechungen bis auf eine Ausnahme nicht umsetzen. Bei seiner ersten Rede als Präsident konstatierte er, er übernehme ein „erschüttertes Land“. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch die mehr als 300 Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger, die in den letzten Jahren umgebracht worden sind. Auch erklärte er, daß die grassierende Korruption bekämpft werden müsse. Diese Mißstände wolle er angehen. Als weitere Ziele definierte Duque u. a. eine Justizreform, einen besseren Schutz der

demobilisierten FARC-Kämpfer, die Bekämpfung der Drogenkartelle und die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien.

Nach zwei Jahren Amtszeit fällt seine Bilanz sehr ernüchternd aus.

Seine Weigerung, die Ergebnisse des Friedensvertrages mit der FARC anzuerkennen, führt zu erheblichen Spannungen zwischen den politischen Parteien mit dem Ergebnis, daß ein Teil früherer FARC-Kommandeure Ende 2019 den bewaffneten Kampf wieder aufnahm. Der Guerillakommandant Iván Márquez begründete dies mit dem Verrat des Staates am Friedensabkommen von Havanna. Die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber der Politik von Duque und seiner Regierung resultiert aus deren zunehmender Nähe zu Drogenbanden, Paramilitärs und nach wie vor ausufernder Korruption. Sie richtet sich aber auch gegen Reformen, wie die Steuerreform, die unter anderem die Senkung von Unternehmenssteuern und die Kürzung der Ausgaben für Bildung, Gesundheitswesen und Soziales vorsieht. Protest ruft ebenso das Kürzungspaket hervor, nach dem u. a. der Mindestlohn für junge Beschäftigte um 25 Prozent gekürzt und die Renten verringert werden sollen.

Eine Tragödie ist die große Anzahl ermordeter Aktivisten und Menschenrechtsverteidiger sowie demobilisierter Mitglieder der FARC-EP. Die Behauptung der Regierung, diese Fälle seien im Vergleich zur Regierung Santos zurückgegangen, wird von zahlreichen kolumbianischen und internationalen Organisationen dementiert: Es habe vielmehr eine markante Zunahme getöteter Menschen gegeben. Das Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNHCHR) spricht in seinem Bericht 2019 unter anderem von 36 Massakern mit 133 Toten und von 108 ermordeten Menschenrechtlern. Sie spricht von Folter und Vergewaltigung. All das führte zu einer landesweiten Protestbewegung, die Ende 2019 eskalierte. Es kam zu Generalstreiks, Straßenblockaden, Arbeitsniederlegungen im gesamten Land, die von Gewerkschaften, Studenten, sozialen- und indigene Führern getragen wurde. Diese Bewegung in dieser Größenordnung war für Kolumbien neu und stellt eine neue Dimension dar.

Mit einem Schlag änderte sich Anfang 2020 die Situation. Die Ausbreitung von Covid-19 bewirkte nicht nur die Lahmlegung des sozialen Lebens im Land, sondern auch die Beendigung der Massenproteste.

Die Regierung von Präsident Iván Duque verhängte am 19. März den Gesundheitsnotstand. Er versprach umfangreiche Hilfe, die jedoch für die meisten Kolumbianer ausblieb.

Mit Bezugnahme auf den Gesundheitsnotstand hatte Duque per Dekret den Kongreß zunächst geschlossen und später nur virtuelle Sitzungen erlaubt. Die Regierung hat über 680 Dekrete ohne legislative Kontrolle erlassen. Darunter waren solche umstrittenen

Maßnahmen wie die Transferleistungen an Banken, die Budgetkürzungen der lokalen Regierungen, Vorschriften, die zur Verschlechterung von Arbeitsbedingungen führen und die stark kritisierten Maßnahmen zur Rettung der Fluggesellschaft Avianca.

Wirtschaftliche Maßnahmen wie Kredite für Unternehmen in Höhe von 17,4 Milliarden USD über den Fondo Nacional de Garantías, der Staatsbank Bancolombia und der Entwicklungsbank Findeter kommen ausschließlich der Industrie zugute. Millionen Tagelöhner gehen leer aus. Eine sehr strenge Ausgangssperre verhindert, daß sie ihren Tagesgeschäften nachgehen können. Familien, die keine Ersparnisse besitzen, wurde verboten, beruflich tätig zu sein. Verstöße gegen die Ausgangssperren führen zu harten Strafen bis zum Totschlag. Zwar will man ärmere Bevölkerungsschichten unterstützen. Insgesamt sollen 10 Millionen Personen direkte Zahlungen durch die Regierung erhalten. Dazu gehört die Notfallhilfe des Programa Ingreso Solidario für drei Millionen Haushalte sowie Sonderzahlungen an Personen, die den Sozialprogrammen Familias en Acción, Jóvenes en Acción und Colombia Mayor, angehören. Vieles jedoch kommt bei den Bedürftigen nicht an.

Neben den enormen Problemen, die Corona den Menschen aufbürdet, ist eine neue Spirale der Gewalt in Kolumbien zu verzeichnen. Eine Gewalt, die aus dem lukrativen Geschäft des Kokainhandels, der Bergbauindustrie und der Großgrundbesitzer resultiert, die versuchen, mit allen Mitteln eine Landreform zu verhindern. Auch hier leistet die Ausgangssperre Vorschub zum Töten. So wurde beispielsweise am 24. März 2020 die Frauenrechtlerin Isabella Salina in ihren eigenen vier Wänden im Dorf San Pablo ermordet. Ihr Engagement war einigen offenbar ein Dorn im Auge.

Am 19. Mai 2020 wurde der junge Afrokolumbianer Anderson Arboleda durch eine Polizeistreife ermordet. Er hatte gegen die Sperrstunde verstoßen und wurde zu Tode geprügelt.

Spontan gingen Tausende, zuerst in Bogotá, später in anderen Städten des Landes, auf die Straße und protestierten gegen die zunehmende Staatsgewalt. Der Protest fand am 9. September in Bogotá seinen vorläufigen Höhepunkt. An diesem Tag gedachten die Kolumbianer der 13 Menschen, die eine Woche zuvor durch Polizeigewalt ums Leben gekommen waren. Hunderte wurden verletzt. Die letzten Wochen waren erneut durch den landesweiten Streik gegen die Regierungspolitik gekennzeichnet. Beteiligt waren der Gewerkschaftsverband CUT, der allgemeine Gewerkschaftsbund CGT, die Konföderation der Arbeiter in Kolumbien CTC sowie die Lehrgewerkschaft Fecode. Auch die beiden pensionierten Gewerkschaften CPC und CDP und das im vergangenen Jahr gegründete „Nationale Komitee für den Generalstreik“ haben sich den Protesten angeschlossen.

Zu erwähnen ist der Aufbruch der kolumbianischen Ureinwohner. Bis zu 12 000 Demonstranten waren es, die sich in der Protestbewegung „Soziale und Gemeinschaft Minga“ zusammengeschlossen und am 15. Oktober aus Cali im Südwesten Kolumbiens auf dem Weg in die Hauptstadt Bogotá gemacht haben, um Präsident Duque persönlich zu treffen. Diese Bewegung fordert, das Versprechen der Regierung zum Schutz der indigenen Bevölkerung einzulösen, das bis zum heutigen Tage trotz Verankerung in der Verfassung nicht erfüllt ist. Zunehmende wirtschaftliche, politische und soziale Probleme führen zu wachsenden sozialen Unruhen. Die Popularität der Regierung und die des Präsidenten ist mittlerweile auf ca. 26 % gesunken. Ein Teil der Mittelschicht

wendet sich von ihm ab. Nun machen Gerüchte die Runde, die davon berichten, daß die Regierung den Ausnahmezustand verhängen will. Er soll sich vor allem gegen die soziale Bewegung und die Justiz richten, die in den letzten Monaten zuungunsten der Regierung geurteilt hat. Der Ausnahmezustand würde es Duque unter anderem ermöglichen, Proteste zu verbieten, lokale Amtsträger abzusetzen, bei Medien zu intervenieren. Menschen könnten ohne gerichtliche Verurteilung ausspioniert oder festgenommen werden. Der Senator der Linkspartei Demokratischer Pol (PD) Iván Cepeda erklärte, die Regierung würde damit „eine Art Diktatur formalisieren“. Eine zunehmende Machtkonzentration sehen Kritiker außerdem darin, daß die Leiter von mittlerweile drei

Kontrollbehörden – der Staatsanwaltschaft, Verwaltungsstaatsanwaltschaft und Ombudsstelle – Vertraute des Präsidenten seien. Bereits jetzt werden Anordnungen des Obersten Gerichtshofs durch Duque mißachtet. Nun hat Senator Cepeda einen Strafantrag gegen ihn und die Polizei beim Internationalen Strafgerichtshof gestellt. Inzwischen wurden neue Richtlinien zur Regulierung der Proteste erlassen. Die Bürgermeister haben keine Befugnis mehr, über den Einsatz der Polizei bei Protesten zu entscheiden. Dies obliegt allein den Oberbefehlshabern der Polizei. Das ist umso gravierender, als in Kolumbien keine strikte Trennung zwischen Polizei und Armee existiert.

**Peter Blöth**  
Böbing

## Friedensmacht USA?

### Die Weltsicht des Markus Somm

In seiner Kolumne in der in Zürich erscheinenden Sonntagszeitung vom 4. Oktober 2020 legt der Schweizer Publizist Markus Somm unter dem Titel „Ami go home“ seine Sicht der Beziehungen zwischen den Staaten, der internationalen Politik dar. Ausgangspunkt ist seine Feststellung: „Wer die Geschichte kennt, weiß, daß Krieg zur menschlichen Existenz gehört wie Seuchen, Hunger oder Untergang.“ Herr Somm ist also der Meinung, daß die Menschheit den Hunger nie wird besiegen können und daß es Kriege geben wird, solange die Menschheit existiert. Markus Somm sieht jedoch eine Friedensmacht, die mit ihrem militärischen Potential völlig uneigennützig mit geradezu „grotesker Großzügigkeit“ dafür gesorgt hat, daß wir in Westeuropa seit 1945 keinen Krieg mehr erlebt haben: die USA. Tatsache ist jedoch, daß seit 1945 kein Staat so viele Kriege mit so vielen Todesopfern geführt hat wie die USA. Im August 1945 haben sie über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki Atombomben abgeworfen, durch die in wenigen Sekunden 100 000 Zivilisten (Frauen, Kinder, alte Menschen) getötet worden sind und in den folgenden Monaten bis Ende 1945 noch einmal 130 000 Menschen an den Folgen der Verletzungen und Verstrahlungen gestorben sind. Für die siegreiche Beendigung des 2. Weltkrieges war dieser Einsatz von Atomwaffen völlig unnötig, da das faschistische Japan schon vor dem Atombomben-Abwurf die Kapitulation angeboten hatte. Im Korea-Krieg von 1950 bis 1953 sind durch schwerste Kriegsverbrechen der US-Army mehrere hunderttausend Menschen ermordet worden. Im Vietnam-Krieg sind durch die Kriegführung der USA mehrere Millionen Einheimische getötet worden. Zwei Millionen haben durch den Einsatz von Chemiewaffen (Agent Orange) schwere Gesundheitsschädigungen erlitten. Ein Gift, das bis heute zahllose Opfer

fordert. Von 1965 bis 1973 hat die US Air Force über Laos Bomben mit einem Gesamtgewicht von 2,1 Millionen Tonnen abgeworfen, mehr, als während des Zweiten Weltkrieges auf Deutschland und Japan abgeworfen worden sind. Durch den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak, der mit der Lüge begründet wurde, Saddam Hussein bedrohe die Welt mit Massenvernichtungswaffen, haben mehrere hunderttausend Menschen ihr Leben verloren. Auch im Irakkrieg hat das US-Militär abscheuliche Kriegsverbrechen begangen. Schon vor dem Krieg sind im Irak mehrere Millionen Menschen durch Mangelernährung infolge der von den USA verhängten Wirtschaftssanktionen gestorben. Richtig ist, daß es in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1990, d. h. bis zum Untergang der Sowjetunion, keinen großen Krieg mehr gegeben hat. Aber ist das wirklich das Verdienst der USA? Nach dem Zweiten Weltkrieg, an dem sich die USA erst beteiligten, als der Krieg durch den opferreichen Kampf der Roten Armee bereits entschieden war, haben die USA befürchtet, daß die Völker Westeuropas sich für den Sozialismus oder für ein friedliches gutnachbarschaftliches und kooperatives Zusammenleben mit der Sowjetunion entscheiden könnten. Aus diesem Grund haben sie nach dem Tod von Präsident Roosevelt die Politik des Containment and Rollback proklamiert und damit den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion eröffnet. Die westlichen Besatzungszonen Deutschlands wurden zu einem aggressiven Bollwerk gegen die Sowjetunion aufgerüstet, wobei diese sich ohne Skrupel auf die Kräfte stützten, welche schon das Hitlerregime und die Naziwehrmacht trugen. Ein von der Sowjetunion vorgeschlagenes Verbot sämtlicher Atomwaffen haben die USA abgelehnt, weil sie den militärischen Vorteil des Alleinbesitzes von Atomwaffen nicht preisgeben wollten. Daß es in Europa in

den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zu einem heißen Krieg gekommen ist, ist nicht dem Friedenswillen der USA zu verdanken, sondern der Tatsache, daß es, nachdem die USA ein Atomwaffenverbot abgelehnt hatten, der Sowjetunion gelungen ist, mit gewaltiger Anstrengung in kurzer Zeit ebenfalls Atomwaffen zu entwickeln und herzustellen. Nicht den USA verdanken wir, daß es nach 1945 in Europa bei einem Kalten Krieg geblieben ist, sondern der Tatsache, daß die Sowjetunion im von den USA angeführten Wettrüsten lange Zeit mithalten konnte mit der Folge, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion für die USA katastrophale Folgen gehabt hätte. Nach dem Untergang der Sowjetunion hat es dann nicht lange gedauert, bis auch in Europa wieder Bomben gefallen sind. Unter Führung der USA hat die NATO völkerrechtswidrig Serbien bombardiert mit dem Ziel, die letzte Regierung in Mitteleuropa, die sich der Hegemonie der USA widersetzt, zu Fall zu bringen. Den rücksichtslosen Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung und Verteidigung der von den Vereinigten Staaten von Amerika dominierten Weltordnung haben die USA grundsätzlich nie gescheut. Dabei hat sie der Wille der Völker, gegen deren Staaten sie Krieg geführt haben, stets nur in zweiter Linie interessiert. Nur das Risiko, dabei selbst vernichtende Verluste zu erleiden, konnte die USA davon abhalten, das, was sie ihre „vital interests“ nennen, mit militärischer Gewalt geltend zu machen. Wenn jemand den Frieden in der Welt bewahren kann, dann sind es die Mächte China und Rußland, die das wissenschaftlich-technische, militärische und wirtschaftliche Potential haben, die USA und ihre NATO in die Schranken zu weisen und längerfristig kontrollierte allseitige Abrüstung zu erzwingen.

**Stefan Hofer**  
Basel

# Überzeugender Wahlsieg in Bolivien

Luis Arce von der Bewegung zum Sozialismus (MAS) ist der neue Präsident Boliviens. Das Land hat nach einem Jahr Chaos wieder einen gewählten Präsidenten im höchsten Amt. Am 8. November 2020 leistete er vor der Multinationalen Gesetzgebenden Versammlung den Amtseid. Der neugewählte Vizepräsident des Landes David Choquehuanca legte Luis Arce die Präsidentenschärpe um. Sie trägt wieder die Wiphala-Flagge der indigenen Gemeinschaften Boliviens, die durch die Putschregierung von Jeanine Áñez aus allen öffentlichen Gebäuden und von allen Plätzen des Staates entfernt worden war.

Aus allen Teilen des Landes waren Anhänger der MAS, Mitglieder des Gewerkschaftsdachverbands (COB), Delegationen der indigenen Gemeinschaften, Vertreter von sozialen Bewegungen und Organisationen, Bauern, Handwerker, Ärzte, Lehrer und Bergarbeiter in die Hauptstadt La Paz gekommen, um den neuen Präsidenten und mit ihm die Rückkehr der Demokratie zu feiern. Am 9. November

kehrte Ex-Präsident Evo Morales aus dem argentinischen Asyl nach Bolivien zurück. In Villazón, einer Stadt im Süden Boliviens, empfingen und feierten ihn Tausende Vertreter der indigenen Gemeinschaften, Bergarbeiter und MAS-Mitglieder.

Die neue Regierung übernahm ihr Amt nach einem überzeugenden Wahlsieg. Am 18. Oktober traten 87 Prozent der wahlberechtigten Bürger an die Wahlurnen. Von ihnen wählten 55,1 Prozent Luis Arce und David Choquehuanca. Der Kandidat der Banken und Schecks Carlos Mesa von der „Comunidad Ciudadana“ (CC) erreichte 28,8 Prozent der Stimmen und der Kandidat der Großgrundbesitzer Luis Fernando Camacho von der Partei „Creemos“ 14 Prozent. Auch in den beiden Kammern des Parlaments verteidigte die MAS die Mehrheit, die sie bereits nach den Wahlen vor zwölf Monaten erobert hatte. In der Abgeordnetenkammer besitzt sie 73 der 130 Mandate, in der Senatorenkammer stellt sie 21 der 36 Senatoren. Damit kann sie gut regieren, muß keine fragwürdigen Bündnisse mit der Opposition eingehen. Der Wahlsieg der MAS und der Amtsantritt des neuen Präsidenten bedeuten eine schallende Ohrfeige für die Rechte Boliviens, die sie unterstützende US-Regierung und die OAS, die ein übles Testat der Wahlfälschungen vor einem Jahr ausstellte. Daraufhin ernannte sich am 12. November 2019 die damalige Vize-Senatspräsidentin Jeanine Áñez von der Rechtspartei „Demokratische Soziale Bewegung“ (MDS) mit der Bibel in der Hand selbst zur „Übergangspräsidentin“. Die USA, Brasilien, die OAS und die Europäische Union erkannten sie sofort an. Auch der Oberkommandierende der bolivianischen Armee, Williams Kaliman, stellte sich öffentlich hinter sie. Die „Übergangspräsidentin“ befahl der Armee und der Polizei,

„Ordnung“ im Land zu schaffen. Es kam zu Massakern in Sacaba, Senkata und Ovejuyo. Insgesamt wurden mehr als 30 Personen getötet, Hunderte verletzt und inhaftiert. Laut bolivianischem Gesetz müssen Neuwahlen innerhalb von 120 Tagen erfolgen. Die De-facto-Regierung von Jeanine Áñez sah in ihnen eine wichtige Aufgabe, um sich einen legalen Status zu geben. Gleichzeitig verschob sie aber immer wieder den Ter-



**Boliviens Präsident Luis Arce (1. v. l.) bei der Amtseinführung am 8. November**

min. Dafür gab es zwei Gründe: Zum einen wollten die Rechten Zeit gewinnen, um genügend Wählerinnen und Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Zum anderen verschärfte die Putschregierung die Jagd auf ihre politischen Gegner. Die Corona-Pandemie, die mit verheerenden Folgen in Bolivien grassiert, wurde zum weiteren Hemmschuh für die Neuwahlen erklärt. Letztendlich verlegte Áñez die Neuwahlen auf den 18. Oktober.

Gleichzeitig ließ man Carlos Mesa sagen: „Mehr als 65 Prozent der Bolivianer wollen nicht, daß die MAS an die Macht zurückkehrt.“ Nun wollten aber 55 Prozent, daß sie das tut. Sie wußten auch, warum. Bolivien erreichte in den 14 Jahren MAS-Regierung politische Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwung. 2006 nationalisierte sie die Bodenschätze, speziell die weltgrößten Vorkommen an Lithium, das für Mobiltelefone, Computer und Elektroautos gebraucht wird. Die Gewinne aus dem Lithiumexport blieben so im Land und kamen auch der armen und indigenen Landbevölkerung zugute. Die Regierung investierte in soziale Programme, Bildung und Gesundheitswesen. Die extreme Armut ging von 36 auf 14 Prozent zurück. Viele dieser Errungenschaften wurden durch die Putschisten abgeschafft, Bildungs- und Gesundheitswesen wurden privatisiert, die kubanischen Ärztebrigaden nach Hause geschickt und die sozialen Programme eingestellt. Das Land trat aus ALBA, CELAC und UNASUR aus und in die reaktionäre, von Washington geförderte Lima-Gruppe ein. Die Putschisten brachen die diplomatischen Beziehungen zu Kuba, Venezuela und dem Iran ab und belasteten das Verhältnis zu Argentinien und Mexiko. Das klare Wahlergebnis zugunsten der MAS hindert die USA, die Putschpläne, die sie zusammen mit der OAS und den bolivianischen

Rechten ausgearbeitet hatten, zu verwirklichen. Die Pläne gingen von einem knappen Wahlergebnis aus. Im Falle eines Sieges der MAS sollten erneut „Wahlfälschungen“ ins Spiel gebracht, die Differenz „geglättet“ und der Sieg Mesas proklamiert werden. Bolivien war während der Wahlen praktisch militarisiert. Die von der MAS eingeladenen Wahlbeobachter wurden bedroht.

In seiner Antrittsrede sagte Luis Arce, daß dieser 8. November 2020 eine neue Etappe in der Geschichte Boliviens einleitete. „Wir wollen eine Regierung für alle sein, ohne irgendwelche Ausnahme.“ Bereits vor der Amtseinführung hatte Arce in den sozialen Netzen an den Sieger der Präsidentschaftswahlen in den USA Joe Biden eine Botschaft gesandt, in der er die Erwartung seiner Regierung für bessere Beziehungen ausdrückte. Arce erinnerte an die Massaker der putschenden Banden gegen die indigenen Völkern und MAS-Anhänger und sagte, daß Schluß damit sein müsse, daß Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Parteizugehörigkeit gehaßt und verfolgt werden: „Wir müssen die Angst in Bolivien besiegen.“

Der neue Präsident erklärte, daß seine Regierung wieder an lateinamerikanischen Bündnissen wie UNASUR und CELAC teilnehmen werde. Die diplomatischen Beziehungen zu Kuba, Venezuela und dem Iran sollen wiederhergestellt und das Verhältnis zu Argentinien und Mexiko verbessert werden. Mit ihm als Präsidenten werde Bolivien an der Seite der fortschrittlichen Bewegungen und Regierungen stehen. Bereits am 9. November wurde die venezolanische Botschaft in Bolivien wiedereröffnet.

Der italienische Journalist Fabrizio Casari schrieb für das nicaraguanische Nachrichtenportal „La Voz del Sandinismo“: „Obwohl der Wahlsieg von Luis Arce den Weg für eine neue zeitgemäße Politik vorbereitet hat, kann er diesen nur beschreiten, wenn er das leitende Personal des Militärs und der Institutionen so schnell wie möglich entläßt, denn sie waren die Protagonisten des Putsches. Sie sind gefährlich und unzuverlässig, bereit zu wiederholen, was sie bereits taten.“ Inzwischen beschlossen die beiden Kammern der Nationalversammlung, daß sich die selbsternannte „Übergangspräsidentin“ Jeanine Áñez und ein Dutzend „Minister“ wegen der Gewalt, die sie auslösten, vor Gericht verantworten müssen.

Es ist zu erwarten, daß die neue Regierung Boliviens den von Evo Morales begonnen Weg fortsetzen wird. Unabhängig davon, wer letztendlich ab Januar 2021 im Weißen Haus in Washington regiert, wird dieser Weg den Interessen des Imperiums im Norden widersprechen. Mit dem Wahlausgang im Andenland jedoch mußte „America First“ eine weitere Niederlage hinnehmen.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

# Rücktritt absehbar

## Stand die Elfenbeinküste vor einem neuen Bürgerkrieg?

Die Nationale Wahlkommission der Elfenbeinküste hat dem 78jährigen Alassane Ouattara einen dritten Wahlsieg bescheinigt: Er erhielt am 31. Oktober 94, 27 Prozent der Stimmen. Das hohe Ergebnis war zu erwarten, weil die Gegenkandidaten Expräsident Henri Konan Bedie (PDCI-RDA) und Expremierminister Pascal Affi N'Guessan (FPI), von Exminister Guillaume Soro aus dem Pariser Exil assistiert, zum Boykott aufgerufen hatten, dabei aber ihre Kandidatur nicht zurückgezogen haben.

Aber die Wahlbeteiligung? Bei 53,9 Prozent von 5,966 Millionen Wahlberechtigten kann man kaum von einem Boykott sprechen. Ouattara ist es gelungen, seine Anhänger zu den Urnen zu bewegen. Daß nur knapp 6 Millionen der 22,7 Millionen zählenden Bevölkerung in die Wählerlisten eingeschrieben sind, hat zudem mehrere Ursachen: Zum einen sind die Ivorer im Durchschnitt 19 Jahre jung (40 Prozent unter 15 Jahren), also ein beträchtlicher Teil noch nicht im Wahlalter. Dazu kommt die spezifische Situation als Afrikas zweitgrößtes Einwanderungsland nach Südafrika. Etwa ein Viertel der Bevölkerung ist mit „Herkunft ausländisch“ von vornherein von den Wahlen ausgeschlossen, hinzu kommen noch etwa eine Million Staatenlose.

Die Oppositionskoalition hatte zum „zivilen Ungehorsam“ aufgerufen, sie spricht den Wahlen die Legitimation ab. Die dritte Wiederwahl sei gegen den Geist der Verfassung, der Wahlprozeß selbst manipuliert. Die Opposition proklamierte einen Übergangsnationalrat als Vorstufe einer Gegenregierung unter Vorsitz von Henri Konan Bedie. Die Reaktion der Regierung kam umgehend: Justizminister Sansan Kambile verurteilte die Erklärung als „Aggression und Verschwörung gegen die staatliche Integrität“ und ließ „alle Optionen offen“ („L'Humanité“ vom 4. November). In dieser explosiven Lage sperrte eine Hundertschaft Polizei die Residenz Bedies ab wie auch die von Pascal Affi N'Guessan, nachdem sie eine Barrikade in der Umgebung abgebaut hatte. Schüsse waren zu hören und Demonstranten wurden durch die Straßen gejagt, so die Korrespondentin des französischen Senders TV5-Monde. Radio France International meldete am 4. November, daß Maurice Kakou Guikahue, Vize-Chef der Partei BDCI von Bedie, sowie weitere Parteipolitiker und Familienmitglieder verhaftet wurden. 17 Personen seien in der Geheimdienstzentrale zu Befragungen. Die Anhänger des Präsidenten und der Opposition bekämpften sich in den Straßen, einige Häuser gingen in Flammen auf. Am Wahltag allein starben neun Personen, im Wahlkampf über dreißig. Doch nicht nur Oppositionelle stehen im Fadenkreuz: Auf den Regierungssprecher und Kommunikationsminister Sidi Tiemoko Touré wurde geschossen, dabei wurden mehrere Personen verletzt. Der Personenschützer des Budgetministers wurde erschossen und zwei Mitarbeiter des

Investitionsministers Amede Koffi Kouakou wurden vor seiner Zweitwohnung getötet. Aber die Lage blieb undurchsichtig, der strikte Hausarrest für vier führende Köpfe der Opposition samt ihren Mitarbeitern war Mitte November noch nicht aufgehoben. Ihre Anwälte verurteilen den „Blocus“ als illegal, die Regierungspartei erklärte, er werde beendet, sobald die Opposition „wieder zur verfassungsmäßigen Ordnung zurückgekehrt“ sei. Die Botschafter der USA, Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens konnten Bedie am 11. November in seiner Residenz besuchen. Er plädierte für eine internationale Vermittlung, die UN eingeschlossen. Die westlichen Gesprächspartner drängten darauf, seinen Übergangsrat abzuschaffen. Das sei eine Sackgasse, denn dies sei eine nicht verhandelbare Bedingung für Gespräche mit Ouattara. Die Diplomaten fanden das folgende Gespräch mit Premierminister Hamed Bakayoko dementsprechend „ermutigend“. Der ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo hat sich bereits als Vermittler angeboten. Ouattara aber macht Druck. Er hatte Pascal Affi N'Guessan und zwei seiner Mitarbeiter an der Grenze zu Ghana, offensichtlich auf der Flucht, verhaften lassen. Am 8. November konnten sie aus der Geheimdienstzentrale DST per Video ein Lebenszeichen von sich geben, N'Guessan soll der Prozeß gemacht werden.

Versinkt die Elfenbeinküste in Chaos, das „paquebot de France“ (Kreuzfahrtschiff), wie es seit Kolonialzeiten genannt wird? Hat Ouattara, genannt ADO, das gleiche Schicksal wie Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita (IBK) zu fürchten? Aus dem Ausland kommen Stimmen zur Deeskalation. „Beruhigung, Öffnung und Versöhnung“ soll Präsidenten Emmanuel Macron am Telefon Ouattara geraten haben. Schließlich wird auch nach Corona das Land fürs französische Kapital gebraucht. Jedoch der Streit eskaliert: Aus seinem Pariser Exil rief am 11. November Exrebellenchef Guillaume Soro die Militärs auf „zu handeln“. Regierungssprecher Mamadou Touré forderte in Richtung Paris, Soro dürfe „nicht straflos von französischem Boden aus die Elfenbeinküste destabilisieren“.

Es fällt auf, daß sich der dritte Oppositionskandidat, der „unabhängige“ Abgeordnete Kouadio Konan Bertin, bislang zurückgehalten hat. Er stand zwar in Opposition zum Präsidenten, beteiligte sich aber nicht am Wahlboykott. Am 3. November meldete er sich auf Youtube zurück. Bringt er sich als Anwärter auf die zukünftige Nachfolge ins Spiel? Die „Deutsche Welle“ fragt schon nach jungen Nachwuchspolitikern.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß sich das Ausmaß an Gewalt des Jahres 2010 wiederholt. Damals hatte Nicolas Sarkozy militärisch interveniert und den sozialistischen Amtsinhaber Laurent Gbagbo zugunsten seines alten Freundes Ouattara aus dem Präsidentenamts getrieben, was mehr als 3 000 Tote kostete. Wird es der Opposition gelingen,

ohne organisierten Rückhalt in der Zivilgesellschaft eine „Übergangsregierung“ zu installieren? Die populäre Sozialministerin Mariatou Koné dementierte ihre Ernennung und bekräftigte ihre „Verbundenheit mit der Legalität der Institutionen und der Achtung der verfassungsmäßigen Ordnung“. Ebenso wollte Botschafter Jean-Marie Somet von einer kursierenden Liste gestrichen werden. Die Partei UDPCI schließt sich in einer Erklärung einerseits dem Übergangskomitee an, erkennt andererseits die Legalität der Regierung Ouattara an. Und die westlichen Staaten verstärken den Druck auf Bedie, nachzugeben. Offensichtlich wird Ouattara, wie er vor der Wahl angedeutet hatte, auf die Opposition zugehen, um eine breiter aufgestellte Regierung zu bilden. Seinen Opponenten Bedie hat er öffentlich „zum Dialog“ eingeladen. Zum ersten Mal seit zwei Jahren führte er als vertrauensbildende Maßnahme ein Gespräch mit ihm. Die Zeitschrift „Jeune Afrique“ deutete am 12. November erstes Einvernehmen an: Freilassung der Oppositionellen, Reform der Wahlkommission und der Wahlbezirke.

Ist damit die Frage erledigt, Gbagbo ins Boot zu nehmen? Nach acht Jahren Untersuchungshaft beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und dem Freispruch vom 15. Januar 2019 dürfte seine Freilassung nicht mehr lange zu verhindern sein. Gbagbo selbst hält sich zurück, rechnet aber mit der Jugend. „Sie sagt überhaupt nichts“, beklagt er. Es seien „die anderen, die für die Jugend sprechen.“ Gbagbo könnte eine gewichtige Rolle spielen, um im Land wieder Ruhe herzustellen. Im offiziellen Telefonat mit Premierminister Hamed Bakayoko setzte er sich für die respektvolle Freilassung der Oppositionsführer ein, und sagte zu, das Seine zu tun, „um das Klima zu entkrampfen“. Clotilde Ohouochi, ehemals Gesundheitsministerin in Gbagbos Regierung, meinte, dessen Ideen hätten auf dem afrikanischen Kontinent „während seiner Gefangenschaft in Scheveningen an Terrain gewonnen. Er ist der neue Mandela!“

Was bringt der ivoirischen Bevölkerung der „Kampf um die Fleischtpöffe“ (Bertolt Brecht)? Die Lage hat sich unter Ouattara vor allem für den städtischen Mittelstand gebessert. Zum ersten Mal seit 40 Jahren ist die Armutsrate um 2,6 Prozent gesunken. Auch wenn über fünf Millionen Ivorer vom Kakaoanbau leben, die bäuerliche Armut bleibt erdrückend: 58,6 Prozent (in den Städten nur halb so viel). Trotzdem sind Zigtausende aus den Städten in ihre Dörfer gezogen, um den befürchteten Gewaltausbrüchen zu entgehen. Kein Wunder, daß die Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen über 3 200 in die Nachbarländer Geflüchtete registrierte.

Zum Schluß: Auch wenn Ouattara verhindern kann, daß er jetzt abtreten muß, einen Nachfolger wird er mit seinen 78 Jahren nicht verhindern können.

**Georges Hallermayer**  
Sarreguemines/Schwerte



# Profit hat Vorrang

## Impfstoff gegen Corona oder ein Wettlauf um Markbeherrschung

Der Kampf gegen die Corona-Pandemie ist in unserer schönen deutschen Republik längst in einem tiefen Propagandasumpf versunken. Während in asiatischen Ländern wie China, Vietnam, Südkorea oder Japan eine zweite Corona-Welle nicht aufgetreten ist, hat es Staaten in Europa wie Belgien, Spanien, Italien, BRD, Österreich, Großbritannien u. a. wieder schwer getroffen.

Neuseeland und Australien waren gleichfalls in der Lage, die Verbreitung von Sars-Covid-V-2 entscheidend einzuschränken und eine zweite Infektionswelle zu verhindern.

Für eine erfolgreiche Eindämmung des Virus sind offensichtlich eine Reihe von Entscheidungen und Aktivitäten des Staates maßgebend. Dabei erwies sich die Erkenntnis in den asiatischen Staaten als außerordentlich wichtig, daß alle Behörden und Gesundheitsstrukturen an einem Strang ziehen müssen, um das Virus zu bekämpfen. Diese Lehre zogen Länder in Asien aus früheren Pandemien.

Eine zweite wichtige Erkenntnis besteht darin, daß Appelle an die Bevölkerung zur freiwilligen Einhaltung von Maßnahmen der Virusbekämpfung nicht ausreichen. Erforderlich sind schnelle und zielgerichtete Information der Bevölkerung über Präventionsmaßnahmen, die dann auch umgehend und konsequent umgesetzt werden müssen. Mit der Festlegung eines zweiten Lockdowns haben Bundesregierung und die „Landesfürsten“ endlich begriffen, daß nur ein einheitliches und geschlossenes Vorgehen gegen die Virusausbreitung hilfreich ist. Die Gesundheitsämter sind nach Meinung der Kanzlerin nicht mehr in der Lage, 75 Prozent der Covid 19 Infektionen nachzuverfolgen. Der zweite Lockdown wurde ab dem 9. November durchgesetzt. Die Bundesregierung hat sich für diesen Weg entschieden, um massiv Kontakte einzuschränken. Sie fordert die Einhaltung der Corona-Regeln, auch mit Zwang.

Die erneut steigenden Infektionsraten mit dem Corona-Virus führte Gesundheitsminister Spahn am 11. September in einem „Focus“-Interview insbesondere auf Urlaubsrückkehrer aus Risikogebieten zurück. Das Ausdehnen von Testungen auf Corona-Erkrankung, wie es in der Bundesrepublik praktiziert wird, scheint nicht auszureichen, um die zweite Infektionswelle zu stoppen.

In asiatischen Ländern bedeutet Quarantäne wirklich Quarantäne mit tiefen Einschnitten ins private Leben. Ein straffes, abgestuftes und kontrolliertes Quarantänensystem war und ist notwendig, um Ansteckungen in Privathaushalten und in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Erstmals erprobten die Chinesen diese Verfahrensweise in Wuhan. Sie brachte die Wende in der Pandemie-Entwicklung. Zu behaupten, daß das nur in einem totalitären

Staat möglich sei, ist glatter Propagandaunsinn. In den BRD-Medien wurde jedoch immer suggeriert, daß der deutsche Weg der richtige sei. Wer genau zuhörte, war über das chaotische Bild, welches das Kabinett in der Bekämpfung der Pandemie bot, erstaunt bis entsetzt.

„Sputnik V“ war der erste Corona-Virus-Impfstoff überhaupt in der Welt, der am 11. August 2020 registriert wurde. Es handelt sich hierbei um einen Vektorimpfstoff, der ab Januar 2021 in den zivilen Verkehr für die Russische Föderation eingeführt werden kann.

Jens Spahn äußerte sich in einem Interview am 12. August mit dem Deutschlandfunk zum russischen Impfstoff abweisend, obwohl ihm bekannt ist, daß die Russen keineswegs verantwortungslos handeln.

Am selben Tag meinte er gegenüber „Zeit online“, daß „die ersten Menschen Anfang des Jahres 2021 gegen Corona geimpft werden“.

„In Rußland und in China sind bereits Impfstoffe zugelassen, die allerdings nicht durch Phase-III-Studien überprüft wurden.“ Diese Behauptung widerspiegelt seine antirussische und antichinesische Haltung, wohl wissend, daß die angesprochenen Länder Forschungen in der Phase III durchführen. Als Vertreter der Partei des Monopolkapitals geht es ihm natürlich in erster Linie um die Sicherung von Märkten für die deutsche Pharmaindustrie und in zweiter Linie um Gesundheitsinteressen des Volkes.

Er drang besonders intensiv darauf, daß ein Vertrag zwischen der EU und dem deutsch-amerikanischen „Paar“ Biontech/Pfizer über die Lieferung von 300 Millionen Dosen des Impfstoffes für 27 EU-Mitgliedsstaaten am 9. November abgeschlossen wurde. „Mit der Unterstützung Deutschlands hat die EU sich in Verhandlungen jetzt bis zu 300 Millionen Dosen reserviert.“ (Süddeutsche Zeitung) Biontech wurde bereits von der Bundesregierung mit 375 Millionen Euro für die Impfstoffentwicklung subventioniert. Die Bill & Melinda Gates-Stiftung „fördert“ ebenfalls das deutsch-amerikanische Projekt.

Die EU-Kommission unter deutscher Führung (Ursula von der Leyen) hat mit weiteren fünf potenziellen Impfstoffproduktionsfirmen Bezugsrechte ausgehandelt. Insgesamt sollen 1,3 Milliarden Impfstoffdosen bereitgestellt werden. Das dürfte mehr sein, als die rund 448 Millionen Menschen in den 27 EU-Staaten benötigen.

Neu ist in diesem Zusammenhang, daß eine nationale Beschaffung von Impfstoffen durch EU-Mitgliedstaaten ausgeschlossen werden soll. Trotzdem verhandelt Ungarn über den Erwerb einer Lizenz für die Herstellung eines russischen Impfstoffes im eigenen Land. Bis dahin will Ungarn in Rußland hergestellte Vakzine importieren. Keiner der russischen Impfstoffe besitzt bisher eine Zulassung in der EU. Darauf

wies die Berliner Zeitung am 8. November hin.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, daß derzeit weltweit an mindestens 214 Impfstoffentwicklungen gegen das Corona-19-Virus geforscht wird. Die „junge Welt“ berichtete am 9. November, daß Kuba als erstes lateinamerikanisches Land die klinische Erprobung eines eigenen Impfstoffes gegen SARS-CoV-2 begonnen hat.

In China wird an vier Impfstoffen gegen Covid-19 geforscht. Die Volksrepublik ist in der Forschung weit fortgeschritten: „In China wird seit kurzer Zeit testweise ein Impfstoff des heimischen Herstellers Sino-vac ausgegeben – Hunderttausende sind schon geimpft“, berichtete die „Tagesschau“ aus einem Impfzentrum in der chinesischen Kleinstadt Haining am sechsten November. Der Impfstoff gegen das Corona-Virus von Biontech/Pfizer ist also nicht der alleinige Durchbruch bei der Forschung für Impfstoffe gegen Covid 19. Andere Staaten und Firmen sind ebenfalls sehr weit bei der Entwicklung von Impfstoffen und deren Testungen vorangeschritten.

Erstmals versucht die Europäische Union Impfstoffe für alle 27 Mitgliedsstaaten zentral zu beschaffen. Durch Vorverträge mit Impfstoffproduzenten erfolgt eine Markteinschränkung. Nur einigen Konzernen soll der Profit aus dem Verkauf von Impfstoffen in der EU zufallen. Die Protagonisten des „Freihandels, des freien Wettbewerbs und der freiheitlichen Demokratie“ werden zu Verfechtern des Protektionismus, der Marktabschottung und der Marktaufteilung. Dafür werden mit großer Wahrscheinlichkeit Methoden der tarifären und nichttarifären Diskriminierung eingesetzt. Eine solche nichttarifäre Handelsschranke wäre z. B. die Nichtzulassung von Impfstoffen anderer Produzenten – aus welchen Gründen auch immer – für den EU-Binnenmarkt.

**Dr. Ulrich Sommerfeld**

Am 2. Dezember wurde

### Klaus Baunack

85 Jahre.

Mit seinen reichen Erfahrungen, seiner zuverlässigen und engagierten Arbeit in verantwortlichen Funktionen der Berliner Regionalgruppen und im Versandkollektiv hat der fest zur DDR und unserer Sache stehende Genosse einen hohen persönlichen Anteil an der Entwicklung des „RotFuchs“ im Zentrum Berlins.

Lieber Klaus, wir gratulieren Dir von Herzen und wünschen Dir für die kommenden Jahre alles erdenklich Gute, viel Kraft und stabile Gesundheit.

# Brandgefährlich

## Deutschland sucht wieder einen Feind

Mit der Weimarer Republik wuchs erneut der Keim für eine innenpolitische Diktatur und außenpolitische Aggression. Ihr Ende war die Machtübernahme der Faschisten unter Adolf Hitler 1933. Und diese war zugleich der politische und militärische Vormarsch in den nächsten, von Deutschland ausgelösten Weltkrieg.

Deutschlands Kapitulation am 8. Mai 1945 bedeutete nicht nur eine militärische Niederlage. Es war weltweit angeklagt wegen bisher unvorstellbarer Kriegsverbrechen, wegen bisher nie dagewesener Menschenrechtsverletzungen, nicht nur im Hinblick auf den Holocaust. Mehr als 50 Millionen Menschen fielen dem von Hitler begonnenen Horrorkrieg zum Opfer. Und wie hat Deutschland reagiert nach seinem Ende? Gespalten!

Im sowjetisch besetzten Gebiet entwickelte sich eine antifaschistische, demokratische Gesellschaftsordnung. Westlich, jenseits der Elbe, ging es um die Wiederherstellung der Besitz- und Machtverhältnisse aus Vorkriegszeiten. Finanziert wurde es mit Billionen US-Dollar des Marshall-Plans. Und viele, die sich wirtschaftlich, militärisch und zum großen Teil persönlich an den im Krieg begangenen Verbrechen beteiligt hatten, krochen unter ihrem westalliierten Schutzschirm hervor und übernahmen in deren Besatzungszonen und dem daraus im Mai 1949 proklamierten Spalterstaat BRD wieder das wirtschaftliche und politische Sagen. Verbrecherkonzerne wie zum Beispiel Bayer, Hoechst, Krupp, Thyssen, Junkers ergriffen wieder die Zügel in der Wirtschaft. Nazigrößen wie Lübke, Globke, Gehlen und andere aus einer langen Liste setzten die Pfeiler für die zukünftige politische Entwicklung der BRD.

Ihr Ziel war es, die jenseits der Elbe entstandene DDR schnellstmöglich wieder aus der Welt zu schaffen. Der erste Versuch, dies durch einen Putsch zu erreichen, ging am 17. Juni 1953 gründlich schief. Daraufhin hatte die Hetzpropaganda Hochkonjunktur. Spezialisten, Fachpersonal, Künstler und Kunstschaffende u.a. waren ihr Zielobjekt. Mit dem Weggang dieser für den Aufbau unseres Staates dringend gebrauchten Kräfte sollte die DDR ausgeblutet werden. Dem wurde mit der Errichtung der „Mauer“ am 13. August 1961 ein Ende gesetzt. Erst 28 Jahre danach gelang es den Herrschenden in der BRD, den international hoch geachteten konsequenten Friedens- und Sozialstaat DDR in die Knie zu zwingen. Wie oft in der Geschichte waren dabei sowohl der „Verrat durch Freunde“ wie auch das Zusammenwirken objektiver wie subjektiver Faktoren im eigenen Land ausschlaggebend.

Ab 3. Oktober 1990 gab es keine DDR mehr. Das Ergebnis wurde mit einem Diktat besiegelt, das fälschlicherweise als „Einheitsvertrag“ verkauft wird.

Mit der Einführung der DM am 1. Juli 1990 wurden den Bürgern der DDR „blühende Landschaften“ versprochen. Seitdem sind dreißig Jahre vergangen. Im Osten aber blüht

nach wie vor keine Landschaft. Zwischen Elbe und Oder/Neiße sind Werksruinen und Industrieabbrandflächen entstanden. Die Flucht der Menschen aus dem Osten Richtung Westen hat frühere DDR-Dimensionen weit überschritten. Städte und Dörfer wurden regelrecht entseidelt. Die „Treuhand“ hatte „treuwidrig“ dafür gesorgt, daß im Osten Industriearbeitsruinen und ein Heer von Arbeitslosen entstanden. Damit hatte sie einen Konkurrenten aus dem Feld geräumt, aber auch der krisengeschüttelten Wirtschaft der alten BRD den Tank gefüllt. Dem DDR-Volk wurde ihr Eigentum geraubt. Die mächtigen deutschen Konzerne bekamen materielle und personelle Ressourcen für ihr Profitstreben geschenkt.



Germanischer Kriegsgott Wotan

Wirtschaftlich und politisch nunmehr gestärkt sowie territorial vergrößert, kam bei den Herrschern der Deutschen Lust auf, wieder „mehr Verantwortung“ in Europa und darüber hinaus zu übernehmen. Sie wollten aus dem „Korsett“ heraus, das ihnen 1945 angelegt wurde. Alle nach 1945 geschlossenen internationalen Verträge mit Bezug auf Deutschland betrachteten sie als „Bremsklotz“ für ihre Neuprofilierung als Wirtschafts- und Militärmacht in Europa, Asien und Afrika. Jetzt glaubten sie, diesen „Bremsklotz“ beiseiteschieben zu können. Der alte Feind Sowjetunion hatte sich ja selbst schon „in Luft aufgelöst“ und war somit kein Ziel mehr bundesdeutscher Aggressionspolitik, eher wohl eine Art diplomatisches Sprungbrett, mit den Zerfallsstaaten der UdSSR wirtschaftlich vorteilhafte Geschäfte zu machen und sie politisch zu manipulieren. Das gelang zunächst auch, bis sich die USA und mit leiser Stimme auch andere EU-Mitglieder einmischten. Eine wirtschaftliche Kooperation zwischen der BRD und Rußland vor allem paßte nicht in das Konzept der US-Wirtschaftsstrategie für Europa. Und ökonomisch festgestigte EU-Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien fürchteten um ihre Anteile beim Abschöpfen der ökonomischen Hinterlassenschaft der Sowjetunion.

Die BRD fühlte sich herausgefordert und schlug nun wirtschaftlich wie finanzpolitisch in Europa um sich. Sie verwandelte mit Hilfe ihrer herrschenden Banken ihre „Deutsche Mark“ in den, ihren ökonomischen und politischen

Einfluß stärkenden EURO. Dieser hat allein das deutsche Kapital reich gemacht. Für alle anderen europäischen Staaten, die sich dem Währungssystem anschlossen, wurde er zu einer „Tropfsteinhöhle“ unter deutschen „Bankenbergen“.

Deutschland hat inzwischen fast alle Lasten seiner Vergangenheit politisch und ökonomisch entsorgt, seine Mülltonnen des moralischen Schadens aber noch lange nicht geleert. Und es gibt gegenwärtig derart viel deutschen Müll, daß selbst ein riesiger Container nicht ausreicht, um ihn aufzunehmen. Gewiß hat die Corona-Pandemie einen Anteil daran, aber der bedeckt allenfalls den Boden einer Abfalltonne. Viel mehr Müll in Deutschland ist entstanden durch sozialen Kahlschlag, Kulturbarbarei, auswuchernde Bürgerüberwachung und Bodenbereitung für Neofaschismus, Rassismus und Kriegslust im Inneren sowie außenpolitische Bestrebungen, überall dort militärisch entscheidend mitzumischen, wo es in Europa, Asien und Afrika nationalen oder religiösen Streit um Rohstoffe, strategischen Landgewinn und politischen Machteinfluß gibt.

Letzteres genügt den Herrschenden in der BRD nicht mehr. Sie fühlen sich wieder stark, den „germanischen Kriegsgott Wotan“ in der Welt herauszukehren und suchen für sich ein geeignetes Schlachtfeld, möglichst nicht zu weit von ihren Grenzen entfernt. In westlicher Richtung ist ihnen zunächst noch der Weg versperrt. Dort hat sich Uncle Sam ziemlich breitgemacht und verschanzet. Sich mit ihm anzulegen, erscheint ein zu großes Risiko, denn noch brauchen sie ihn selbst als „großen Bruder“, der ihnen hin und wieder militärisch unter die Arme greift. Also werden Blick und Drang nach Osten gerichtet. Dorthin sind seit dem Untergang der Sowjetunion in Polen, der Ukraine und im Baltikum ohnehin die Wege geebnet und verkürzt für moderne Kriegstechnik und Bundeswehrsoldaten im Komplott mit der NATO.

Noch zögern die Herrschenden der BRD im Bunde mit der NATO, das schizophrene Wagnis einzugehen, einen dritten Versuch zu unternehmen, den territorialen Koloß und Weltwirtschaftskonkurrenten Rußland und die gesamte Menschheit in eine erneute Katastrophe zu stürzen. Aber sie sammeln fleißig „Giftpilze“ aus der Gattung „Nawalny“, erwägen einen wirtschaftlichen Gegengasangriff gegen die Pipeline „Nord Stream 2“ und glauben, Rußland mit Sanktionen gegen Präsident Putin und seine Regierung weichklopfen zu können.

Nicht nur, daß diese Russophobie sinnlos ist, sie ist brandgefährlich! Deutschland sucht wieder einen neuen Feind im Osten und hält dabei an der nuklearen Teilhabe fest. Es hat im Ersten Weltkrieg ca. 17 Millionen, im Zweiten mehr als 50 Millionen Opfer zu verantworten, in einem dritten würde es die Menschheit vernichten.

**Manfred Wild**  
Berlin

## „Seid bereit! Immer bereit!“

Betreiben wir mit dem Gruß der Pioniere Nostalgie? Die Deutsche Demokratische Republik war noch nicht geboren, da gründete die Freie Deutsche Jugend am 13. Dezember 1948 den Verband der Jungen Pioniere. In ihm organisierten sich die Mädchen und Jungen der ersten bis siebenten Klassen, freiwillig, aber auch mit etwas Nachhilfe. Aufgabe der Jungen Pioniere war es, unter Leitung der FDJ und gemeinsam mit der Schule, den Eltern und der Öffentlichkeit alle Kinder zunächst im antifaschistischen Geist und später zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen. Für die Anleitung der Pionierfreundschaften setzte die FDJ Pionierleiter ein. Ich kann mich gut daran erinnern, wie das bei uns zu Hause in Mulda war. Eines Tages sprachen junge Lehrer der Grundschule bei unseren Eltern vor, um uns vier Kinder für den Pionierverband zu gewinnen. Vater war nicht begeistert. Als er aber erfuhr, daß sich der Verband darum kümmern will, die Freizeit der Kinder sinnvoll zu gestalten, hörte er aufmerksamer hin. Er war beruflich viel auf Reisen und hielt es für möglich, daß die Mutter etwas entlastet würde. Und so traten wir ein. Wir sangen fortan nicht mehr nur im Kirchenchor, sondern auch im Pionierchor und übten Laienspiele ein. 1951 nahm ich als einer der delegierten Pioniere des Kreises Freiberg an den 3. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Berlin teil – ein unvergeßliches Erlebnis. Danach war ich dann Freundschftsratsvorsitzender und trug drei rote Balken am Ärmel der weißen Bluse.

Auf dem 1. Pioniertreffen 1952 in Dresden verlieh die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands dem Pionierverband den Namen Ernst Thälmann. Anlässlich des 25. Jahrestages der Pionierorganisation erhielten die Thälmannpioniere (4. bis 7. Klasse) das Recht, das rote Halstuch zu tragen. Die Jungpioniere (1. bis 3. Klasse) trugen weiterhin das blaue Halstuch. Bereits zu meiner Pionierzeit übernahmen Brigaden oder gar Betriebe die Patenschaft über Pioniergruppen und Pionierfreundschaften. In unserem Dorf war das der VEB Holzbau. Er spendierte uns die Holzplatten für den Bau eines Pionierhauses. Gemeinsam mit den Arbeitern, Lehrern und Eltern bauten wir es auf. Im Pionierhaus richteten wir eine Station der jungen Naturforscher und Klubräume ein. Wir arbeiteten nach dem Vorbild von „Timur und sein Trupp“. So organisierten wir zum Beispiel auch den Kampf gegen die Kartoffelkäfer. Einen hauptamtlichen Pionierleiter hatten wir noch nicht, aber einen ehrenamtlichen: Er war ein junger, strenger, sehr geachteter Mathelehrer. Er erzählte uns auch von der Pionierrepublik am Werbellinsee, die der Präsident des ersten deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staates, Wilhelm Pieck, im Jahre 1952 eröffnete. Sie erhielt später dessen Namen. Dort lernten jährlich bis zu 5 000 Pionierräte, vorwiegend aus den 6. und 7. Klassen, in mehrwöchigen Kursen, wie man die Arbeit ihrer Pionierfreundschaft organisieren kann. Selbstverständlich setzten sie dort ihren Unterricht fort. In allen Bezirken

der DDR entstanden Pionierferienlager, deren wirtschaftlichen Träger Betriebe und Kombinate waren. Die aus dem Bezirk Neubrandenburg unterhielten das Traditionslager „Klim Woroschilow“ am Röddelinsee bei Templin sowie die Ferienlager in Ahlbeck und Trassenheide auf der Insel Usedom. Am Lagerleben in den Ferien nahmen nach 1968 auch Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland, organisiert von den Genossinnen und Genossen der Deutschen Kommunistischen Partei, teil.

Die Pionierorganisation gab interessante Zeitschriften heraus: Für die Thälmannpioniere „Die Trommel“ und für die Jungpioniere „Die ABC-Zeitung“. Im Verlag Junge Welt erschienen „Frösi“, „Atze“ und „Mosaik“.

Im Oktober 1990 wurde die DDR der BRD „beigetreten“. Danach schliffen die Gegner des Sozialismus auch die Pionierorganisation und ihre Einrichtungen. Einmal Pionier, immer Pionier! Das prägte viele Ostdeutsche, die noch heute für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Solidarität ihre Frau beziehungsweise ihren Mann stehen. Nostalgie? Ich glaube nicht. Die kleine weiße Friedenstaube, von der wir als Pioniere sangen, dem Morgenrot, dem wir entgegengehen wollten, den Kampf, zu dem wir uns bereit fühlten – das alles ist für mich nicht Nostalgie, sondern erlebte Überzeugung an eine bessere Welt: „Seid bereit! Immer bereit!“ Das paßt auch in unseren Tagen.

**Wolfgang Herrmann**  
Dreesch

## Zum Marxismus findet Die Linke bislang nicht zurück

Derjenige, der davon überzeugt ist, daß die Phänomene und ihre Veränderungen in Natur und Gesellschaft nicht willkürlich erfolgen, nicht von einer übernatürlichen Kraft geschaffen wurden und weiterhin bestimmt werden, sondern sich all das nach objektiven Gesetzmäßigkeiten vollzieht, kommt am Marxismus, an seinen Bestandteilen, nämlich dem historischen und dialektischen Materialismus, der politischen Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus und dem wissenschaftlichen Kommunismus nicht vorbei. Ob noch ein vierter Bestandteil, Recht und Stellung des Individuums in der Gesellschaft, dazugehört, wofür Ernst Bloch plädierte, ist durchaus diskussionswürdig. Außer Frage steht, daß dieser Bestandteil – ob eigenständig oder eingebunden in die anderen – von erheblichem Gewicht ist und diesem in marxistischer Theorie und Praxis mehr Beachtung geschenkt werden muß, als es im politischen Leben der DDR geschah.

Aus meiner Sicht ist das erneute Studium der Werke von Marx, Engels und Lenin sowohl für die Erforschung der Niederlage des Sozialismus europaweit als auch für die Bestimmung der heutigen strategischen und taktischen Aufgaben linker Parteien und Bewegungen unverzichtbar. Die Linkspartei hat sich im Wesentlichen vom Sozialismus

als Wissenschaft getrennt, was nur als kaum wiedergutzumachender politischer Fehler verstanden werden kann. Bis heute gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Partei wieder zum Marxismus zurückfinden könnte. Das ist umso tragischer, als sich die Linkspartei damit eigener Wissenschaftlichkeit beraubt und so ihre Politik in vielerlei Hinsicht beliebig macht. Die PDL läßt sich mehr oder weniger von linksliberalen Vorstellungen wie sozialer Gerechtigkeit, persönlicher Freiheit und das Eintreten für sozial Benachteiligte leiten. Wenn die Inhalte des eigenen Programms ernst gemeint sind, muß sie über die Grenzen kapitalistischer Totalität hinausgehen. Ohne zu sagen, wohin man will, wird diese Partei zwischen fünf und zehn Prozent dahindümpeln. Die Herrschenden dürften zufrieden sein.

30 Jahre nach der sogenannten Wende sollten eigentlich genügen, um zu erkennen, daß bürgerliche Gesellschaftstheorien oder die der Revisionisten und Opportunisten den gesellschaftlichen Fortschritt entweder gar nicht oder nur minimal im europäischen Rahmen und dann auch noch zu Lasten der Ausgebeuteten in der „Zweiten“ und „Dritten Welt“ vorangebracht haben. Vielmehr wurde die imperialistische Weltordnung, die von den USA, der EU und Japan dominiert wird,

aufrechterhalten mit der Folge, daß der Weltfrieden seit 1990 weitaus fragiler ist als in den Zeiten des Kalten Krieges. Kriegerische Konflikte sind chronisch geworden und zugleich Ausdruck dafür, daß die imperialistischen Mächte nicht mehr gewillt sind, ihre Raubpolitik gegen konkurrierende Staaten und Monopolverbände mit friedlichen Mitteln durchzusetzen. Gewaltsame Konflikte gehören in den letzten Jahren zur traurigen Normalität. Dieser Entwicklung haben die linken Parteien und linken Bewegungen nichts entgegen gesetzt. Ein Großteil der Bevölkerung nimmt es hin. Wenn auch in Umfragen eine überwiegende Anzahl der Menschen immer noch ein friedliches Miteinander der Staaten einer kriegerischen Auseinandersetzung vorzieht, gibt es in der Bevölkerung keine Stimmung gegen kriegerische Aktionen und militaristische Rhetorik, gegen die bürgerlich-imperialistische Verhältnisse.

Nach 30 Jahren erlebtem Kapitalismus sollte wieder die Erkenntnis da sein, daß der Marxismus trotz der epochalen Niederlage der europäischen sozialistischen Staaten in linken Parteien und Bewegungen wieder die Stellung einnehmen muß, die ihm als gesellschaftsverändernde Wissenschaft gebührt.

**Hans-Jürgen Joseph,**  
Berlin

# Steiniger Weg

## Freiheit und Demokratie in Zeiten faschistischer Gefahr

**F**reiheit ist – wie Moral, Schicksal oder auch Gott – ein dem abstrakten Denken entspringender Begriff. Deshalb führt Freiheit nur vermeintlich ein Eigenleben. Sie unterliegt einem vom Menschen geschichtlich bestimmten Bedeutungswandel.

In der Antike hieß Freiheit auf Latein *libertas* und umschrieb nichts anderes als den Gegensatz zur dominierenden Sklaverei.

Der deutsche Freiheitsbegriff entstand dann aus dem germanischen *fri halsa*, was so viel besagt wie „jemand, dem sein Hals selbst gehört“. Das war im Kern dasselbe wie in der Antike, also ausschließlich der Gegensatz zu gewaltsamer Unterwerfung und leibeigenschaftlicher Fron. Freiheit gab es demzufolge nur, weil daneben und rundum überwiegend Unfreiheit herrschte. Die prägende Funktion dieses Bezugs sollte sich noch über anderthalb Jahrtausende erhalten. Nur selten wurde das hinterfragt. Erstaunlicherweise tat das im 13. Jahrhundert der anhaltinische Ministeriale Eike von Repkow im „Sachsenspiegel“. Dort ist zu lesen: „Ich kann es auch mit meinem Verstande nicht für Wahrheit halten, daß jemand das Eigentum eines anderen Menschen sein soll.“

Doch erst mit der Aufklärung und den bürgerlichen Revolutionen sollte ein wirklicher Wandel eintreten. Immanuel Kant charakterisierte ihn als den „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“.

Zum strahlenden Symbol dieses neuen Weltverständnisses wurde 1830 das berühmte Gemälde „Die Freiheit führt das Volk“ von Eugène Delacroix.

Doch die hoffnungsfrohe Gewißheit, der Kapitalismus werde Zug um Zug Ungleichheit und damit die Unfreiheit aus der Welt schaffen, sollte sich schon bald als Illusion erweisen. Spätestens beim Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium war das offenkundig.

Daß Freiheit eben nicht bedeute, jedermann könne ohne jegliche Einschränkung tun und lassen, was er wolle, war großen Denkern allerdings schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts klar. Für Hegel bedeutete Freiheit deshalb eine Phase ohne ständigen Zwang, jedoch unter der unabdingbaren Voraussetzung angemessener „Einsicht in die Notwendigkeit“. Diesen Ansatz griffen dann Karl Marx und Friedrich Engels auf.

Doch die Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit stellten die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus nun auf ein ökonomisch, politisch und philosophisch ungleich solideres Fundament. Sie wiesen nach,

daß aller Reichtum – neben den Schätzen der Natur – ausschließlich auf den Ergebnissen menschlicher Arbeit beruht.

Anarchistisch Gesinnte formulierten damals irrtümlich die Losung: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ Sie verkündeten: Wenn jeder Arbeitende in den unverkürzten Besitz und Genuß seiner persönlichen Gesamtleistung käme, sei das die ideale freie und klassenlose Gesellschaft.

Das war jedoch Unsinn. Denn jede Gesellschaft, ob feudal, kapitalistisch oder sozialistisch, setzt sich zusammen aus Kindern,



Eugène Delacroix: Die Freiheit führt das Volk (1830)

aus den Arbeitsfähigen sowie aus jenen, die aus Altersgründen oder wegen Krankheit nur eingeschränkt arbeitsfähig sind. Sie alle müssen natürlich nicht nur essen und wohnen, sondern sie brauchen Bildung und erheben zu Recht Ansprüche auf Teilhabe am kulturellen Leben.

Die Ursachen der Ungleichheit, von Ausbeutung und Unfreiheit im Kapitalismus liegen vor allem darin, daß die Arbeitskraft des Großteils der arbeitsfähigen Bevölkerung zur Ware herabgestuft wird, die auf dem Arbeitsmarkt feilgeboten werden muß. Uns alltäglich aufgenötigte Lobpreisungen der sogenannten freien Marktwirtschaft sind durch und durch verlogen.

Der kapitalistische Markt gewährleistet keine Freiheit. Er gebiert im Gegenteil den Mehrwert und daraus erwachsenden Profit. Multimillionäre sind – mit geringen Ausnahmen – nicht als „Leistungsträger“ zu ihrem Reichtum gelangt. Man braucht nur ihre aus Aktienpaketen oder Mietwucher stammenden Renditen auf tägliche individuelle Leistungsstunden umzulegen, um die Absurdität derartiger Behauptungen zu begreifen.

Nun leben wir – drei Jahrzehnte nach der Konterrevolution – erneut unter

Bedingungen stetig wachsender faschistischer Bedrohung. Und das betrifft keineswegs nur Deutschland. „Vollende die Wende!“ ist die Losung der Neonazis. Und eine zunehmende Zahl enttäuschter „Wutbürger“ versammelt sich als ihr Gefolge.

Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts war das ähnlich. Es gab damals allerdings handfeste Gründe, den Faschismus in erster Linie als Antwort der reaktionärsten Teile des Monopolkapitals auf wachsende kommunistische Gefahren zu verstehen. Heute jedoch wird klar:

Einflußreiche Fraktionen des Kapitals schwenken auch dann bereits zum Faschismus, wenn sie noch keinerlei kommunistischer Bedrohung ausgesetzt sind. Sie tun das, wenn zunehmende Krisenerscheinungen der wirtschaftlichen Mechanismen die Ausbeutergesellschaft verunsichern und zu erschüttern drohen.

Was folgt daraus? Es gilt, die Lehren der faschistischen Vergangenheit zu beherzigen. Mehr noch: Alle fortschrittlichen Menschen sind verpflichtet – ungeachtet oft unterschiedlicher Ansichten zu diversen Themen der Demokratie und zu gesellschaftlichen Alternativen – gegen jegliche faschistische Bedrohung zusammenzustehen. Das schließt ein, so befremdlich das manchem aus unseren Reihen auf den ersten Blick scheinen

mag: Wir alle sind unter den gegenwärtigen Kampfbedingungen in der Pflicht, entschlossen die bürgerliche Demokratie gegen faschistische Angriffe zu verteidigen. Das schließt ein, sich nicht zu scheuen, in diesem Ringen Seite an Seite mit Mitbürgern zu stehen, die immer noch glauben, Kapitalismus, Demokratie und Freiheit seien wesensverwandt.

Die Erfahrung beweist: Linksradikales Sektierertum führt nicht zum Ziel. Das gilt es zu beherzigen.

Nehmen wir zudem den Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands vom 11. Juni 1945 „Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend“ zur Hand. Damals hat die Partei selbstkritisch zu Fehlern Stellung genommen, die es den Nazis erleichterten, 1933 ihre terroristische Diktatur zu errichten. Wir sind verpflichtet, alle notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Es ist nicht zu bezweifeln: Der Weg aus dem Reich der blinden Notwendigkeit ins Reich der Freiheit ist lang und steinig, er ist dornig und steil.

Wir sind gewillt, uns dieser Herausforderung zu stellen!

Prof. Dr. Götz Dieckmann

# Durch den Kopf hindurch

## Zur Rolle des Massenbewußtseins (Teil 1)

„Wir müssen uns intensiver als bisher mit einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigen. Sonst werden wir weder die Gründe für den eingetretenen Umschwung richtig erkennen noch die gebotenen Schlußfolgerungen für unsere gewerkschaftliche Aktivität ziehen können. Klarheit tut not, sonst laufen wir Gefahr, den richtigen Weg zu verfehlen; denn dem nützt kein Wind, der keinen Hafen hat.“ – dieses Zitat stammt aus einem Referat von Otto Brenner, das der IG-Metall Vorsitzende 1967 vor Gewerkschaftsfunktionären in Hamburg hielt. Und so zitiert wird Brenner von Walter Ulbricht in einer Rede aus dem gleichen Jahr, in der dieser das Zitat mit der Anmerkung ergänzt: „Der Schlüssel zu dieser Klarheit aber ist die Lehre von Karl Marx.“<sup>1</sup> Was für den sozialdemokratischen Gewerkschafter, der noch nicht jeden Gedanken an Klassenkampf beiseitegeschoben hatte, und für den kommunistischen Staatsratsvorsitzenden klar war, scheint heute oft ignoriert zu werden: Ohne Klarheit über die Ziele, die Gründe und die Möglichkeiten und Kräfte des Gegners zu erlangen, ist ein politischer Kampf – und mag er auch noch so engagiert betrieben werden – kaum erfolgreich zu bestehen. Jenen, die wie der „RotFuchs“ so „altmodisch (sind)“, dem wissenschaftlichen Sozialismus von Marx, Engels und Lenin in Theorie und Praxis die Treue zu halten“ ist bewußt, daß marxistische Bildungsarbeit die Aufgabe hat, die für das erfolgreiche Bestehen der Kämpfe benötigte Klarheit in den eigenen Köpfen und denen der Mitstreiter zu vermehren. In der Rede, die Ulbricht auf einer Konferenz zum 100-jährigen Jubiläum der Veröffentlichung des ersten Bandes von „Das Kapital“ von Karl Marx hielt und in einer Reihe weiterer Publikationen von Philosophen und Gesellschaftswissenschaftlern, die alle in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in der DDR veröffentlicht wurden<sup>2</sup>, werden die Erfordernis-

se des sozialistischen Aufbaus in der DDR in einen Zusammenhang gebracht mit der Strategie im Kampf gegen die monopolkapitalistische Herrschaft in der BRD.

So fand im Frühjahr 1966 eine wissenschaftliche Konferenz der Sektion Philosophie der Akademie der Wissenschaften und des Instituts für Philosophie der Martin-Luther-Universität statt, deren Referate und Diskussionen in dem Buch „Imperialismus und Weltanschauung“ veröffentlicht wurden. Zwei Jahre später erscheint unter Mitwirkung einiger der Autoren eine weitere Schrift: „Manipulation“, Untertitel: „Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie.“ Eine vom Philosophen Dieter Bergner verfaßte Broschüre „Massenverführung oder demokratische Meinungsbildung in Westdeutschland?“ erschien 1967 und 1969 folgt in der vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED herausgegebenen Reihe „ABC des Marxismus Leninismus“ das Heft „Klassenbewußtsein gegen Manipulation“. Alle diese Veröffentlichungen, ebenso wie einige weitere Schriften und auch die erwähnte Rede von Walter Ulbricht behandeln übereinstimmend eine Herrschaftsstrategie, die der westdeutsche Faschismuskritiker Reinhard Opitz 1965 in seiner Analyse über die Konzeption einer „Formierten Gesellschaft“ wie folgt wiedergab: „Die Bundesrepublik muß sich von ihrer heutigen, pluralistisch-demokratischen und föderalistischen Gesellschaftsverfassung lösen und sich umwandeln in eine Leistungsgemeinschaft, in der alle Kräfte in Kooperation auf die Steigerung der industriellen Produktionskapazität bzw. der militärischen Macht hinwirken. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen darin übereinstimmend das Interesse des ‚Ganzen‘ (der ‚Allgemeinheit‘, des ‚Gemeinwohls‘) erkennen und anerkennen und ihm ihre eigenen, andersgerichteten Forderungen nachordnen.“<sup>3</sup>

Was lag nun diesem Bestreben der westdeutschen Bourgeoisie zugrunde, eine „Leistungsgemeinschaft“ zu schaffen, und in welcher Beziehung stand dieses Bestreben zu den Anforderungen des sozialistischen Aufbaus in der DDR?

### Neue Formen der Herrschaftsausübung

In seiner Rede betont Ulbricht, daß es sich bei der „Formierten Gesellschaft“ um neue Formen und Methoden der Herrschaftsausübung handelt. „Die Imperialisten sind entschlossen, das gesamte gesellschaftliche System mittels der „Formierung“ aller seiner Elemente, aller Gebiete der sozialen Tätigkeit und aller gesellschaftlichen Klassen und Schichten zu

einer Art des „Superbetriebes“ zu verwandeln, in dem ungeteilt der Wille und die Ordnung herrschen müssen, die die Interessen der Monopole vorschreiben. Dazu dient auch das umfangreiche System der geistigen Manipulierung der Menschen.“

In „Imperialismus und Weltanschauung“ wird die als „freiwillig“ empfundene Anpassung an imperialistische Politik betont: „Das angestrebte imperialistische Ideal in dieser Richtung besagt: Alle mit den objektiven Interessen des Monopolkapitals in Widerspruch stehenden sozialen Kräfte sollen weitgehend manipuliert, das heißt in ihren Denkinhalten und -gewohnheiten, in ihren psychisch-emotionalen Strukturen, in ihren Lebensnormen und in ihren daraus entspringenden sozialen Verhaltensweisen den gesellschaftlichen Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie angepasst und soweit wie möglich gesteuert werden.“

Die Monopolbourgeoisie entwickelt den Drang zu dieser neuen Form von Herrschaftsausübung, weil die Bedingungen ihrer eigenen Existenzweise sie dazu zwingt. Die Konkurrenz bleibt auch im Stadium des Monopolkapitalismus ein treibender Faktor für das Kapital. Sie besteht fort zwischen den Monopolen, zwischen den Monopolgruppen und zwischen den monopolistisch beherrschten Staaten. Das imperialistische Großkapital kann nicht anders, als alle Mittel zu mobilisieren, um in diesen Konkurrenzkämpfen zu siegen. Und hierzu benötigt es einen neuen – spezifisch imperialistischen – Zugriff auf die Gesellschaft.

Was Marx im 11. Kapitel von „Das Kapital“ über die Bedeutung der Kooperation detailliert analysiert, müssen wir für die Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus fortschreiben. Marx schreibt: „Alle unmittelbar gesellschaftliche oder gemeinschaftliche Arbeit auf größtem Maßstab bedarf mehr oder minder einer Direktion, welche die Harmonie der individuellen Tätigkeiten vermittelt und die allgemeinen Funktionen vollzieht, die aus der Bewegung des produktiven Gesamtkörpers im Unterschied von der Bewegung seiner selbständigen Organe entspringen.“<sup>4</sup> Indem die mannigfachen Tätigkeiten der Produzenten, die je individuell ihre Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen, in einem gemeinsamen Arbeitsprozeß zusammengeführt werden, erwächst aus dieser Kooperation eine eigene gesellschaftliche Produktivkraft. Doch unter kapitalistischen Bedingungen behält die Lohnarbeit ihren privaten Charakter als Tätigkeit eines Individuums. Die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit erscheint daher als Produktivkraft des Kapitals.

Im fortgeschrittenen monopolistischen Stadium des Kapitalismus, wenn die Macht der

- 1 Walter Ulbricht: „Die Bedeutung des Werkes »Das Kapital« von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland.“ in: Internationale wissenschaftliche Session: 100 Jahre »Das Kapital«, Dietz-Verlag Berlin 1967
- 2 Dieter Bergner/Wolfgang Eichhorn II/Walter Jopke/Dietrich Noske: „Imperialismus und Weltanschauung. Zu neuen Tendenzen der bürgerlichen Philosophie in Westdeutschland“, Dietz-Verlag Berlin, 1966; Dieter Bergner u.a.: „Manipulation. Die staatsmonopolistische Bewußtseinsindustrie“, Dietz-Verlag Berlin, 1969; Dieter Bergner: „Massenverführung oder demokratische Meinungsbildung in Westdeutschland?“, Staatsverlag der DDR Berlin 1967; Wolfram Neubert/Klaus Ziermann: „Klassenbewusstsein gegen Manipulation“, Dietz-Verlag Berlin, 1969; Manfred Banaschak/Jörg Vorholzer: „Mensch

und Macht“, Dt. Verlag der Wissenschaften Berlin, 1969

- 3 Reinhard Opitz: „Der große Plan der CDU: die »Formierte Gesellschaft«, Sonderdruck aus »Blätter für deutsche und internationale Politik“ Heft 9/1965, S.4

- 4 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke Bd. 23, Dietz-Verlag Berlin 1970, S.350

Monopole mit der Macht des von ihnen beherrschten Staates verflochten ist, wird – zumindest tendenziell – die Gesamtheit aller gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse zum Mittel, dessen optimale Ausnutzung in die Waagschale des imperialistischen Konkurrenzkampfes gelegt werden muß. Der im Produktionsprozeß geschaffene Mehrwert bleibt seiner Masse nach und dem Grad der Ausbeutung nach Grundlage der Kapitalmacht. Das Monopolkapital aber ist in der Lage, nicht nur im unter seiner Kontrolle stehenden Arbeitsprozeß seine Verwertung zu betreiben, es kann (und weil es kann, muß es auch) jegliche gesellschaftliche Kooperationsprozesse seinen Zielen und Zwecken unterwerfen. So wird auch die Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen, welche die Menschen außerhalb des Produktionsprozesses eingehen, bedeutsam für die Machtentfaltung des Monopolkapitals. Wie und womit Menschen ihre Freizeit verbringen, wird nicht nur für die Frage, wessen Produkte sie dabei konsumieren von Belang. Welche Kultur sie aufnehmen und selbst hervorbringen wird zu einem Faktor, der die Macht der Monopole stärken oder auch schwächen kann. Der hohe Grad der Vergesellschaftung drängt den Imperialismus zur Berücksichtigung des gesamten Systems gesellschaftlicher Beziehungen. Ulbricht charakterisiert diese Entwicklung so: „Die dem Monopol immanente Tendenz nach absoluter Herrschaft über alle Bereiche der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens setzt sich immer vollständiger durch. Sie ist auf die Zusammenfassung aller Kräfte des kapitalistischen Systems unter seinem Kommando gerichtet.“ Das Neuartige, was durch diese Entwicklung hervorgebracht wird, ist eine geänderte Rolle des Bewußtseins der Massen. Um die Gesamtheit der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse optimal aufeinander abgestimmt in Bewegung setzen zu können und jegliche Aktivitäten aller Gesellschaftsglieder so auszurichten, daß sie einem gesetzten Zweck dienlich sind, kommt dem Bewußtsein der Menschen eine entscheidende Bedeutung zu. Denn es ist dieses Bewußtsein, was die Art und die Ausrichtung ihrer Aktivitäten reguliert. Wo Marx zur Herstellung der „Harmonie der individuellen Tätigkeiten“ bei der Kooperation im industriellen Produktionsprozeß das Kommando des Kapitalisten (das über Manager, Aufseher und Vorarbeiter hierarchisch durchgesetzt wird) als notwendige und hinreichende Bedingung beschreibt, dort bedarf es im staatsmonopolistischen Kapitalismus des zielgerichteten Einflusses auf das Bewußtsein der Massen.

### Imperialismus oder Sozialismus

Die neue, zu einem ausschlaggebenden Faktor gewordene Rolle des Bewußtseins der Masse der Bevölkerung, kommt keineswegs nur dem imperialistisch gewordenen Kapitalismus zu. Sie gilt ebenso – bzw. in gewissem Sinn noch viel mehr – auch für den Sozialismus. Hier liegt der Zusammenhang begründet, der in den genannten Publikationen zwischen den Aufgaben im Kampf gegen die staatsmonopolistische Herrschaft und den Erfordernissen des sozialistischen

Aufbaus gezogen wird. Dieser Zusammenhang hat seine Ursache im erreichten Grad der Vergesellschaftung. Die Gestaltung der Kooperationsbeziehungen, die sich über den Bereich der unmittelbaren Produktion hinaus auf weitere Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens ausdehnen, wird zu einem maßgeblichen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Denn zur optimalen Nutzung der in der gesellschaftlichen Kooperation liegenden Produktivkraft wird die Berücksichtigung und Einbeziehung aller Kooperationsbeziehungen in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit unentbehrlich. Im Sozialismus wie im staatsmonopolistischen Kapitalismus bedarf es hierzu gleichermaßen (allerdings nicht auf gleicher Weise!) der bewußten Mitarbeit der Gesellschaftsmitglieder. Hier gilt, was Engels in seiner Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ formulierte: „Alles, was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch; aber welche Gestalt es in diesem Kopf annimmt, hängt sehr von den Umständen ab.“<sup>5</sup> Diese Umstände sind im Imperialismus so, daß die Ziele und Zwecke, die der Kooperation ihren Inhalt geben, die Ziele und Zwecke der Monopolbourgeoisie sind. Sie erwachsen nicht aus den Interessen der Kooperierenden, sondern aus ihnen fremden Klasseninteressen. In den Köpfen der Kooperierenden soll also ein Bewußtsein jener fremden Ziele und Zwecke vorhanden sein und dort die gesellschaftliche Tätigkeit der Menschen leiten. Gebraucht wird sogar ein möglichst selbsttätiges, kreatives Mitdenken und das individuelle Verantwortungsgefühl für die Erreichung dieser Ziele. Nur der klassenmäßige Charakter der Interessen hinter diesen Zielen, der darf nicht bewußt werden.

Das Interessenbewußtsein der Masse der Bevölkerung muß zwingend verfälscht sein. Dies ist das Wesen der monopolkapitalistischen Manipulation.

In dem 1969 erschienenen Band „Mensch und Macht“ wird ein eigenes Kapitel darauf verwandt, der Fehleinschätzung entgegenzutreten, die Verfälschung des Interessenbewußtseins wäre alleine das Ergebnis zielgerichteter Manipulation. „Bei aller Wirksamkeit vermögen jedoch weder das Ausmaß der in großbourgeoisem Dienst stehenden Massenmedien noch die Perfektion in der Anwendung psychologischer Erkenntnisse und technischen Errungenschaften als Propagandamittel der antikommunistischen Staatsidee die Frage nach der Massenrezeption der bürgerlichen Ideologie vollends zu beantworten. (...) Entscheidend ist vielmehr, daß sich die politische Macht der Finanzoligarchie, daß sich die auf die Ohnmacht des werktätigen Volkes gegenüber den gesellschaftlichen Mächten und Gesetzen orientierte Manipulation des Denkens auf der Grundlage eines ganz spezifischen Charakters der ökonomischen Macht des Kapitals vollzieht, der das wahre Herrschaftsverhältnis, das antagonistische Klassenverhältnis,

spontan verschleiert und die kapitalistische Produktionsweise mystifiziert.“ Durch die bloße Existenz der kapitalistischen Verhältnisse erzeugt die bürgerliche Gesellschaft bereits eine Wirklichkeit, die – wenn sie sich im Bewußtsein der in ihr lebenden Menschen widerspiegelt – dort nur ein in sich widersprüchliches Bild einer verkehrten Wirklichkeit hervorbringen kann. Auf Basis dieser „spontanen Mystifikation“ erwächst den absichtlichen Manipulationstechniken der Monopole erst ihre durchschlagende Wirksamkeit.

### Sozialistisches Bewußtsein

Im Sozialismus hingegen haben die Umstände, von denen abhängt, welche Gestalt das, was die Menschen in Bewegung setzt, in deren Köpfen annimmt, einen anderen Charakter. Engels beschreibt diesen als: „Die eigne Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat.“<sup>6</sup> In diesem Sinn betont das Heft „Klassenbewußtsein gegen Manipulation“: „In der Welt des Sozialismus sind Wissen, Vernunft, Einsicht, Überzeugung, Erkenntnisdrang sowie weltanschauliche und ideologische Prinzipientreue wesentliche gesellschaftsprägende Faktoren. Das heißt, das sozialistische Bewußtsein, das gesamte geistige Leben, ist eine der wichtigsten Triebkräfte für die Entwicklung sozialistischer Verhältnisse.“ Die grundlegend andere Beschaffenheit der Umstände liegt darin begründet, daß im Sozialismus die Ziele und Zwecke, an denen das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Aktivitäten zu einer gesamtgesellschaftlichen Kooperation ausgerichtet werden kann, eben nicht fremden Klasseninteressen entstammen, sondern den objektiven Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit entsprechen. Daher wird nicht – wie im Imperialismus – die Verfälschung des Interessenbewußtseins, sondern im Gegenteil die Förderung und Entwicklung eines zutreffenden Interessenbewußtseins zum Bestandteil und zur Existenzbedingung des gesellschaftlichen Systems.

Im zweiten Teil wollen wir die Bedeutung dieser bereits in den 60er Jahren erarbeiteten Einsichten für das Verständnis aktueller Kämpfe darstellen und warum diese Einsichten für die demokratischen Kräfte notwendig sind, um heute eine wohlbegründete Strategie gegen Rechtsentwicklung und Faschismusgefahr zu entwickeln.

Jürgen Lloyd  
Krefeld

*Der Autor ist Mitverfasser der aktuellen Bildungszeitung der DKP zur Einschätzung der gegenwärtigen Rechtsentwicklung mit dem Titel „Reaktionärer Staatsumbau“. Die Bildungszeitung ist erhältlich als PDF unter <https://dkp.de/partei/theorie-und-bildung/> oder kann in gedruckter Version im UZ-Shop bestellt werden. Tel: 0201/177889-23*

5 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke Bd. 21, Dietz-Verlag Berlin 1962, S.298

6 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke Bd. 19, Dietz-Verlag Berlin 1974, S.226

## WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

## Träume von einer besseren Welt (2)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

27. Januar 1977

Wir wollen uns heute zwei deutschen Vertretern des utopisch-kommunistischen Denkens zuwenden: Thomas Müntzer und Wilhelm Weitling.

Thomas Müntzer – sein genaues Geburtsdatum ist unbekannt – lebte von etwa 1490 bis 1525, Wilhelm Weitling von 1808 bis 1871. Obgleich durch mehr als drei Jahrhunderte voneinander getrennt, verbindet sie die Radikalität und der zutiefst revolutionäre Geist ihrer Anschauungen. In Thomas Müntzers praktischem und theoretischem Werk haben wir die historisch erste Erscheinung eines revolutionären Führers und Ideologen der Volksmassen vor uns. Wilhelm Weitlings Stellung im vor-marxistischen kommunistischen Denken hat Franz Mehring so charakterisiert, daß er das „Mittelglied zwischen dem utopistischen und dem proletarischen Sozialismus“ darstelle, also in jenen politischen und ideologischen Prozeß hineingehört, der zur Formierung der proletarischen als einer revolutionären Bewegung führte.

Thomas Müntzer lebte in jener Periode der Geschichte des deutschen Volkes, in welcher der erste große revolutionäre Ansturm gegen die Feudalordnung stattfand. Es handelt sich um die früh-bürgerliche Revolution der Zeit von 1517 bis 1526 mit ihrem Höhepunkt, dem großen deutschen Bauernkrieg, den der junge Marx als die „radikalste Tatsache der deutschen Geschichte“ bezeichnete.<sup>1</sup>

Der Angriff gegen die Feudalmacht hatte zunächst die ideologische Gestalt der lutherischen Reformation: In ihr sollte die Vorherrschaft der römisch-katholischen Kirche gebrochen werden. Die katholische Kirche war das internationale politische und ideologische Zentrum des Feudalismus. Martin Luther prangerte Mißstände der Papstkirche an und leugnete die Mittlerrolle des Priesters zwischen Gott und Mensch. In seinem ersten revolutionären Feuereifer, dem er freilich bald untreu wurde, griff er auch die parasitäre Rolle der feudalen Ausbeuter an, indem er aus dem christlichen Evangelium begründete, daß jedermann sich von seiner Hände Arbeit

ernähren solle. Das Aufbegehren Luthers gegen die Obrigkeit währte nur kurze Zeit – ihm schien es günstiger, sich des Schutzes des Adels und der protestantischen Fürsten zu versichern. Mit den aufständischen Bauern und Plebejern wollte er nicht in Verbindung gebracht werden – im Gegenteil: „Schlagt sie tot wie die Hunde!“ forderte er 1525 in einem Pamphlet.

Thomas Müntzer hingegen versuchte, die Reformation konsequent im Interesse des Volkes weiterzuführen. Er wurde zum politischen

Gewalt eine neue gesellschaftliche Ordnung zu errichten. Während des ganzen Mittelalters waren oppositionelle und revolutionäre Bewegungen in ein religiöses Gewand gekleidet. Auch Thomas Müntzer begründete seine sozialkritischen Ideen und revolutionären Forderungen mit der Bibel. Gerade dies aber war zu der Zeit die einzig vorhandene ideologische Form, in der sich die Lebensinteressen der Bauern und Plebejer ausdrückten und ihr geschichtliches Selbstbewußtsein sich herausbilden konnte. Wenn nämlich

ihre Forderungen – an oberster Stelle die Forderung, die Leibeigenschaft abzuschaffen – dem Geist der Bibel entsprach, mit Gottes Wort und Gottes Willen übereinstimmte, dann waren sie berechtigt, und dann durften die Bauern für ihre Erfüllung handeln und kämpfen.

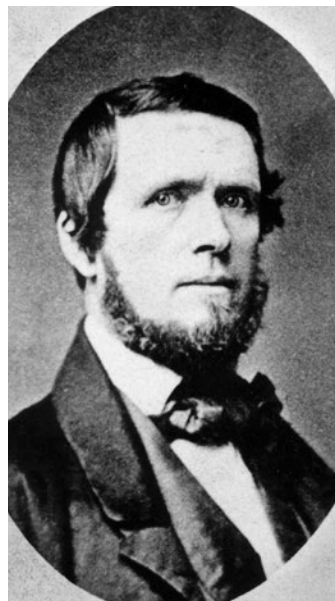
Müntzers philosophisch-theologische Lehre kam in einigen ihrer Aussagen bis dicht an den Atheismus heran. Die Bibel galt ihm nicht mehr als einzige Offenbarung. Bibel und Vernunft dürfe man nicht einander entgegensetzen. Ja, Müntzer lehrte, daß die Vernunft die lebendige Offenbarung sei, sie existiere bei allen Völkern und zu allen Zeiten. Christus sei Lehrer und Prophet, sei ein Mensch gewesen wie alle anderen auch. Der Heilige Geist, das sei nichts Außermenschliches, sondern die Vernunft. Der Himmel, das Paradies müßten

nicht im Jenseits gesucht werden, vielmehr komme es darauf an, das Reich Gottes auf Erden zu verwirklichen. So wie es kein Jenseits gebe, gebe es auch keine Hölle, keine ewige Verdammnis. Der Teufel, das seien nur die bösen Lüste und Begierden des Menschen.

Worin liegt nun das Utopisch-Kommunistische der Auffassungen Thomas Müntzers? Lassen Sie mich jene zusammenfassende Charakteristik zitieren, wie sie Friedrich Engels in der Schrift „Der deutsche Bauernkrieg“ gegeben hat. „Wie Müntzers Religionsphilosophie an den Atheismus, so streifte sein politisches Programm an den Kommunismus, und mehr als eine moderne kommunistische Sekte hatte noch am Vorabend der Februarrevolution über kein reichhaltigeres theoretisches Arsenal zu verfügen als die ‚Müntzerschen‘ des sechzehnten Jahrhunderts.



Thomas Müntzer



Wilhelm Weitling

und geistigen Führer der von den Bauern und den plebejischen Schichten der Städte getragenen Volksreformation. Müntzer rief seine Anhänger dazu auf, die Ausbeuter – Feudalherren und Wucherer – mit Waffengewalt zu entmachten. Er wurde, wie Friedrich Engels betont, während des Bauernkrieges „Mittelpunkt der ganzen revolutionären Bewegung von Südwestdeutschland“<sup>2</sup> und organisierte die Vereinigung der revolutionären Kräfte Sachsens und Thüringens, Frankens und Schwabens, des Elsaß' bis hin an die Schweizer Grenze.

Das politische Kernstück der revolutionären Auffassungen Thomas Müntzers bestand darin, daß er den Volksmassen das Recht zurkannte, gegen eine „gottlose Obrigkeit“ Widerstand zu leisten. Dieses Recht verband sich mit der Pflicht, durch revolutionäre

Dies Programm, weniger die Zusammenfassung der Forderungen der damaligen Plebejer als die geniale Antizipation – die Vorwegnahme – der Emanzipationsbedingungen der kaum sich entwickelnden proletarischen Elemente unter diesen Plebejern – dies Programm forderte die sofortige Herstellung des Reiches Gottes, des prophezeiten Tausendjährigen Reichs auf Erden, durch Zurückführung der Kirche auf ihren Ursprung und Beseitigung aller Institutionen, die mit dieser angeblich urchristlichen, in Wirklichkeit aber sehr neuen Kirche in Widerspruch standen. Unter dem Reich Gottes verstand Müntzer aber nichts anderes als einen Gesellschaftszustand, in dem keine Klassenunterschiede, kein Privateigentum und keine den Gesellschaftsmitgliedern gegenüber selbständige, fremde Staatsgewalt mehr bestehen. Sämtliche bestehende Gewalten, sofern sie nicht sich fügen und der Revolution anschließen wollten, sollten gestürzt, alle Arbeiten und alle Güter gemeinsam und die vollständige Gleichheit durchgeführt werden. Ein Bund sollte gestiftet werden, um dies durchzusetzen, nicht nur über ganz Deutschland, sondern über die ganze Christenheit; Fürsten und Herren sollten eingeladen werden, sich anzuschließen; wo nicht, sollte der Bund sie bei der ersten Gelegenheit mit den Waffen in der Hand stürzen oder töten.<sup>3</sup>

Weder das Zeitalter der Reformation und Bauernkriege noch die nachfolgenden Jahrhunderte waren reif für die Verwirklichung der kommunistischen Ideen Thomas Müntzers. Erst im 19. Jahrhundert reiften die Bedingungen für den Zusammenschluß des Proletariats zur organisiert handelnden und revolutionär kämpfenden Gesellschaftsklasse heran. Die Geburt jener Theorie, die dem Proletariat ein wissenschaftlich begründetes Programm für seinen Emanzipationskampf von Ausbeutung und Unterdrückung gab, fällt in die vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Es waren Marx und Engels, die – in geschlossener Gestalt erstmalig im „Manifest der Kommunistischen Partei“ – den Kommunismus wissenschaftlich begründeten, die kommunistische Utopie in eine Wissenschaft verwandelten. In unserem Jahrhundert wurde auf der Basis dieser wissenschaftlichen Theorie – von Lenin für die modernen Bedingungen weiterentwickelt – das Zeitalter des real existierenden Sozialismus eröffnet, begann die planmäßige Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsformation. Am Beginn dieser neuen Epoche der Weltgeschichte stand die Große Sozialistische Oktoberrevolution des Jahres 1917.

Ich hatte am Beginn meines Vortrags darauf hingewiesen, daß der andere Vorläufer des wissenschaftlichen Kommunismus, dem wir uns diesmal zuwenden, Wilhelm Weitling, bereits in jenen politischen und theoretischen Entwicklungsprozeß hineingehört, der zur Formierung der proletarisch-revolutionären Bewegung führte. Worin wurzelt diese seine Stellung, wie kommt es, daß er über die Ideen nicht bloß der Thomas Morus und Tommaso Campanella, sondern auch der kritisch-utopischen Sozialisten Owen, Fourier und Saint-Simon hinauswuchs? Der entscheidende Schritt, den Weitling vom bürgerlichen zum

proletarischen Sozialismus macht, besteht in folgendem: Er hatte erkannt, daß einzig die ausgebeuteten und unterdrückten Massen den Kapitalismus stürzen können, daß sie fähig sind, eine neue, eine bessere Gesellschaft zu errichten. Das Hauptwerk Weitlings, worin seine kommunistischen Ideen und seine Kritik an der kapitalistischen Ausbeuterordnung zusammengefaßt sind, trägt den Titel „Garantien der Harmonie und Freiheit“; es erschien im Jahre 1842. Heinrich Heine bezeichnete das Buch als den „Katechismus der Arbeiter“. In ihm spiegelt sich der Reifegrad des fortgeschrittensten Teils des deutschen Frühproletariats.

Der gebürtige Magdeburger hatte das Schneiderhandwerk erlernt und war bei seinen Reisen durch Deutschland und Österreich frühzeitig mit politisch oppositionellen und revolutionären Anschauungen in Berührung gekommen. Sein Schaffen als erster selbständiger Theoretiker begann 1837 in Paris, wo er Mitglied des „Bundes der Geächteten“ und später des „Bundes der Gerechten“ wurde, Vorläufer der ersten revolutionären Organisation der Arbeiterklasse, des „Bundes der Kommunisten“.

Wilhelm Weitling entwickelt in der Schrift „Garantien der Harmonie und Freiheit“ eine Geschichtsauffassung, welche die Menschheitsgeschichte in drei Perioden einteilt: Erstens den Urzustand, zweitens die Zeit von der Entstehung des Eigentums bis zur Gegenwart (dies ist die Periode der Ungleichheit und der Unterdrückung) und drittens den Kommunismus. Obzwar seine Geschichtsauffassung im Grunde idealistisch ist und die Vernunft zur hauptsächlichlichen Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung macht, enthält sie eine Reihe wertvoller Einsichten in wirkliche gesellschaftliche Zusammenhänge. Dazu gehört die Auffassung, daß die Existenz und das Handeln gesellschaftlicher Klassen durch ökonomische Faktoren bestimmt werden. Desgleichen die Anschauung, daß der Staat nicht ein über der Gesellschaft schwebendes neutrales Organ ist, sondern den Interessen der Herrschenden dient. Und schließlich gehört zu den entscheidenden, in der Lehre von Marx später wissenschaftlich begründeten und durch die historische Praxis bestätigten Ideen die folgende: Die Vernunft siegt in der Geschichte nicht von selbst, sondern nur durch die revolutionäre Aktion, die Aktion der Arbeiterklasse. Weitling hatte erkannt, daß die Beseitigung des Kapitalismus niemals bloß als Wirkung dieser oder jener Reformen zu erwarten ist. Reformen beispielsweise des Erziehungs- und Bildungssystems, Verbesserungen der Kranken- und Altersversorgung oder der Steuergesetzgebung packen das kapitalistische Übel nicht an der Wurzel. Die wichtigste Aufgabe der proletarischen Revolution erblickte Weitling in der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Sein Plan zur Reorganisation der Gesellschaft enthält utopisch-phantastische Züge; zugleich aber frappiert er durch die Tiefe und Schärfe der Gedanken, mit denen gesellschaftlichen Übelständen zu Leibe gerückt wird.

Zu den glänzendsten Seiten des Weitlingschen Werkes gehört die Kritik an den

sozialen Zuständen, den politischen Einrichtungen und auch an der herrschenden Ideologie der kapitalistischen Gesellschaft. Eins der 13 Kapitel des 1. Abschnitts der „Garantien der Harmonie und Freiheit“ ist überschrieben mit „Vaterland, Grenzen und Sprachen“; es entlarvt die Verlogenheit und Demagogie des bürgerlichen Nationalismus: „Vaterland!“, schreibt Weitling, „Süße Täuschung! Heilig gewordene Lüge, die mit bezauberndem Enthusiasmus die Herzen der Menschen umstrickt, ihren Verstand umnebelt und ihre Sinne verwirrt; die den wütendsten Feinden des Fortschritts und der Freiheit aller zum letzten Notanker ihrer Irrtümer, zum Rettungsbalken ihrer Vorrechte dient; alte zweideutige Überlieferung! Den Schleier herunter, den der Staub der Jahrtausende bedeckt, damit man sehe, wes Geistes Kind du bist! ... Der richtige, ursprüngliche Begriff vom Vaterland ist also ein vom Vater auf den Sohn vererbtes Stück Land: ein Eigentum. Folglich hatte doch nur der ein Vaterland, welcher entweder für sich ein besonderes oder ein mit andern gemeinschaftliches Eigentum hatte. Wer also ein Vaterland hatte, hatte auch ein Eigentum oder doch die Freiheit und die Mittel, Eigentümer zu werden; wer diese nicht hat, hat kein Vaterland. Das merkt Euch, ihr Vaterlandsverteidiger!“<sup>4</sup>

Sicherlich ist dies noch keine wissenschaftliche Erklärung des Wesens der bürgerlichen Nation, aber einen Kernpunkt hat Weitling völlig richtig erfaßt: Man kann die Nation nicht jenseits der sozialökonomischen und Klassenverhältnisse begreifen, die in ihr herrschen. Mit der Würdigung solcher und anderer herausragender Leistungen Wilhelm Weitlings muß allerdings auch die klare Einsicht verbunden werden, daß er insgesamt nur, wie Mehring sagte, ein Mittler war zwischen utopischem und proletarischem Sozialismus – es gelang ihm nicht, die praktischen und theoretischen Schranken des vorwissenschaftlichen Sozialismus zu überwinden. Er hatte z. B. noch keine Vorstellung davon, daß die Diktatur des Proletariats das notwendige staatliche Machtorgan der Arbeiterklasse sein würde, mit dessen Hilfe die ökonomischen, politischen, die ideologischen und geistig-kulturellen Aufgaben gelöst werden müssen, die sich bei der Errichtung der neuen Gesellschaft ergeben. Weitling glaubt, die Probleme des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ließen sich durch einen provisorischen Diktator lösen, einen energischen und gütigen großen Mann. Dies – so schreibt er – „wird ein zweiter Messias sein, größer als der erste“.<sup>5</sup>

Wir alle wissen, daß kein Messias es je vermocht hat, die Ausgebeuteten von der Ausbeutung und der Unterdrückung zu befreien.

#### Anmerkungen

1 Marx/Engels, Werke, Bd. 1, S. 386

2 F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg, Dietz-Verlag, Berlin 1955, S. 59

3 Ebenda, S. 54 f.

4 W. Weitling, Garantien der Harmonie und Freiheit, Berlin 1955, S. 82, 84

5 Ebenda, S. 262



# Für eine Gesellschaft der Gleichen

## Die neue Enzyklika von Papst Franziskus und der Kapitalismus (Teil II und Schluß)

Über die aus den Eigentumsverhältnissen resultierende Marktwirtschaft mit der ihr innewohnenden Dialektik von Reichen und Armen sagt Papst Franziskus seit seinem Amtsantritt immer wieder, daß diese tötet. Im Koran werden die Reichen als „Vermögensanhäuer“ angeprangert, was richtig ist, weil die Bourgeoisie sich in der Hauptsache mit der Jagd nach Profit und immer wieder Profit beschäftigt. Papst Franziskus hat darauf verzichtet, Marx zu zitieren, der in seinem zum humanistischen Welterbe gehörenden Werk „Das Kapital“ analysierend 1867 feststellt: „Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralische Degradation auf dem Gegenpol“. Es ist jene Wirtschaft, die weltweit auf Einzelinteressen orientiert und am Allgemeinwohl desinteressiert ist. Papst Franziskus konstatiert: „Aufrecht bleibt nur das Bedürfnis, grenzenlos zu konsumieren, und das Hervorkehren vieler Formen eines inhaltslosen Individualismus“. Dazu der zentrale Satz: „Aber radikaler Individualismus ist das am schwersten zu besiegende Virus. Er ist hinterhältig. Er läßt uns glauben, daß alles darauf ankommt, unseren eigenen Ambitionen freien Lauf zu lassen, als ob wir durch Akkumulation individueller Ambitionen und Sicherheiten das Gemeinwohl aufbauen könnten“. Wie in seiner Enzyklika „Laudato si“ (2015) stellt Papst Franziskus fest: „Immer gibt es neben dem Recht auf Privatbesitz das vorrangige und vorgängige Recht der Unterordnung allen Privatbesitzes unter die allgemeine Bestimmung der Güter der Erde und daher das allgemeine Anrecht auf seinen Gebrauch“. Christentum und Islam haben in Bezug auf die Eigentumsverhältnisse keine wesentlichen Differenzen. Gott allein ist Eigentümer, der Mensch habe es im Sinne Gottes zu verwalten, das Eigentum ist anders als im Römischen Recht kein absolutes, dem freien Ermessen überlassenes Recht.

### „Verrückt“ wie das Kommunistische Manifest?

Eingangs seines Rundschreibens meint Papst Franziskus, daß sein „Plan mit großen Zielen für die Entwicklung der Menschheit“ wie eine „Verrücktheit“ klinge. Aber so „verrückt“ ist das „Kommunistische Manifest“ von Friedrich Engels und Karl Marx auch, weil in ihm die Hoffnung ausgedrückt wird, daß an die Stelle der Ausbeutergesellschaft eine Assoziation tritt, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (1848). Papst Franziskus ist ein Freund der Armen und ist schier den Jakobinern mit Maximilien Robespierre ähnlich, der programmatisch gesprochen hat, daß es nur zwei Klassen von Menschen gibt, „einerseits die Freunde der Freiheit und Gleichheit, die Beschützer der Unterdrückten, die Freunde der Armen, und anderseits die Anhänger eines auf unrechtem Wege erworbenen Reichtums und der tyrannischen Aristokratie“ (1793). Dieser historische

Rückgriff mag zulässig sein, weil Papst Franziskus ausdrücklich von der Auflösung des geschichtlichen Bewußtseins durch die Etablierung von intellektuellen Modeerscheinungen wie des „Dekonstruktivismus“ spricht.

### Zornige Ablehnung

Der von Papst Franziskus eingeschlagene Weg wird vielfach aus der etablierten Hierarchie heraus, aber auch durch eitle intellektuelle Diskurse an den staatlich privilegierten katholisch theologischen Fakultäten des Westens nicht nur kritisiert, sondern konterkariert. Soweit bislang bekannt geworden ist, stößt besonders diese Enzyklika in der deutschsprachigen Presse auf zornige Ablehnung. Dabei kann sie auf innerkirchliche Gegner von Papst Franziskus zurückgreifen. So sagt der Ethikprofessor Martin Rhonheimer von der Pöpst-



Papst Franziskus

lichen Universität vom Heiligen Kreuz in Rom, die eine von den beiden Vorgängern von Papst Franziskus massiv geförderte Institution des reaktionären Opus Dei ist, in der „Neuen Zürcher Zeitung“, der Islam müsse sich von seiner Gründungsidee distanzieren und seine religiöse Substanz verändern (2014). Der Islam ist nach Rhonheimer ein kultureller Fremdkörper in Europa (2020), was der in der Europäischen Bischofskonferenz lange Zeit tätige deutsche Spezialist und Afrikamissionar Hans Vöcking ebenfalls meint (2011). Die „Neue Zürcher Zeitung“ wünscht sich mit ihrem Wirtschaftsredakteur Thomas Fuster aus Anlaß der Enzyklika den antikommunistischen Papst Johannes Paul II. zurück (2020). Zur selben Zeit rechtfertigt dieses Zentralorgan der Schweizer Bankwelt die Ausbeutung von Arbeitssklaven im Kongo oder in den Kohlenminen von Nordkolumbien durch den schweizerischen Schurkenkonzern Glencore. Das bringe schließlich Wohlstand für alle. Die vielen Armen in der Welt müßten eben noch ein bißchen warten, bis ihnen der Kapitalismus auch den Wohlstand bringe. Theologen des Opportunismus wie Wolfgang Palaver, die als gut bezahlte Ethikprofessoren für das Vergessen der Befreiungstheologie eintreten, fordern auf, die Sympathie von Papst Franziskus für „Volksbewegungen“ mit Sorgfalt, also am besten unter ihrer Anleitung zu lesen (2020).

### Vorbilder des Papstes

Papst Franziskus gibt an, in Bezug auf die Geschwisterlichkeit vor allem von Franz von Assisi inspiriert gewesen zu sein, aber auch von Martin Luther King, Desmond Tutu oder Mahatma Gandhi, deren Namen in der Öffentlichkeit mehr als Ikonen als mit ihren Inhalten bekannt sind. Zum Schluß erinnert Papst Franziskus aber in besonderer Hervorhebung an Charles de Foucauld, dessen Name selbst Absolventen eines Theologiestudiums fremd sein wird. Die von den beiden Vorgängern von Papst Franziskus fallengelassenen christlichen Vorbilder der für Befreiung von Gewalt und Unterdrückung kämpfenden Volksbewegungen in Lateinamerika wie Oscar Romero oder Ignacio Ellacuría SJ werden in dieser Enzyklika nicht genannt.

Der ebenfalls nicht genannte Überlebende eines im Auftrag der USA ausgeführten Massakers in El Salvador, Jon Sobrino SJ, erinnert in seiner Christologie der Befreiung (1992) daran, daß sein Mitbruder Ellacuría SJ mit der gewaltlosen Friedensarbeit im notwendigen Kampfes um Gerechtigkeit die befreiende Gewalt in der Nachfolge von Jesus von Nazareth nicht verurteilt hat. Ellacuría SJ hat den Weg der Christen Foucauld, King und Camilo Torres, der als bewaffneter Befreiungstheologe am kolumbianischen Befreiungskampf teilgenommen hat und gefallen ist (1966), untersucht und hat als Gemeinsamkeiten dieser drei Biographien herausgestellt, daß alle drei „die Sünde der Gewalt und das Geheimnis der tiefen Ungerechtigkeit erkannt haben, die die sozio-ökonomischen und politischen Strukturen beherrschen.“ Ellacuría SJ gibt keiner Biographie den Vorzug: „Bei allen dreien verlangt das christliche Gewissen eine Antwort, die das gesamte persönliche Leben betrifft, bis hin zu jenem Extrem, das der christliche Begriff der Liebe fordern kann: den Tod“. Papst Franziskus ist dieses Denken nicht fremd, zumal er seinen Mitbruder Karl Rahner SJ, der auch Ellacuría SJ in Innsbruck unterrichtet hat und der von vielen Wegen der Nachfolge Jesus gesprochen hat, in seiner Enzyklika zitiert.

Papst Franziskus hat den 1916 als Einsiedler in Algeriens Wüstengebiet ums Leben gekommenen Foucauld aus der vergangenen Welt des Christentums ins Heute geholt, weil dieser sich wie Franz von Assisi als Vorbild des Dialogs von Christentum und Islam eignet. Foucauld hat mit seiner von liebevollem Respekt getragenen Nähe zu den seit alters her islamistischen Tuaregs, die sich an bewaffneten Erhebungen gegen den französischen Kolonialismus beteiligt haben, die Botschaft vermittelt, es sei für beide Religionen nur bereichernd, sich zu begegnen. Die Enzyklika von Papst Franziskus kann als ein Weckruf für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen verstanden werden.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler  
Innsbruck

# Lutherstadt Wittenberg:

## Judenhaß – in Stein gemeißelt

Von Rebellionen waren stets auch Religion und Kirche betroffen. In Deutschland, während der Bauernkriege in der Reformationszeit, wurden Heiligenbilder und Altäre aus den Gotteshäusern geworfen und zerschlagen – dem sogenannten Bildersturm –, um dem Mummenschanz der verhassten katholischen Kirche ein Ende zu bereiten. Verständlich. Weniger verständlich ist aber, daß sich gleichzeitig unter den gerade eben von der katholischen Kirche schmerzhaft emanzipierten Lutheranern ein bereits zuvor entstandener christlicher Antijudaismus breit machte, der in den folgenden Jahrhunderten immer heftiger wurde. Er nahm Gestalt an in Form von Denkmälern und Schmäfiguren, wie z.B. an der Stadtkirche in Wittenberg. Die an der Ausbeutung und Unterdrückung der christlichen Bauern und Bürger durch die feudale Fürstenherrschaft ganz und gar unschuldigen jüdischen Mitbewohner wurden auch für die neue, protestantische Kirche in Deutschland zum Zielpunkt und „Sündenbock“ einer vehementen Diffamierungskampagne. Von dieser anderen – dunklen – Seite der Auseinandersetzung mit Denkmälern soll hier die Rede sein.

Die Stadtkirche in der Lutherstadt Wittenberg in Sachsen-Anhalt ist nicht irgendeine evangelische Kirche, sondern – und darauf legt sie selbst großen Wert – sie ist „Mutterkirche der Reformation“ und die Predigtkirche Martin Luthers, die Kirche also, „wo alles begann“, was protestantische und lutherische Identität seit 1517 ausmacht. Nun war dort, wie in vielen anderen Kirchen in Deutschland, im 13. Jahrhundert ein Relief als eine die Juden bewußt verhöhnende und verspottende Schmäplastik angebracht worden, ganz auf der Linie des in dieser Zeit von der päpstlichen Kirche betriebenen christlichen Antijudaismus. Bevor seit dem 11. Jahrhundert in den Kreuzzügen die Muslime in Jerusalem zu bekämpfen waren, vertrieb und vernichtete die Kirche erst einmal durch zahlreiche Pogrome die Juden im eigenen Land. Und dafür mußten Juden in kirchlicher Propaganda dauerhaft verhöhnt und verspottet werden. Dazu dienten die Wandbilder wie die bis heute sogenannte Judensau. Deren Funktion wurde ungetrübt auch von den Kirchen der Reformation übernommen.

Auf dem südöstlichen Flügel der Stadtkirche in Wittenberg befindet sich in mehreren Metern Höhe das Sandsteinrelief, versehen mit dem Schriftzug „Rabini Schem Ha Mphoras“.

Das Bildnis stammt ursprünglich aus dem Jahre 1290, der besonders schmähhvolle Schriftzug wurde im Jahr 1570 angebracht. Das Relief stellt ein Schwein (die sogenannte Judensau) dar, an dessen Zitzen Menschenkinder säugen, die durch ihre Spitzhüte als Juden identifiziert werden sollen. Eine ebenfalls durch einen Hut als Rabbiner zu erkennen- de Figur hebt mit der Hand den Schwanz der Sau und blickt ihr in den After. Die Inschrift zitiert wörtlich aus Martin Luthers 1543 ver-



**Auf dem südöstlichen Flügel der Stadtkirche in Wittenberg befindet sich in mehreren Metern Höhe das Sandsteinrelief, versehen mit dem Schriftzug „Rabini Schem Ha Mphoras“.**

öffentlichten antijudaistischen Schmähschriften „Von den Juden und ihren Lügen“ sowie „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi“.

Dies „Denkmal“ blieb ungeschoren bis in die nahe Gegenwart. Erst zu DDR-Zeiten 1988 wurde unterhalb des Schmähreliefs eine Bodenplatte installiert, die sich von der Judenverhöhnung und ihren mörderischen Folgen distanziert. „Gottes eigentlicher Name ... starb in sechs Millionen Juden unter einem Kreuzeszeichen“, heißt es in dem dort angebrachten Text. Doch allein diese, die jüngsten gegen die Juden in aller Welt im Holocaust vollzogenen Verbrechen kommentierende Botschaft, ist bereits theologisch und historisch fragwürdig. Denn im Zusammenhang

damit wird auf der Bodenplatte auch der Anfang des Psalms 130 in hebräischer Schrift zitiert – also direkt an die jüdischen Betrachter gerichtet: „Aus der Tiefe rufe ich, Herr, zu dir. Herr, höre meine Stimme! Laß deine Ohren merken auf die Stimme meines Flehens! Wenn du, Herr, Sünden anrechnen willst – Herr, wer wird bestehen? Denn bei dir ist die Vergebung, daß man dich fürchte.“ Auschwitz, die Vernichtung von sechs Millionen Juden also verstanden als Folge der Sünden des jüdischen Volkes? Auf diese Weise wird das sogenannte Mahnmal leider zu einer modernen Neuaufgabe der antijüdischen Theologie Martin Luthers.

Zu dem großen Reformationsjubiläum 2017 ließ die Wittenberger Kirchengemeinde mit öffentlicher Unterstützung sowohl das mittelalterliche Schmährelief an der Stadtkirche als auch die hinzugefügte Bodenplatte sorgfältig renovieren. Aber sonst blieb alles beim Alten: Die Juden waren nicht nur die Schweine, sondern sogar die Sünden-Böcke und Verursacher für den Holocaust selbst. Die Gemeindemitglieder der Wittenberger Stadtkirche gedachten nichts zu verändern und hielten mit allen Mitteln an dem Relief fest und bekamen dafür auch viel prominente Unterstützung. Natürlich machte sich dabei niemand die Aussagen über den Antijudaismus dieser Figur unmittelbar zu eigen. Die Verfechter für den Verbleib der Figur ignorierten ganz einfach, daß der einzige Zweck der Kirchensau darin besteht, jüdische Menschen zu kränken und zu verletzen.

Erfreulicherweise entstand aber bald danach die Forderung nach Abnahme des schmähhlichen Reliefs. Michael Düllmann, Mitglied einer Berliner jüdischen Gemeinde, klagte gegen den Verbleib des antisemitischen Reliefs. Er fühle sich durch diese Darstellung schlichtweg beleidigt und forderte die Entfernung. Die Debatte wurde so auch über die Kirchengrenzen hinaus in Gang gebracht. Noch einmal wurde der Gemeinde und ihren Sympathisanten damit Gelegenheit gegeben, ihre starre Haltung zu bedenken. Aber nichts dergleichen geschah. Die Kirchengemeinde der Stadtkirche nahm die Wirkung der Schmähsulptur weiterhin billigend in Kauf – obwohl sie sich die beleidigende Wirkung der Schmähsulptur nicht zu Eigen machen wollte – und weigerte sich, sie zu entfernen. Nun wurden theologische und politische Argumente ins Feld geführt, die deutlich eine erschreckende Toleranz für, wenn nicht gar Nähe zu den klassischen und

modernen antisemitischen Klischees offenbaren. Obendrein wies der 9. Zivilsenat des Oberlandesgerichts des Landes Sachsen-Anhalt die Klage ab und entschied im Februar 2020: Das Relief bleibt.

Anlässlich der Debatte um das Entfernen oder Nicht-Entfernen der Schmähfigur meldete sich in der liberal-protestantischen Monatsschrift „Zeitzeichen“ Dr. Stephan Block zu Wort. Das Relief sei ein „schwieriger Teil eines Erbes“, der aber „nicht verleugnet“ werden dürfe. „Nach jüdisch-christlichem Verständnis gibt es keine tadellos perfekte Geschichte. Aber es gibt die Kraft der Vergebung und Versöhnung, die selbst aus Bösem Gutes werden lässt.“ Eindrucksvoller ist kaum zu dokumentieren, wie die Aneinanderreihung kirchlicher Floskeln zu blankem Zynismus verkommt. Wohlklingender kann man die jahrtausendalte Judenfeindschaft bis hin zu dem auch von den lutherischen Kirchen unterstützten antisemitischen Vernichtungswahn des Großdeutschen Reiches kaum zusammenfassen.

Der Schock über das millionenfache Morden an den Juden hat dazu beigetragen, daß die Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ (1948) verabschiedeten. Aber auch im Christentum hat sich nach der Shoah, der Vernichtung der Juden, unstreitig ein fundamentaler Wandel im Blick auf die Einstellung zum Judentum vollzogen. Seit den 60er Jahren haben beide großen Kirchen ihre bisherige Einstellung grundlegend korrigiert. Eine völlig neue Theologie des christlich-jüdischen Verhältnisses kommt in



**Noch zu DDR-Zeiten wurde 1988 unterhalb des Schmähreliefs eine Bodenplatte installiert, die sich von der Judenverhöhnung und ihren mörderischen Folgen distanziert: „Gottes eigentlicher Name ... starb in sechs Millionen Juden unter einem Kreuzeszeichen“. Dazu wird auch der Anfang von Psalm 130 in hebräischer Schrift zitiert – direkt an die jüdischen Betrachter gerichtet.**

der Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Verhältnis der Kirche zu den nichtjüdischen Religionen unter dem Titel „Nostra Aetate“ 1965 zum Ausdruck. Das Herzstück der Erklärung, der Artikel 4, lehnt die Judenfeindschaft mit theologischen Gründen unmissverständlich ab. Zahlreiche weitere Verlautbarungen der katholischen Kirche und evangelischer Kirchen-Synoden veränderten nicht nur das Verhältnis zum Judentum, sondern auch die Theologie und die Kirchen selbst. In allen Erklärungen seither werden religiöser Antijudaismus und politischer Antisemitismus scharf verurteilt. Das soll hier in keiner Weise relativiert werden.

Wie aber die konkrete Praxis aussieht, beweist die unschöne und juristisch erfolglose Debatte über den Verbleib des Judenreliefs an der Kirche in Wittenberg – sie wird in die nächste Instanz gehen – und auch anderswo. Immerhin gibt es mehr als 30 Kirchen mit solchen Figuren; z.B. am Kölner Dom und an der Nürnberger Kirche St. Sebald. Die anti-jüdische Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirche ist längst noch nicht überwunden. Auch bleibt festzuhalten: Die Antijüdische Struktur in den Evangelien und in den Briefen des Neuen Testaments kann nicht mehr geändert werden. Keiner wird sich wohl dranmachen, die Bibel neu zu schreiben. Jedenfalls ist ein solcher „Evangelist“ bisher noch nicht erschienen – und einschlägige Versuche in der Geschichte der Kirche sind immer gescheitert.

**Karl-Helmut Lechner**  
Norderstedt

## DDRisierung? Nein! Kapitalismus pur.

Wegen der Corona-Beschränkungsmaßnahmen von Bund und Ländern wird in der BRD seit einigen Wochen immer mehr Kritik von Ärzten, Juristen, Wissenschaftlern, diversen Interessenvertretungen und auch dem „kleinen Mann“ auf der Straße laut. Dabei fallen Begriffe wie „DDRisierung“ oder „DDR 2.0“ – gesteigert auch in „DDR 4.0“. Selbst von einer „DDR-Hygienediktatur“ war schon die Rede. Auf Demonstrationen werden vereinzelt DDR-Fahnen geschwenkt, aber nicht aus Sehnsucht nach dem Arbeiter-und-Bauern-Staat, sondern um vor seiner eventuellen Wiederauferstehung zu warnen.

Anhänger der Wiederbelebung des Deutschen Kaiserreiches unterstellen der Bundeskanzlerin Angela Merkel gar leninistisches Gedankengut, malen ein Horrorszenario vom Erstarken des Bolschewismus und werfen Chinas „kommunistische Diktatur“ gleich noch mit in diesen Topf. Nun mag man der Christdemokratin Merkel einiges zutrauen, aber ganz gewiß nicht, daß sie den Marxismus-Leninismus auch nur ansatzweise verinnerlicht hätte. Eine Rückbesinnung auf das

Deutsche Kaiserreich würde für viele DDR-Bürger übrigens historisch gesehen eine zweite Rolle rückwärts nach dem konterrevolutionären Herbst von 1989 bedeuten.

Sie erinnern sich, daß die Diktatur des Proletariats den Menschen eine kostenlose Ausbildung, Arbeit und eine vom Geldbeutel unabhängige Gesundheitsversorgung garantieren konnte. Einen solchen Anspruch erhebt diese Ausbeutergesellschaft nicht. Und wenn jetzt auch noch von einer drohenden Kommandowirtschaft gefaselt wird, bleibt die entscheidende Frage unerwähnt. Nämlich die, wer das Eigentum an den Produktionsmitteln besitzt. Diesbezüglich wird sich das imperialistische System nicht freiwillig die Butter vom Brot nehmen lassen.

In der Präambel der DDR-Verfassung von 1949 ist von einem „Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit“ die Rede. In der überarbeiteten Fassung von 1974 standen im Vorwort die Begriffe „Frieden“ und „Völkerfreundschaft“. All diese Vokabeln sind der BRD von heute absolut suspekt.

Die Corona-Pandemie erleichtert es den Herrschenden, an der Stellschraube bei der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten zu drehen.

Wie z. B. wird mit den Kontaktdaten umgegangen, die man beim Besuch einer Gaststätte zu hinterlassen hat? Daß diese Papiere, wie bekannt wurde, in die Hände der hessischen Polizei gelangt sind, spielte in den bürgerlichen Medien nur eine untergeordnete Rolle. Datenschützer schrien nur kurz auf, derweil Gastwirte einen immensen Vertrauensverlust seitens ihrer Kunden befürchten.

Übrigens hatte die BRD nach dem Anschluß der DDR im Oktober 1990 auch nichts Besseres zu tun, als Teile des Zentralinstituts für Hygiene, Mikrobiologie und Epidemiologie in Berlin-Schöneweide in das Robert-Koch-Institut zu integrieren und alle dessen unliebsamen Bestandteile zu schließen, was zu einem erheblichen Verlust an wissenschaftlichen Erkenntnissen führte. Es kann davon ausgegangen werden, daß die DDR auf ein Virus wie Corona besser vorbereitet gewesen wäre.

**Rico Jalowitzki**

# Ein Anschlag in Hamburg 1969

## Erstmals Urheberchaft offenbart: Sprengstoff gegen eine Korvette für Portugal

Seit dem 1. September ist eine unter sds-sapo68hh.de erreichbare Internetseite freigeschaltet, auf der ehemalige Wegbereiter und Wegbegleiter der Hamburger Studenten- und auch Lehrlingsbewegung Ende der 60er Jahre unter anderem ihre politischen und persönlichen Erinnerungen an diese Zeit hinterlassen. Viele tausend Klicks bereits wenige Tage später bewiesen, daß zahlreiche Interessierte hier Kenntnislücken schließen wollen. Die bisher eingestellten Biographien der Hamburger „68er“ zeigen auf, auf welchen Wegen Mitstreiter zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) fanden und manche später auch zur DKP. Wie sich die Wege kreuzten und später auch wieder teilten, ist zugleich ein Spiegelbild der westdeutschen Linken.

Einige der damaligen Aktivisten offenbarten mit dem Beitrag über den „Anschlag auf eine bei Blohm & Voss gebaute Korvette“ nach über 50 Jahren die Autorenschaft einer militanten und daher außergewöhnlichen Aktion. Ort des Geschehens vom 13. Oktober 1969 war die Werft im Hamburger Hafen. Die jungen Leute wandten sich in einem als tätige Solidarität verstandenen Akt gegen den Bau von drei Korvetten, die für die portugiesische Marine und für den Einsatz im Kolonialkrieg bestimmt waren. Die BRD lieferte in größeren Mengen Militärfahrzeuge, Hubschrauber, Schiffe und Gewehre an Portugal. In Hamburger Krankenhäusern wurden schwerverletzte Portugiesen behandelt.

Als engagierte Studenten und Lehrlinge des „Sozialistischen Lehrlingszentrums“ mit Wurzeln auch in der Belegschaft von Blohm & Voss wollten die Hamburger ein Zeichen setzen und die westdeutsche Hilfe für das portugiesische Kolonialregime anprangern. Aber sie wollten auch unmittelbar Befreiungsbewegungen wie die angolische MPLA, die sich dem zur NATO gehörenden portugiesischen Militär immer erfolgreicher widersetzen, unterstützen. Nicht zuletzt fühlten sie sich inspiriert durch die auch an das kapitalistische Europa adressierten Aufrufe afrikanischer Revolutionäre wie Amilcar Cabral von der PAIGC (Guinea-Bissau/Kapverden). Einig waren sich die damals noch jungen Akteure darin, daß die Fertigstellung der Schiffe behindert, aber keine Menschen in Gefahr gebracht werden sollten.

Geschildert wird, wie ihre Gruppe nach Flugblattaktionen zur Solidarität mit den afrikanischen Befreiungsbewegungen die Aufmerksamkeit eines niederländischen Filmteams fand, das über den Korvettenbau berichten wollte. Nach Ausstrahlung ihres Dokumentarfilms suchte eine schon länger aktive und erfolgreiche holländische Solidaritätsgruppe, die den Kampf gegen das portugiesische Kolonialregime unterstützte, Kontakt zu den Hamburger Studenten und Lehrlingen. Auf diesem Weg entstand eine Verbindung zur angolischen MPLA und zu einer Gruppe im Pariser Exil lebender portugiesischer Antifaschisten, die die Hamburger für ihr Vorhaben mit Sprengstoff versorgen sollten. Die Aktivisten wollten, wie sie im Internetauftritt schreiben, „ein weithin

wahrnehmbares Zeichen“ setzen, „das von den Medien wahrgenommen werden mußte und die breite Bevölkerung auf die westdeutsche Komplizenschaft mit den portugiesischen Kolonialverbrechen aufmerksam machte (...) Seit über einem Jahr stand der Korvettenbau bei Blohm & Voss im Zentrum der kritischen Aufklärungsarbeit. Eine dagegen gerichtete Sabotageaktion erschien alternativlos. Dazu bot sich zu diesem Zeitpunkt die Korvette ‚João Coutinho‘ an, die sich kurz vor der Fertigstellung befand.“ Der Ausführung vorangegangen war die zweimalige Verteilung von Stellungnahmen der MPLA: Eine richtete sich an die Belegschaft der Werft, die andere an die Leitung von Blohm & Voss.

Nach der telefonisch angekündigten Detonation von 20 kg Plastiksprengstoff am frühen Morgen des 13. Oktober 1969 waren das Feuerleitungssystem und die Elektronik von der Druckwelle unbrauchbar gemacht worden, während eine Schute in der Elbe versank. Das Kriegsschiff konnte erst mit achtmonatiger Verspätung an die portugiesische Marine ausgeliefert werden. Längst haben die damals Beteiligten ihre Aktion auch einer persönlichen und politischen Bewertung unterzogen, einschließlich der eingegangenen persönlichen Risiken. Ihre spätere gewerkschaftliche und politische Arbeit in Hamburger Betrieben wie den Werften war der Gewinnung der Kolleginnen und Kollegen zum Beispiel für Rüstungskonversion und für Frieden und Abrüstung gewidmet.

Aber ihre nun offenbarte Geschichte ergänzt geschichtliche Beiträge, die bereits in Portugal erschienen waren. Die Portugiesen, mit denen man sich 1969 in Paris getroffen hatte, waren Mitglieder der politischen Gruppe LUAR, der „Liga der revolutionären Einheit und Aktion“, die unter anderen der heute noch lebende und in Portugal relativ bekannte Camilo Mortágua dort vertrat. Mortágua gilt als Teilnehmer der in Portugal legendären Entführung des Passagierschiffs „Santa Maria“ 1961 unter maßgeblicher Leitung oppositioneller Militärs.

Die LUAR-Leute unterstützten aktiv Deserteure der portugiesischen Streitkräfte und entfalteten in Portugal zum Teil aufsehenerregende militante Aktivitäten bis hin zu Banküberfällen. Sie gehörten einer eher anarchistisch orientierten Strömung der illegalen Opposition an, deren Mitglieder sich wegen ihres hohen persönlichen Einsatzes und Risikos einen gewissen Respekt als „romantische Revolutionäre der direkten Aktion“ erwarben. Im ersten politischen Communiqué von 1968 bekannte sich die LUAR zu tiefgreifenden Veränderungen im ökonomischen und sozialen Leben Portugals. Sie wollte verschiedenen Richtungen, die für eine „sozialistische Innen- und Außenpolitik“ eintraten, politische Heimat bieten, ohne Partei zu sein. Der bewaffnete Kampf gegen die Diktatur sollte nur einen Teil ihres politischen Vorhabens einnehmen. Zum Hamburger Anschlag heißt es in einer portugiesischen Dissertation von 2015: „Es handelte sich um den ersten Sabotageakt gegen die koloniale Kriegsmaschinerie, was später seine Fortsetzung fand in den

Aktivitäten der ARA (Bewaffnete Revolutionäre Aktion, bewaffneter Arm der PCP, M. L.) und der BR (Revolutionäre Brigaden, M. L.).“

Neben der jahrzehntelangen politischen Arbeit der illegalen kommunistischen Opposition, die als organisierte Kraft bis Beginn der 60er Jahre neben zeitweiligen demokratischen Bündnisorganisationen quasi ein Alleinstellungsmerkmal in Portugal hatte und die ihre Ideen aktiv auch innerhalb der Streitkräfte zu verbreiten suchte, führte auch das Engagement anderer Abteilungen des antifaschistischen Widerstands mit dem Schwerpunkt „Deserteursbetreuung“ letztlich zum Untergang des Regimes. Die frühe Zusammenarbeit demokratischer Kräfte mit den Befreiungsbewegungen spielte in der portugiesischen Revolution 1974 eine wichtige Rolle. Einige der militanten Antifaschisten erhielten später hohe staatliche Auszeichnungen, so der „Sprengstofflieferant“ für Hamburg 1969 Camilo Mortágua 2005 den „Orden der Freiheit“ – trotz der Anfeindungen, denen sie politisch und persönlich bis heute ausgesetzt sind.

Die portugiesischen Kolonien sind seit Mitte der 70er Jahre selbstständige Staaten. Die damaligen westdeutschen Kriegsgegner mußten „alte Männer“ werden, bevor sie es in Deutschland wagen konnten, sich zu ihrer Aktion zu bekennen.

Aber in dieser Bundesrepublik wurde bis heute niemand für die völkerrechtswidrige Unterstützung des Kolonialkriegs belangt. Diese Täter kennen keine Scham.

**Martin Leo**  
Portugal

*„Was die Solidarität zwischen der internationalen Arbeiterbewegung und unserem nationalen Freiheitskampf betrifft, so gibt es nur zwei Dinge: entweder wir erkennen an, daß jeder vom Kampf gegen den Imperialismus betroffen ist, oder wir erkennen dies nicht an. Wenn es aber wahr ist, ... daß es einen Imperialismus gibt, dessen Ziel sowohl die weltweite Unterdrückung der Arbeiterklasse als auch die Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Entwicklungsländern ist, so müssen wir in diesem Imperialismus einen gemeinsamen Feind sehen, der auch gemeinsam bekämpft werden muß. Daher ist es müßig, lang und breit über Solidarität zu reden, was not tut, das ist der Kampf ... Sie müssen in Ihren Ländern ebenfalls kämpfen. Ich sage nicht, mit dem Gewehr in der Hand, ich werde Ihnen auch nicht sagen, wie Sie zu kämpfen haben, das ist Ihre eigene Angelegenheit. Aber Sie müssen die beste Form und die besten Mittel des Kampfes gegen unseren gemeinsamen Feind finden: das ist die beste Art der Solidarität.“*  
Amilcar Cabral

**Aus „Angola. Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik“ von Prosper Kivouvou, Köln 1980 (PRV), S. 233**

# Erkennen und Handeln für den Frieden

Ein neues Buch von Helga E. Hörz und Herbert Hörz  
über Wissenschaft und Antikriegsengagement

Der Titel des Buches von Helga E. Hörz und Herbert Hörz „Frieden – Geschenk oder Aufgabe? Erfahrungen, Analysen, Aktionen“ lehnt sich an einen Vers des „Liedes vom Frieden“ an, das der österreichische Kommunist und Schriftsteller Ernst Fischer 1949 verfaßte. Hanns Eisler hat es vertont. Die Zeilen lauten: „Der Krieg ist kein Gesetz der Natur, und der Friede ist kein Geschenk.“ Die darin enthaltene Aufforderung zu begreifen, daß der Krieg letztlich nur durch Handeln zu besiegen ist, bildet den roten Faden des Bandes.

Bei der Konzeption des Bandes konnte das Ehepaar – sie auf dem Gebiet der Ethik tätig, er als Wissenschaftsphilosoph – auf zahlreiche eigene wissenschaftlichen Arbeiten zurückgreifen, darunter das Buch „Sind Kriege gesetzmäßig?“ von 2010. Hintergrund dafür ist ihr gesellschaftliches und politisches Engagement. Es war unmittelbar veranlaßt durch ein Leben als „Kriegskinder, die Schreckliches im Zweiten Weltkrieg“ erlebt hatten und erhielt seine Prägung in der Zeit, als Deutschland gespalten wurde: „Als Antifaschisten und Friedensanhänger unterstützten wir die Politik des Friedens, der Völkerfreundschaft und des Kampfes gegen jede Form des Rassismus und der Ausgrenzung in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).“ Ihr Einsatz für Frieden, läßt sich sagen, begann ziemlich genau mit deren Gründung und ist nicht zu Ende. Das 11. und letzte Kapitel ihres Buches besteht angesichts der akut steigenden Kriegsgefahr aus Antworten auf die von Immanuel Kant formulierten Fragen: „Was wissen wir?“, „Was ist zu hoffen?“, „Was können wir tun?“ Es geht, wie gesagt, letztlich ums Handeln.

Das Buch enthält viel Persönliches, das bei beiden untrennbar mit Gesellschaft, Politik und Wissenschaft verwoben ist. Es enthält nicht nur Schilderungen aus dem eigenen Leben, sondern mit den Kapiteln 3 und 4, die Problemsichten großer Denker in der Philosophie von der Antike bis Hegel und auch außerhalb Europas wiedergeben, eine kleine Enzyklopädie philosophischer Betrachtungen zu Krieg und Frieden. Hinzu kommen Erörterungen zu Fragen systematischer Art wie „Was sind Kriege?“ oder „Gibt es gerechte und ungerechte Kriege?“, porträtiert werden „Frauen gegen Krieg“ wie Bertha von Suttner, Clara Zetkin, Widerstandskämpferinnen gegen den Faschismus und den Vietnamkrieg. Die arg strapazierte These, Demokratien westlichen Zuschnitts förderten nicht den Krieg oder wenn, dann im Grunde gezwungenermaßen, wird unpolemisch, aber umso überzeugender untersucht und verworfen, etwa mit einer Analyse der Rede, die der damalige US-Präsident Barack Obama 2009 bei Entgegennahme des Friedensnobelpreises hielt. Er sagte vor elf Jahren am 10. Dezember in Oslo: „Die Überzeugung, daß Frieden erstrebenswert ist, reicht selten aus, um ihn auch zu verwirklichen. Frieden erfordert Opfer. Darum ist die NATO nach wie vor

unverzichtbar.“ Der lakonische Kommentar der beiden Autoren dazu: „Die UNO-Regeln sind zwar einzuhalten, aber ohne Krieg geht es nicht.“ Sie machen aber auch darauf aufmerksam, daß Obamas Rede neben der Kriegsrechtfertigung darauf verweist, „wie wichtig es ist, gegen ungerechte Verhältnisse vorzugehen,



Regeln einzuhalten, Gewalt einzuschränken und für den Frieden einzutreten.“

Dreh- und Angelpunkt des Buches ist: Der Kampf gegen den Krieg und für den Frieden ist nicht von der sozialen Frage zu trennen. Ungerechte Verhältnisse sind eine Kriegsursache. In diesem Sinn problematisieren die Autoren den Ansatz des Philosophen Jürgen Habermas, Demokratiedefizite durch grenzüberschreitende Kommunikation in einem vereinigten Europa abzubauen, und schreiben: „Angestrebte Diskurse brauchen soziale Zielsetzungen. Die Menschheit hat sich, bei Strafe ihres Untergangs, von einer Katastrophengemeinschaft, die sich mit den Folgen eingetretener Natur-, Kriegs- und sozialer Katastrophen befaßt, zur Verantwortungsgemeinschaft mit einer qualitativ neuen Demokratie zu entwickeln, die der Erhaltung der menschlichen Gattung und ihrer natürlichen Lebensbedingungen dient, sowie dem Frieden und dem Freiheitsgewinn des Einzelnen durch Erhaltung und Gestaltung einer höheren Lebensqualität verpflichtet ist.“ Die Habermasche Idee einer „Deliberation“, einer Beratschlagung durch breite Kreise der Bevölkerung, sei allerdings weiter zu verfolgen.

Ein zweiter Drehpunkt des Bandes ist die spezielle Verantwortung der Wissenschaft bei der Untersuchung heutiger regionaler Kriege und globaler Kriegsgefahren, „um humane Lösungen als Aktionsprogramme vorschlagen zu können.“ Warnungen werden zwar, so notieren die Verfasser, „von Herrschenden kaum zur Kenntnis genommen“, einen Grund zur Resignation sehen sie aber darin nicht. Im Gegenteil: Es liest sich wie die eigene Arbeitsmaxime, wenn sie schreiben: „Deshalb ist es

wichtig, daß die interdisziplinäre Front der Gesellschaftskritiker breiter wird und alle umfaßt, die auf die Gefahren durch diese militärischen Aktionen für die Menschheit aufmerksam machen, Wege zur Problemlösung zeigen und zum aktiven Handeln auffordern.“ Das sei nicht nur als Angelegenheit einzelner Persönlichkeiten zu betrachten, die Wissenschaft als Ganzes müsse in die Pflicht genommen werden. Denn „für die humane Lösung globaler Probleme“ sei es „wichtig, die Wahrheit über die Gefahren eines Atomkriegs, Folgen des Klimawandels, Probleme bei der sicheren Versorgung der Menschen mit Rohstoffen und Energie, Gesundheitsschutz bei Pandemien, Möglichkeiten der Geningenieurtechnik usw. zu erfahren.“ Wissenschaft sei vor allem Erkenntnissuche, doch auch zur Aufklärung verpflichtet. Die „Revolution der Denkzeuge“, die sich vollzieht, kennzeichnen sie als widersprüchlich, weil sie sowohl „Tendenzen der Demokratisierung des Wissens als auch der Manipulierung von Meinungen“ mit sich bringe. Die Flut von Informationen führe bei manchen dazu, „sich für voll informiert zu halten, auch wenn sie nur oberflächliches Wissen, ohne Ursachenanalyse und Zusammenhänge haben.“ Manche suchten nach esoterischen Erklärungen, es brauche daher eine neue Aufklärung, sonst drohe „Unmündigkeit“ – sozusagen aus einem Übermaß an Information heraus. Das führt zu der drastischen Formulierung: Die von Kant „in die Philosophie gestellte heilige Kuh der Trennung von theoretischer und praktischer Vernunft“, von Seins-Urteilen und Sollsätzen, von wissenschaftlicher Theorie und Moral, „ist zu schlachten.“

Es ist ein menschheitliches Problem, das hier aufgeworfen wird: Wie müssen Theorie und praktisches Handeln neu zusammengedacht werden, um eine humane Gesellschaft und Frieden zu ermöglichen? Oder historisch-materialistisch gewendet: „Welche Produktionsverhältnisse, also die Verfügbarkeit über die Produktionsmittel und auch die Informationsmittel, die Beziehungen der Menschen im körperlichen und geistigen Arbeitsprozeß und der Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, legen den gegenwärtigen Produktivkräften keine Fesseln an und bringen sie zur freien Entfaltung nach humanen Kriterien?“ Die Zukunft sei offen, betonen die beiden Philosophen, d. h. die Frage ist nicht beantwortet, dennoch scheint die Antwort auf der Hand zu liegen.

Das Buch ist eine großartige Anleitung und Aufforderung, zu erkennen und demgemäß zu handeln. Eben weil Frieden eine Aufgabe bleibt.

**Arnold Schözel**

*Helga E. Hörz & Herbert Hörz: Frieden – Geschenk oder Aufgabe? Erfahrungen, Analysen, Aktionen. Trafo Wissenschaftsverlag, Berlin 2020, 477 Seiten, 29,80 Euro*

# Blut, Schweiß und Tränen

## Ein Sommer als Elektroköhler

Auch in der DDR waren Studenten ständig auf der Suche nach einer Aufbesserung der Haushaltskasse. So schob man schon mal Schichten auf dem Güterbahnhof oder saß ein paar Nächte lang am Band des VEB Narva Kombinat Berliner Glühlampenwerk. Das zusätzliche Geld wurde dann für vieles Nützliche, aber auch viel Unnützes ausgegeben, für studentischen Luxus quasi. Brauchte man etwas mehr Geld, schließlich gründeten viele Paare zu meiner Zeit fleißig Familien schon während des Studiums, gab es die sehr sinnvolle Erfindung des Studentensommers. Die Betriebe glichen damit, zumindest teilweise, die Defizite aus, die das im Sommerurlaub weilende Stammpersonal verursachte. Auch für Studenten war es lukrativ, es gab zwar nur den Lohn für Ungelernte, jedoch ohne Abgaben. So war brutto auch netto.

Ich bewarb mich 1978 um Arbeit beim VEB Elektrokohle Lichtenberg (EKL) in Berlin. Von Kommilitonen hatte ich gehört, das EKL bezahle recht gut, also nichts wie hin, für vier Wochen sollte ich nun Elektroköhler sein.

Der erste Tag begann noch zu einer „zivilen“ Zeit, um acht Uhr sollte ich mich am Tor in der Herzbergstraße in Berlin-Lichtenberg einfinden, ich würde abgeholt, beschied man mir bei der Bewerbungsbestätigung. Ich hatte keine Vorstellung von der Arbeit in dem damals riesigen Betrieb mitten in Berlin. Es sollte der heißeste Sommer meines Lebens werden ... Früh um acht stand ich also mit einigen anderen Studenten vor dem Eingang des VEB Elektrokohle Berlin. Empfangen wurden wir von einem Abgesandten der FDJ-Betriebsleitung. Dazu hatte sich ein Mensch aus der Kaderabteilung gesellt. Der Rundgang durch den Betrieb begann hinter dem Tor mit einem Spalier von Schaukästen, in denen Fotos und Lesebeiträge hingen. Offensichtlich handelte es sich um die „Straße der Besten“, Einzelpersonen und Kollektive, die irgendetwas besonders gut gemacht hatten und nun als Vorbilder dienen sollten. So im Vorbeigehen huschten die Gesichter nur flüchtig an einem vorbei. Links befanden sich die Werkhallen, etwas weiter rechts die Verwaltungsgebäude.

Als wir die erste Werkhalle betraten, schlug uns eine gewaltige Hitzewelle entgegen. Obwohl es draußen sicher 24 oder 25 Grad warm war, kam es mir vor, als hätte sich die Temperatur in der Halle noch einmal verdoppelt. Natürlich war es sehr laut und auch staubig. Der Kohlenstaub sollte sich, obwohl man sich werksseitig alle Mühe gab, ihn zu binden, damit er nicht durch die Luft waberte, innerhalb kürzester Zeit an allen Stellen des Körpers festsetzen. Doch Staub und Lärm waren nicht das Schlimmste, es war diese Hitze. Die kam, hier im Bereich Kleinkohle, aus den in der Mitte der Halle befindlichen Öfen – großen Löchern, in denen man die Graphitstäbe, aus denen später „Schleifkohlen“ aller Größen und Formen werden sollten, brannete. Jetzt erst verstand ich den Begriff „Elektrokohle“. Nun plötzlich wurde mir klar, daß

diese Elektrokohlen die Schleifbürsten waren, wie sie in jedem Elektromotor und Generator benötigt werden als Gleitkontakte zum Rotor oder den Schleifringen. Gefertigt wurden sie aus Graphitpulver, das je nach Anwendung mit unterschiedlichen Metallpulvern gemischt wird. Das Pulvergemisch wird dann gepreßt und danach in einem Ofen gebrannt, um seine Festigkeit zu erhalten. Natürlich waren die Öfen isoliert, doch die Hitze, die sie abstrahlten, war enorm.

In einem anderen Bereich sahen wir, wie einige Beschäftigte mit dem anfallenden Graphitgruß, der nach dem Brennen der Kohlen entstanden war, kämpften.

Eine weitere neue Erkenntnis: Diese Kohlen gab es in fast allen Größen und Formen. Kleine, bleistiftdicke kannte ich aus meinem Fahrraddynamo, den ich als Jugendlicher auseinandergebaut hatte, oder aus den Küchengeräten, die mein Vater zu Hause auseinanderschraubte, um sie zu reparieren. Er konnte dabei auf eine Erfolgsquote von mehr als 80 Prozent blicken, nicht schlecht, wenn man bedenkt, daß heute fast nur noch weggeworfen wird. Während meiner Lehre hatte ich auch die riesigen Generatoren auf den russischen Loks gesehen, die immerhin eine Leistung von 3000 PS ermöglichten. Aber die Vielfalt von Elektrokohlen war wirklich immens, es wurden Kohlen von nur wenige Gramm wiegend bis zu einer Tonne im EKL gefertigt. Elektromotoren- und Generatorenbauer in der ganzen Republik waren darauf angewiesen.

Das erklärt sicher auch, warum die Arbeitsbedingungen noch denen am Beginn des 20. Jahrhunderts glichen. 1872 gegründet, stammten wesentliche Teile des Werkes aus dieser Zeit. Stilllegen und Erneuern konnte man sich offenbar nicht leisten, wollte man die Herstellung der damit gefertigten Produkte nicht gefährden. Importieren war auch problematisch, denn es hätte teure Devisen gekostet oder wäre gar nicht möglich gewesen, denn die Wirtschaft der DDR litt, wie die aller sozialistischen Länder, unter dem Boykott des Westens, eine Art Krieg im Kalten Krieg.

Nach unserem Rundgang war ich natürlich beeindruckt von den Arbeitsbedingungen und fragte den Kadermenschen, ob denn die Fluktuation von Arbeitskräften nicht groß wäre in einem solchen Betrieb, schließlich konnte keiner gezwungen werden, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Arbeitsplätze gab es genug, und wenn einem der Betrieb nicht paßte, suchte man sich einen anderen. Die Antwort fiel jedoch überraschend aus. Der Kollege meinte, wer nach 14 Tagen nicht gegangen ist, bliebe meist sehr lange. Fast 80 Prozent der Belegschaft wären seit vielen Jahren im Betrieb, was auch die Arbeitskollektive sehr stabil machte.

Was genau er damit meinte, sollte ich während der nächsten Wochen erfahren.

Wir empfingen unsere Arbeitsklamotten, die man nach einer Woche tauschen konnte, bekamen die Umkleide- und Duschräume gezeigt

und wurden den Abteilungen zugeteilt. Ich kam in die „Kleinkohle“.

Am nächsten Morgen schrillte mein Wecker um drei Viertel fünf. Für einen Studenten eine unchristliche Zeit. Um halb sechs stand ich vor meinem Spind im Betrieb und hievte mich in die Arbeitsklamotten. Pünktlich um sechs (besser fünf Minuten vorher) meldete ich mich beim Meister in der Kleinkohle. Der begleitete mich an die Stirnseite der Halle zu meinen neuen Kollegen. Nach einer zurückhaltenden Begrüßung erklärten sie mir, was ich zu tun hätte. Es war glutheiß, staubig und laut. Aber ich war neugierig und so hörte ich zu und sah mich um.

Die Kollegen brachten mich zu einer großen Schleifmaschine. Links neben der Maschine stand ein Rollwagen, auf der kleine Schleifkohlen lagen. Nun, klein war relativ, die Dinger hatten die Form einer Zigarrenschachtel, waren aber doppelt so groß, dafür etwas schmaler. An ihnen haftete jede Menge körniger Kohlengruß. Beim Brennen in den Öfen blieb der an den Kohlen hängen, mal mehr, mal weniger fest.

Meine Aufgabe sei es, erklärte mir einer der Stamarbeiter, den Kohlengruß von den Kohlen abzuschleifen und diese dann auf einem Wagen rechts der Maschine zu stapeln. Als ein Kollege es vormachte, sah es nicht schwer aus und ging ruckzuck. Kohle nehmen, längs über die Schleifscheibe schieben, Vierteldrehung, zurück, wieder Vierteldrehung usw. Danach noch die Stirn- und Rückseite und fertig.

Nun war ich an der Reihe. Die erste Überraschung war, daß das Kohlenstück schwer wog, um die 1,3 Kilogramm. Mit den Schutzhandschuhen, die man wegen der Schleifscheibe tragen mußte, war das Handling auch nicht einfach. Und es dauerte bei mir, so ein Stück an der Schleifscheibe hin und her zu schieben. Gott, was stellte ich mich ungeschickt an. „Nur Geduld“, riet mir mein Kollege, „und übe“.

Doch wenn ich rechts und links von mir sah, wie die „richtigen“ Arbeiter das schafften, packten mich eher Ungeduld und Verzweiflung. Nach einer Stunde war ich ziemlich fertig, nach zwei Stunden hatte ich die Handschuhe „durchgeschliffen“ und war mit der Haut über die Schleifscheibe geschrammt. Ein bißchen Blut, nichts, was ein Pflaster nicht richten konnte. Zwischendurch trank ich Unmengen des vom Betrieb zur Verfügung gestellten Hitzegetränks, eine Art Mineralwasser mit Salzgeschmack. Sollte die ausgeschwitzten Mineralstoffe wieder in den Körper spülen. Zu Schichtende um halb drei war ich körperlich völlig herunter und hatte einen Tag mit Blut, Schweiß und Tränen hinter mir, weil nichts hatte klappen wollen. Ab ins Wohnzimmer. Die Flasche Sanddornsaft, die es auch kostenlos gab, wurde im Verhältnis eins zu eins mit Wodka verdünnt, zusammen mit einem Kumpel geleert, und dann ging es im Hellen ins Bett, schließlich würde der Wecker wieder um 4.45 Uhr klingeln. Als ich mich am nächsten Morgen vor dem Umkleideschrank

des Betriebs in die noch klammen Klamotten quälte, war ich noch angeschlagen.

An die Maschine!

Kohle für Kohle schleifen, schleifen, schleifen. Ich kam nicht einmal dazu, über die Arbeit nachzudenken, und über die Leute, die sie tag-ein, tagaus verrichteten. In der Pause fragte ich immerhin meinen Kollegen, wie viele Kohlen ich eigentlich in einer Schicht schaffen müsse. Die Norm wäre 800 Stück, erklärte dieser, das wäre gut zu schaffen, wenn es einem ein-nigermaßen von der Hand ginge. Um optimal verdienen zu können, sollten 110, maximal 115 Prozent der Norm erreicht werden. Dann gäbe es Zuschläge. Jedoch niemals mehr als 120 Prozent. Das würde auf Dauer nur zu einer Normerhöhung führen und dann wäre es mit dem schönen Zusatzverdienst vorbei. O weh, ich hatte am ersten Tag um die 200 Kohlen geschafft, und es sah nicht so aus, als wenn es an den nächsten Tagen mehr würden, wenn ich auch noch auf meine Finger über der Schleifscheibe achten wollte.

Doch ich sollte mich irren. Mehr und mehr gewöhnte ich mich an die Bedingungen und meine Bewegungen wurden routinierter, obwohl ich selten über 500 bis 600 Kohlen pro Schicht hinauskam. Von Tag zu Tag lernte ich auch das gute Essensangebot der Betriebsküche zu schätzen und nahm zunehmend an den Pausengesprächen der Kollegen teil. Trotz Unterschieden im Alter, in der Konstitution und in den Interessen besaßen sie untereinander viele Ähnlichkeiten. Sie verrichteten alle täglich dieselbe Arbeit, die meisten bereits jahrelang. Es wechselte nur die Größe der zu schleifenden Kohlen, und alle paar Wochen erteilte der Meister Sonderaufträge. Das hieß meist in anderen Bereichen aushelfen.

Natürlich war ich neugierig, wie man die schwere Arbeit längerfristig leisten konnte. Das war zuallererst das Geld. Die Entlohnung im VEB Elektrokohle Lichtenberg für eine Tätigkeit ohne Vorqualifikation war sehr gut. Mit einer 110-prozentigen Normerfüllung und den Zulagen konnte man an die 1000 Mark im Monat verdienen, jedenfalls mehr als die Ingenieure, wie meine Kollegen mir grinsend berichteten. Und der Betrieb kümmerte sich um

seine Werkstätigen. Eine neue Wohnung wurde einem schneller als anderswo zugeteilt, die Sozialleistungen stimmten, und wenn man ein Anliegen hatte, ging man zur Gewerkschaft oder Partei und haute auf den Tisch, so daß Lösungen gefunden wurden. Aber die Arbeiter wußten auch, daß gute und schnelle Arbeitserfüllung die Voraussetzung dafür war. Das bedeutete, daß jeder, der in die Brigade hineinkam, ein paar Tage Zeit hatte, sich einzugewöhnen. Dann mußte Leistung erbracht werden.

Man hatte so seine Möglichkeiten, unwillige Kollegen zu disziplinieren, schließlich fiel schlechte Arbeit auf alle zurück! Es wäre aber in den letzten Jahren kaum nötig gewesen, wer kam, begriff schnell, wie der Hase lief. Als Student bräuchte ich mich nicht zu sorgen, von solchen wie uns könne man keine allzu schwere Arbeit verlangen, ich solle einfach machen – aber nicht faulenzen!

Auch gab es öfter Aufregung über die Leitung, das schloß vom Meister bis zum Betriebsdirektor alle Vorgesetzten ein, die es nicht immer schafften, alle Dinge so zu organisieren, daß die Arbeit reibungslos vonstattengehe. Ja, es war ihre Arbeit, ihr Betrieb.

Das war das Geheimnis der geringen Fluktuation. Die Arbeit war schwer, schmutzig, gleichförmig und auf den ersten Blick primitiv. Extreme Arbeitsbedingungen. Sie erforderte zudem Kraft, Ausdauer, Geschick und Durchhaltevermögen, man mußte ein ganzer „Kerl“ sein, um das hinzubekommen. Daran schied sich nach Auffassung der Kollegen die Spreu vom Weizen.

Und noch etwas lernte ich in den Wochen der Hitze bei meinen Kollegen im EKL.

An den ersten Feierabenden dachte ich, wie soll das funktionieren mit der Arbeiterklasse als führender Klasse, wenn es nur um Schufren, Essen und Saufen geht. Doch es gab ein Leben nach der Arbeit. Ich lernte, daß auch einfache Lebensentwürfe zum Glück führen können. Frau, Kinder, schöne Neubauwohnung, vielleicht eine Datsche, ein kaltes Bier und in den Ferien an die Ostsee. Das konnte Glück sein, jeder hat seinen eigenen kleinen Glücksanspruch. Natürlich waren nicht alle

so unkompliziert. Sie verstanden den Zusammenhang von eigener Arbeit und den Veränderungen um sie herum, die es ermöglichten, ihren Lebensentwurf selbstbestimmt zu verfolgen.

So habe ich in den vier Wochen nicht nur über 800 Mark verdient, sondern auch viel über mich und über Menschen in anderen Lebenswelten gelernt. Ein sehr gelungenes Praxissemester für einen Philosophiestudenten.

**Uli Jeschke**

**Zu den Büchern:**

*Republik der Werkstätigen. Alltag und Leben in den Betrieben der DDR. Verlag Bild und Heimat Berlin, 160 Seiten, Hardcover, ISBN: 9783959582544. Preis: 14,99 Euro*



*Wie der Osten zur Schule ging. Ein Streifzug durch den Schulalltag der DDR. Verlag Bild und Heimat Berlin, 176 Seiten, Hardcover, ISBN: 9783959582339. Preis: 14,99 Euro*



*Wie der Osten Urlaub machte. Die schönsten Ferienorte der DDR. Verlag Bild und Heimat Berlin, 176 Seiten, Hardcover, ISBN: 9783959582131. Preis: 14,99 Euro*



**Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Dezember!**

**Zum 93. Geburtstag**

Jasper Oelze (Berlin) am 31. Dezember

**Zum 92. Geburtstag**

Werner Herzig (Altenbrak) am 16. Dezember  
Hellmut Michel (Dohna) am 24. Dezember

**Zum 91. Geburtstag**

Maria Benditz (Eberswalde) am 2. Dezember  
Dr. Günther Stolzenburg (Waren) am 6. Dezember  
Rosemarie Buhr (Berlin) am 12. Dezember

**Zum 90. Geburtstag**

Rudolf Höll (Berlin) am 19. Dezember

Christa Behn (Ueckermünde)

am 20. Dezember

Walter Malzkorn (Lohma) am 27. Dezember

**Zum 85. Geburtstag**

Wolfgang Naundorf (Chemnitz)

am 2. Dezember

Dr. Günther Müller (Unterwellenborn)

am 11. Dezember

Siegfried Voigt (Berlin) am 13. Dezember

**Zum 80. Geburtstag**

Dr. Elli-Marie Simon (Neustrelitz)

am 11. Dezember

**Zum 75. Geburtstag**

Lothar Nätebusch (Königs Wusterhausen) am 26. Dezember

**Zum 70. Geburtstag**

Michael Räthel (Nersingen) am 6. Dezember

Hans-Otto Grude (Halle) am 10. Dezember

Vivian Metzger (Berlin) am 11. Dezember

Jürgen Czekalla (Cottbus) am 21. Dezember

Bernhard Schwarz (Berlin) am 22. Dezember

**Zum 65. Geburtstag**

Ralf Fröhlich (Frankfurt/Main)

am 10. Dezember

Lutz Fischer (Wardow, OT Teschow)

am 13. Dezember

**Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.**

# Notbremsen ziehen

Die Theologen Constanze und Dieter Kraft haben einen Sammelband mit eigenen Texten veröffentlicht

Es gibt Wiederlesebücher. Das sind jene, die sich tief ins Gedächtnis eingraben und von denen gewiß ist, daß der ersten Lektüre weitere folgen werden. Zu diesen gehört der Band „Einsichten und Widersprüche. Texte aus drei überwältigten Jahrzehnten“ des Berliner Theologenehepaars Constanze und Dieter Kraft. Der Philosoph Thomas Metscher schreibt mit Recht im Vorwort, dies sei eines jener Bücher, „deren Lektüre und Besitz eine nie versiegende Quelle der Freude und Hoffnung sind“.

Die Gegenstände der 17 ausgewählten Vorträge, Vorlesungen und Essays aus den vergangenen 30 Jahren sind sehr unterschiedlicher Art und für unterschiedliche Zuhörer. Gemeinsam sei ihnen, schreiben die Autoren einleitend, „die Erfahrung einer Niederlage“, weil die Protagonisten „eines gesellschaftlichen Systems, das den Begriff von Sozialität neu zu definieren und auch zu realisieren begonnen hatte“, 1989 „überwältigt“ worden seien. Alles, was dazu gesagt werden muß, findet sich in Dieter Krafts Kolloquiumsbeitrag zum 50. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns 1994: „Über den Umgang mit deutschen Kommunisten“.

Die Überwältigung, schreiben Constanze und Dieter Kraft, habe sich fortgeschrieben, „und heute will sie grenzenlos werden, also global und unumkehrbar“. Es geht in ihrem Buch um diesen „evolutionären Rückfall“, aber auch um Hegel, Marx, Engels und Peter Hacks, um Jan Hus, Stalin, die Bibel, um Utopie, Mythos und Ideologie. Das klingt nach Allerlei, ist es aber nicht, weil diese Worte – musikalisch genommen – gewissermaßen nur die Oberstimmen der Komposition darstellen. Ein starker, geradezu unerschütterlicher Generalbaß spielt dabei den Verhältnissen im Sinne von Marx ihre Melodie vor. Dieser basso continuo ist bestimmt durch den Blick auf die europäische Geschichte des Kampfes der Ideen, auf die hellenisch-römische und biblische Tradition, auf Humanismus, Frieden, Sozialismus und auf den Kampf gegen alles, was dem entgegensteht: Staatskirche, Faschismus, Kapitalismus, Imperialismus und Krieg. Hier schreiben zwei Unbeugsame und Unbestechliche, die einen langen Atem haben, wobei, so Thomas Metscher, „die gedankliche Einheit frappt“.

Nicht zufällig steht am Beginn der Text einer Vorlesung, die Dieter Kraft im Frühjahr 1989 vor Psychologiestudenten an der Berliner Humboldt-Universität, wo er damals als Dozent an der Theologischen Fakultät lehrte, hielt: „Erwägungen zur Perspektive menschheitlichen Überlebens“. Kraft schlägt hier viele Motive an, die in späteren Texten bestimmend werden. Er greift die Fragen Immanuel Kants „Was kann ich wissen?“, „Was soll ich tun?“ und „Was darf ich hoffen?“ auf und antwortet: Wenn unser Wissen versage, stehe die Gattung Mensch zur Disposition, und nicht nur sie, dann sei „nicht nur tabula rasa“, sondern „terra rasa angesagt“. Getan werde müsse alles,

„damit das Ich zum Wir wird“, „das alte Wort vom Sozialismus“ erhalte neue Dringlichkeit. Wenn diese Kommunität nicht gelinge, „verlieren wir die Gattung ‚Mensch‘, und ihr Begriff wird niemals wirklich definiert.“ Hoffnung? Es gebe relativ wenig, denn sie gründe auf Erfahrung, die wir durch Jahrtausende hindurch gesammelt haben: „Geschichten vom Wolf – und von der Wölfin, die ihre Jungen liebt, die ihre Jungen lieben. Homo homini lupus. Da steckt auch Hoffnung.“ Es sind Wendungen solcher Art, die – in Anlehnung an ein Wort Hegels – das für bekannt Gehaltene zum Erkannten machen.

Das gilt für jeden Text, für drei, findet der Rezensent, aber auf besondere Weise: Constanze Krafts Vortrag auf der Tagung der Peter-Hacks-Gesellschaft 2016 über „Biblische Maßgaben für Frauenfiguren im Werk von Peter Hacks“, Dieter Krafts Vorlesung „Über den Begriff der Utopie“ von 1992 und seine 2013er Vorlesung über „Hegels dialektische Philosophie der gesunden Menschenvernunft“. Constanze Kraft zeigt nicht nur einen zumeist unbekannteren, nämlich biblischen Hintergrund und solch Hacksscher Frauenfiguren wie „Eirene“, „Omphale“, „Pandora“, „Semiramis“ oder der „Sonne“, sondern macht auch, wie Thomas Metscher hervorhebt, „das Prinzip Liebe“ zum Grundkonzept ihrer Interpretation. Sie stützt sich auf das neutestamentliche Verständnis, in dem Liebe und Solidarität einander ergänzen, als „hoher Mut“, zu versuchen, „in einer unsolidarischen Welt solidarisch zu leben“. Hacks, zeigt sie, habe um die Mühe etwa in der DDR gewußt, „Menschen für die Arbeit um den Frieden zu gewinnen“, und selbst dort, wo er wie in „Jona“ den Niedergang seines Staates reflektiere, immer das Weltganze im Auge gehabt: Es mangelt am Welt-Klassenfrieden, das führt zum Niedergang – bei aller Bosheit, Lüge und Unfähigkeit für die Staatskunst bei dieser oder jener Person. Die Jona-Tragödie, so Constanze Kraft, „ist ein Menschheits-Stück, eine Menschheits-Tragödie“, auch wenn die Figur der Semiramis „niemand anderen als den wankelmütigen Erich Honecker“ meint. Diese Weltperspektive bestimmt auch den Utopie-Text Dieter Krafts. Er stellt heraus, was er bei Thomas Morus und seinen möglicherweise beiden einzigen Nachfolgern, Tommaso Campanella und dem Theologen Johann Valentin Andreae, findet: U-topia ist ihnen die Notwendigkeit zur radikalen Umkehr vor dem gesellschaftlichen Abgrund, kein Traum von einer besseren Welt, von einer machbaren Welt wie z. B. bei Francis Bacon und anderen Verfassern von „Staatsromanen“. Kraft schreibt, des Morus These besage: „Revolutionen sind nicht die Lokomotiven der Geschichte, sondern ihre Notbremse.“ Diese Dramatik sei Marx und Engels nicht mehr in den Blick gekommen, aber heute wieder da. Die Zahl jener Länder, in denen Zukunft zu einem Fremdwort geworden sei, wachse. Für große Teile

der Erde sei die apokalyptische Katastrophe nicht eine drohende Gefahr, sondern längst Realität. Realität sei auch, daß das Kapital sich auf dieses Sterben einzustellen beginnt, „indem es nationale Wagenburgen baut, die verhindern sollen, daß dieses Elend dort Einzug hält, wo es ursprünglich herkommt.“ Der kapitalistische Profitmechanismus sei der Totengräber der Menschheit. Nur wenn dessen Wolfsgesetz gebrochen werde, habe die Menschheit eine Chance auf Zukunft: „Wenn hier nicht Umkehr, radikale Abkehr einsetzt, bleibt die Selbstvernichtung programmiert.“ Weil die Welt am Abgrund stehe, erhalte der Utopie-Begriff des Thomas Morus „ein ganz neues und eigenes Gewicht, einen praktischen Wert und eine theoretische Berechtigung.“

So wie hier die Utopie eine umwälzende, weil an der Weltlage orientierte Interpretation erhält, stellt Kraft auch in seiner Hegel-Vorlesung einen kühnen Ansatz vor. Er weigert sich, den Philosophen unter „objektiver Idealismus“ einzuordnen, und nennt ihn einen „Idealisten der objektiven Realität“. Dessen Idealismus-Verständnis sei „zutiefst realistisch“ und der herkömmlichen Antithetik von „Materialismus und Idealismus“ völlig enthoben. Auch ein bekennender Materialist werde „die Idee des Absoluten notwendigerweise als eine im Hegelschen Sinne ‚idealistische‘ Kategorie verwenden“. (Wobei, sei hier angemerkt, ein Materialist und die Idee eines Absoluten nicht recht zusammenpassen.) Umfassender als Hegel lasse sich das Denken gar nicht in den Gesamtzusammenhang von Natur und Geschichte stellen. Das sei das gerade Gegenteil dessen, was Engels bei Hegel meinte ausmachen zu können, daß er nämlich die „Denkgesetze der Natur und Geschichte aufoktroiert“. Von einem Primat des Bewußtseins könne bei Hegel nicht die Rede sein, wohl aber davon, daß der subjektive Begriff einen objektiven Gehalt bekommt, „daß die Kategorien des Denkens identisch werden mit den Parametern des Seins“. Dem hätte auch Marx zustimmen dürfen, von dem das schöne Wort „Gedankentotalität“ bezogen auf den „Gesamtzusammenhang“ stamme, analog auch Lenin. Hegels System wohne eine Dynamik inne, „die die Hoffnung auf Veränderung selbst unserer Zeiten reichlich nähren kann.“ Manchmal brauche der Weltgeist eben sehr lange, bis er in eine neue Epoche eintrete.

Dieses Buch vermittelt jene Perspektive und jene menschliche Haltung, die vielleicht dem Weltgeist auf die Sprünge helfen kann. Es ist in großer Traktat über die Notwendigkeit grundlegender Veränderung.

**Arnold Schölzel**

*Constanze und Dieter Kraft: Einsichten und Widersprüche. Texte aus drei überwältigten Jahrzehnten. Mit einem Vorwort von Thomas Metscher. Mangroven Verlag, Kassel 2020, 368 Seiten, 25 Euro*





Pathetische Worte des Bundespräsidenten umrahmten die diesjährigen „Einheitsfeiern“. Meinungen von Bürgern zu ihren „Einheitsgefühlen“ konnten über die Sender gehen und hautnah Grusel empfinden lassen. An Schicksalen im „Stasiknast“ durften wir ebenso teilhaben wie an zahllosen Verboten, Ausgrenzungen, Verfolgungen von Menschen in der DDR, die sich nicht staatsnah genug verhalten haben. Und immer war Einheit der Inbegriff für Freiheit, Demokratie und Recht, die nun endlich errungen worden sei. Was alle Befragten, Berichtenden, Erzählenden dann konkret unter Freiheit, Demokratie und Recht beschreiben konnten, ist auf einen ganz kleinen Nenner zu bringen: Freude über eine große bunte Warenwelt im Überfluß, über die Freiheit, reisen zu können an jeden Ort der Welt, über die Möglichkeit, unabhängig und demokratisch wählen zu können sowie darüber, nun sagen zu dürfen, was man wolle, ohne in den „Stasiknast“ zu kommen.

Seit 30 Jahren nun wählt das Volk auch ohne Diktatur, was die meisten nicht wollten oder erwartet haben. Jeder darf sagen was er will, keine Blödheit ist verboten, solange das System nicht kritisch hinterfragt wird oder mit den Chefs Ärger drohen könnte. Also eine Meinungsfreiheit, die so ganz frei nicht ist, wie jeder schnell erfahren kann. Und D-Mark und Euro haben nur so viel Freiheit und Demokratie, wie wir dafür kaufen können. Wenige haben sehr viel und viele eher wenig.

Alle Freiheit, Demokratie und Recht aber sind wertlos und bedrohen mich sozial, wenn ein Recht auf Arbeit mich nicht schützt, Wohnen, Krankheit, Pflege, Bildung, Kultur, Sport, öffentlicher Verkehr, Energie keine Frage meiner und jedes einzelnen Freiheit ist, sondern nur die Freiheit derer, die darüber verfügen, besitzen, entscheiden und profitieren.

Die Freiheit in einer der wichtigsten Fragen – der Frage von Krieg und Frieden, Rüstung, militärischer „Befreiungsmmissionen“ und wer unser Feind sei – mitbestimmen zu können, ist für das Volk nicht vorgesehen.

**Roland Winkler, Aue**

Corona-Statistiken, der Wettbewerb der Landesfürsten, möglichst der Beste im „Kampf gegen Corona“ sein zu wollen, locken immer weniger Zeitungsleser, Fernseh-Kicker oder Internet-Server hinter dem sprichwörtlichen „Ofen“ hervor. Da muß wieder „action“ in die Medien. Der 30. Jahrestag der DDR-Annexion durch die BRD war ein willkommener Anlaß.

Wie nicht anders zu erwarten, füllten sich die Berichte in Zeitungen, Funk und Fernsehen seit Wochen mit Geschichtsfledderei und verleumderischem Geschrei über die DDR und natürlich mit „Einheitsjubiläum“.

Dabei gäbe es genügend nationale und internationale Themen, um die Bürger aus der politischen Lethargie zu rütteln. Aufrüstung, Waffenexport und Bundeswehr-Beteiligung an regionalen Kriegen in Asien und Afrika; die nach wie vor existierende US-Besatzung in Deutschland, der Klima-Streit, die ausufernde Russophobie, die EU-Sanktionspolitik und nicht zuletzt Trumps Kriegspolitik wären Themen für verantwortungsvollen Journalismus.

Doch das steht nicht auf dessen Agenda. Für die kapitaltreuen Sprachrohre gibt es nur eins: Alles, was sich gegen linkes Denken und Handeln medial verwerten läßt, wird besonders laut hinausposaunt.

Sogenannte Bürgerrechtler in der DDR, selbst aktive Mitgestalter an den konterrevolutionären Vorgängen 1989/90, melden sich jetzt, nach 30 Jahren, schlaftrunken zu Wort und jammern: „Wir fürchten um die Demokratie“. Wieso jetzt erst? Haben sie 30 Jahre nicht bemerkt, daß es eine „Demokratie“ als „Herrschaft des Volkes“ seit dem 3. Oktober 1990 im sogenannten Beitrittsgebiet Ost nie gegeben hat? Schon die Übernahme selbst erfolgte ohne Befragung und Zustimmung des gesamten DDR-Volkes. Freilich erscholl regelmäßig montags aus Leipzig der Ruf „Wir sind das Volk!“ Doch es waren im wesentlichen Leipziger und extra aus dem Westen zum „Mitschreien“ Angereiste. Das übrige Siebzehnmillionenvolk blieb zu Hause, auf Arbeit, in den Bildungseinrichtungen, im Urlaub oder zur Kur. Es fühlte sich dort wohler und sicherer, wenn auch nicht immer mit allem zufrieden.

Mit dem Versprechen „auf blühende Landschaften“ regelrecht „ver(Kohl)t“, wandelte sich der Slogan in „Wir sind ein Volk!“. Vor dem DDR-Volk zunächst geheim gehalten, wurde sodann die „DDR-Beitrittserklärung“ als sogenannter Einheitsvertrag durch die „Nicht-mehr-Volkskammer“ und den Bundestag abgesegnet und schließlich dem Westkapital zum Räubern im Osten übergeben.

Keiner der jetzt besorgten ehemaligen „Bürgerrechtler“ hat damals sein Veto gegen dieses undemokratische Polit-Produkt erhoben. Aber nicht nur bei ihnen dämmert es, daß die vergangenen 30 Jahre für Millionen DDR-Bürger eine Verlustbilanz darstellen. Mehr und mehr frühere DDR-Bürger erinnern sich an ihr sozial gesichertes Leben vor 1990 und ihren sozialen Niedergang nach dem 3. Oktober 1990.

**Manfred Wild, Berlin**

Der Gesetzentwurf zur Diätenerhöhung um 4,9 Prozent spielt angesichts massiver Einkommensverluste durch Kurzarbeit, realer und bevorstehender Insolvenzen sowie allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheiten der wachsenden Staatsverdrossenheit direkt in die Hände. Nicht zu übersehen sind die Bildung immer abstruserer Vereine, Bewegungen inklusive ihrer Verlautbarungen sowie radikaler Parteien und die sinkende Wahlbeteiligung.

Die Appelle an das Zusammenhalten in der gegenwärtigen Krisensituation werden zur Makulatur und konterkarieren die politische

Glaubwürdigkeit gewählter Amtsträger. Für die allermeisten dürften sich die Diätensummen in schwindelerregender Höhe bewegen.

**Richard Jawurek, Markkleeberg**

Die DDR war mein Staat, dem ich meine Bildung zu verdanken habe. Es war nicht alles richtig, was gemacht wurde. So die Subventionierung der Lebensmittel, die sehr skurrile Ausmaße annahm. Da wurden z.B. privat gehaltene Schweine mit Brot gefüttert, weil es billig war. Oder die Hühnerhalter schafften die Eier in die Aufkaufstelle, weil es dafür Futtermittel-Bezugs-scheine gab und der Aufkaufpreis höher war als der Verkaufspreis. So kam es dann dazu, daß Eier erst teuer verkauft und dann teilweise wieder billig zurückgekauft wurden. Aber das alles ist Geschichte.

Heute in Zeiten der Corona-Pandemie und der Afrikanischen Schweinepest gehen meine Gedanken immer wieder zum Leben in der DDR zurück: Corona Pandemie und keine Schutz-ausrüstung für Krankenhäuser und Ärzte! Undenkbar in DDR-Zeiten, da gab es Staatsreserven, diese wurde allerdings nach der „Wende“ abgeschafft, weil die „Bunte Republik Deutschland“ so etwas offenbar nicht benötigte.

Afrikanische Schweinepest: Seit Monaten hat man bemerkt, daß diese Fälle aus Polen immer näher an die Grenze rückten. Den weisen Politikern hierzulande war wahrscheinlich unbekannt, daß Wildschweine schwimmen können und so haben sie die ehemalige Oder-Neiße-Friedensgrenze als unüberwindbares Hindernis betrachtet. Dann, oh Schreck, eine tote infizierte Wildsau! Just wurde erst einmal eine Experten-Kommission gebildet, damit man sicher war, auch die richtigen Maßnahmen treffen zu können. Ein elektrischer Weidezaun muß her, lautete die Erkenntnis. Man hat ihn errichtet und war nicht in der Lage, ihn vollständig unter Strom zu setzen. Auch ein unter Strom stehender Weidezaun wird von einer Wildsau oder einer Rotte glatt umgerannt, aber das konnte man ja nicht wissen, denn das ist Neuland für bundesdeutsche Politiker. Zu DDR-Zeiten gab es Notfallpläne, die allerdings nach 1989/90 vernichtet wurden. Sie sahen vor, innerhalb von Stunden einen Sperrbezirk einzurichten und alle Zufahrten von Schweineställen mit Seuchenmatten auszurüsten und noch viele andere Details, welche die Veterinäre kannten und nach denen sie gearbeitet haben.

Oder ich denke daran, daß wir im „Unrechtsstaat“ DDR in der Volkskammer außer den Parteien auch Vertreter der Gewerkschaft, des Sports, der nationalen Minderheiten (Sorben und Wenden), der Massenorganisationen und der Jugendorganisation hatten. Im Bundestag sitzen nur Vertreter der Parteien und die beschließen immer wieder aufs Neue, daß das schon seine Richtigkeit hat und durch und durch demokratisch ist.

**Roland Winkler, Müncheberg**

Auch mit dem Sinken der Umfragewerte für das in Aussicht gestellte rot-rot-grüne Dreiergespann verstärken sich die Träumereien für ein sogenanntes Linksbündnis auf Bundesebene. Jetzt muß ein Experiment mit einem ungewissen Ausgang für die Linke herhalten, außer daß sie als Mehrheitsbeschaffer gebraucht wird. Da es

keine grundlegenden politischen Schnittmengen zwischen den Parteiprogrammen der Beteiligten gibt, wird über eine Kooperationsregierung mit wechselnden Mehrheiten sinniert. In den Parteien, deren Vertreter in abgeschotteter Atmosphäre darüber fabulieren, bestehen z.B. konträre Vorstellungen zum Umgang mit den Hartz-Gesetzen, der EU- und nationalen Außenpolitik in den Beziehungen zu Rußland, China, Kuba, Venezuela und Palästina und ganz besonders in der militärischen Mitwirkung bzw. Beteiligung der BRD in Europa und in der Welt. Wo will denn die Linke erfolgreich mitwirken, wenn künftig in diesen Fragen sogenannte Mehrheiten in einer „Fantasierregierung“ und im Deutschen Bundestag gesucht werden. Dann wird die Linke mit ihren gegenwärtig 7 % am Katzentisch sitzen und das Parteiprogramm wird zur Makulatur. So bleibt Deutschland mit Hilfe der SPD, den Grünen sowie den konservativen Mehrheiten in der NATO und wird die geforderten 2 % für den vermeintlichen „Verteidigungshaushalt“ leisten.

Sollte diese Partei ihre grundsätzlichen und sie auszeichnenden sozialen, solidarischen und friedenspolitischen Forderungen für die Chimäre einer Machtbeteiligung aufgeben, dann werden sich unsere Wege trennen.

**Raimon Brete, Chemnitz**

*Zu Anton Latzo: Die BRD – Ihre Stellung in Europa und ihr Verhältnis zu Rußland, RF-Beilage November 2020, S. 6 ff.*

Im Beitrag von Prof. Latzo wird deutlich, wie stark sich die Außenpolitik der BRD dem Konfrontationskurs der USA angleicht und in einigen Fragen diesen noch übertrifft. Offensichtlich ist, daß Kräfte in Regierungskreisen, die bisher für Vernunft und Ausgleich gewirkt haben, an Einfluß verlieren.

Die Wut auf Präsident Wladimir Putin resultiert nicht zuletzt aus der Tatsache, daß Pläne, einen Fuß in Rußlands Tür setzen zu können, gescheitert sind. Was die USA betrifft, gerät mit dem neuen alten Präsidenten werden die Pläne gegen China als Feind Nr. 1 noch weiter als bisher gesteckt. Völkerrecht und Menschenrechte sind den Phrasen von Freiheit und Demokratie gewichen, selbst Neutralität von Staaten wird nicht geduldet. Ihre Regierungen werden, koste es was es wolle, durch Lakaien ersetzt.

Die deutsche Bourgeoisie hat sich offensichtlich entschieden, das Geschäft Rußland bis nach dem Sieg über China aufzuschieben und bis dahin vorbehaltlos USA-Interessen den Vorrang zu geben. Vielleicht ist das ein Grund, weshalb „Nord Stream 2“ so kurz vor dem Ziel endet, aber für eine veränderte Konstellation schnellstens zur Verfügung steht. Schaut man sich die Kandidaten der CDU für die künftige Führung an, ist die Richtung klar, egal welcher der drei gewinnt. **Arno Gentzmann, Berlin**

EU, NATO und BRD – natürlich allen voran die USA – tun seit Jahren nahezu alles, um Rußland in ein schlechtes Licht zu rücken.

Nun führen sie ein angeblich von Putin beauftragtes Attentat auf den russischen Regierungskritiker Navalny ins Feld. Was veranlaßt die Ankläger ohne Beweise – man hat ja den Russen weder Proben übergeben noch läßt man sie vor Ort in Deutschland die Angelegenheit auf-

klären – derart harsche Vorwürfe zu erheben? Ganz offensichtlich ist, daß Rußland sowohl im eigenen Land, als auch in der ganzen Welt in Mißkredit gebracht werden soll. Dem gleichen Ziel diene das Vorgehen im Falle Skripal ohne nachprüfbare Beweise, im Falle Nemtschow, bei der MH 17 und anderen.

Sofort erschallt der Ruf nach weiteren Sanktionen, z.B. Beendigung des Baues von Nordstream 2. Die Begründung, daß die BRD durch diese Leitung abhängig und erpreßbar durch Rußland sein würde, ist an den Haaren herbeigezogen. Von Rußland bezieht Deutschland ca. 30 % der Energieimporte. Von den Saudis wohl mindestens ebenso viel. Hat jemand Sanktionen gegen diese gefordert, als sie einen Journalisten, ihren Landsmann Khashoggi, in ihrer Botschaft in der Türkei ermorden ließen? Hat jemand Sanktionen gegen die USA gefordert, als sie mit Lügen, auch vor der UNO, ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak begannen, der mehr als 700 Tausend Menschen den Tod brachte? Oder werden die USA zur Verantwortung gezogen für zehntausende Tote in Afghanistan oder hunderte unschuldige Zivilisten, die durch Drohnenmorde starben oder für die Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani oder für die jahrelange, völkerrechtswidrige Quälerei der Guantanamo-Gefangenen? Es gäbe noch viele von den USA begangene Verbrechen aufzuzählen.

Man sollte also nicht mit zweierlei Maß messen und zunächst das Ergebnis objektiver Untersuchungen des Falls Navalny abwarten.

**Wolfgang Reinhardt, Nordhausen**

*Zu „Hände weg von Belarus!“, RF 273, S. 3“*

Dem friedenspolitischen Apell „Hände weg von Belarus“ möchte ich meine volle Zustimmung geben. In letzter Zeit zeigt sich mehr denn je, daß der Kampf zur Erhaltung des Friedens immer dringlicher wird, weil die Kriegsgefahr in aller Welt unaufhörlich zunimmt.

Ich bin der Meinung, daß der Friedenskampf der Völker in den einzelnen Ländern durch internationale Solidarität unterstützt werden kann, aber ohne jegliche Einmischung und Bevormundung, was zu tun und zu lassen ist. Gerade die Situation in Belarus macht deutlich, daß nach dem Zerfall der Sowjetunion diese Gebiete nach Eigenständigkeit suchen. Natürlich gibt es dabei auch Rückschläge. In- und ausländische Kräfte warten nur darauf, das Land unter Lukaschenko in die Knie zu zwingen. Bleibt zu wünschen, daß sich die Lage friedlich normalisiert und NATO, EU samt BRD endlich jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Landes einstellen.

**Siegfried Tietz, Altenberg/Sachsen**

Griechenlands neofaschistische Partei „Chrysis Avgi“ („Goldene Morgenröte“) ist eine kriminelle Organisation! So entschied am 7. Oktober 2020 nach fünfjähriger Prozeßdauer das zuständige Athener Gericht. Sieben Mitglieder der Parteispitze wurden wegen der Leitung einer kriminellen Organisation für schuldig befunden. Ihnen drohen Haftstrafen zwischen fünf und fünfzehn Jahren. Den CA-Anhänger Jorgos droht sogar ein lebenslanger Freiheitsentzug. Er hatte den Mord an Pavles Fysss gestanden, einen Musiker aus der linken Szene. Weitere 15 Anhänger der faschistischen Partei wurden der

Mittäterschaft für schuldig befunden, die an den brutalen Überfällen auf aus Ägypten stammende Fischer sowie Mitglieder der kommunistischen Gewerkschaft PAME teilnahmen. Die Opfer waren mit Schlagstöcken und Eisenstangen brutal zusammengeschlagen worden. Prozeßbeobachter sprechen von „Sturmkommandos“. Von den insgesamt 68 Angeklagten waren nur elf anwesend. Vor dem Gebäudekomplex hatten sich etwa 15 000 Demonstranten eingefunden, die unter dem Motto „Sie sind nicht unschuldig“ demonstrierten. Die „Goldene Morgenröte“ war zwischen 2012 und 2019 im griechischen Parlament vertreten. Zum Teil war sie drittstärkste Partei. Sie ist auch im Europaparlament eingezogen.

Nun, und was hat dies mit Deutschland zu tun? Die AfD wie auch die NPD pfleg(t)en nach erwiesener Maßen Kontakte zur „Goldenen Morgenröte“. Der Spitzenkandidat der AfD in Brandenburg Andreas Kolbitz hat z.B. schon im Jahr 2007 zusammen mit NPD-Mitgliedern an einem rassistischen Aufmarsch in Athen teilgenommen.

Es ist Zeit, auch in Deutschland das Verbot aller faschistischen Organisationen zu fordern!

**Uwe Moldenhauer, Altena**

In der RF-Ausgabe 273 bin ich über die fast durchgehende Bezeichnung „Belarus“ für „Weißrußland“ gestolpert. Diesen Namensschwenk haben auch die bürgerlichen Medien fast geschlossen seit den Vorwürfen einer Wahlfälschung gemacht. Klingt „Weißrußland“ etwa zu russisch und zeigt die historische Nähe zu diesem Land zu offensichtlich? Wenn Ihr die eigene Landesbezeichnung „Belarus“ zur Begründung heranzieht, müßt Ihr das konsequenterweise bei allen Ländern so machen.

**Heiko Haase, E-Mail**

Der 75. Gründungstag der UNO liegt noch nicht allzu weit zurück. Als sie entstand, sah ich als junger Mensch in ihr die Verwirklichung des Schwurs von Buchenwald: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!

Heute muß ich feststellen, daß diese weltweite Organisation zu einem fast machtlosen Zusammenschluß der Völker geworden ist. So ist das sogenannte Vetorecht der ständigen Mitglieder nicht nur Segen, sondern auch Fluch, wenn es von Kräften genutzt wird, die jede wirksame Aktion im Interesse der Völker zunichte machen. Es gibt den USA und den NATO-Staaten die Möglichkeit, grundlegende Beschlüsse der UNO auszuhebeln, wie es mit dem Beschluß über das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat geschah. Und es ist, um noch eine Ungeheuerlichkeit anzuführen, ein Mißbrauch der UNO, wenn Trump das Forum dazu benutzt, China vorzuwerfen, die weltweite Corona-Krise verursacht zu haben, was nur als Provokation verstanden werden kann.

Deutschland spielt in der UNO eine dominierende Rolle, wird dieser aber angesichts des würdelosen Gezerres mehrerer EU-Staaten um die Aufnahme hilfloser Flüchtlinge nicht gerecht.

**Eberhard Kunz, Berlin**

*Zu Zbigniew Wiktor: Wolfszähne des Kapitalismus“, RF 273, S. 16,17*

Der Autor stellt fest, daß das öffentliche Leben in Polen von Antikommunismus und

Antisowjetismus gekennzeichnet ist und die politische Verfolgung von Antifaschisten zur Tagesordnung gehört.

Im Juni dieses Jahres besuchte ich die Stadt Wroclaw. Dort werden die Ruhestätten der im Kampf um die Befreiung der Stadt gefallenen Soldaten und Offiziere der 6. Armee der Ersten Ukrainischen Front durch Verunreinigungen und Verfall der Grabstätten geschändet, offensichtlich mit Duldung des katholischen Klerus der Stadt. Im Gegensatz zum gepflegten Zustand der Kriegsgräberstätten für die Gefallenen der Polnischen Volksarmee und die der Deutschen Wehrmacht befinden sich die letzten Ruhestätten der sowjetischen Soldaten im Süden Wroslaws in einem desaströsen baulichen und pflegerischen Zustand. Will man so den Grund für eine nahe Plattmachung liefern? Meine an den polnischen Stadtpräsidenten von Wroclaw gerichtete Petition wie auch meine Unterstüßungsbitte an den deutschen Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sind unbeantwortet geblieben.

**Armin Lufer, Oranienburg**

*Zu Hans-Jürgen Joseph: Hetze der Ewiggestrigen, RF 274, Seite 18*

Dem Beitrag von Hans-Jürgen Joseph kann ich nur nachhaltig zustimmen. Dem völlig absurden Vergleich der Nazidiktatur mit der DDR muß konsequent entgegengetreten werden. Antifaschismus war eine der tragenden Säulen des jungen deutschen und friedliebenden Arbeiter-und-Bauern-Staates. Von Anfang an stand dabei nicht nur die Verfolgung von Nazi-Gewaltverbrechern im Blick, sondern es wurde auch dafür Sorge getragen, daß belastete Täter nicht in wichtige Funktionen von Staat und Gesellschaft gelangen konnten. In der Bundesrepublik wurden viele alte Faschisten wieder in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft integriert und konnten auf diese Weise auch Einfluß nehmen. Es ist heute unbestritten, daß das in der DDR herausgegebene Braunbuch nur sehr wenige Fehler enthielt und maßgeblich zur Enttarnung von Tätern beitrug. Deshalb war es nach seinem Erscheinen auf der Frankfurter Buchmesse auch nicht willkommen und wurde mit polizeilicher Hilfe aus den Regalen genommen.

Auch die Zahlen verurteilter Nazi-Gewaltverbrecher sprechen für sich. In der territorial weitaus größeren BRD wurden nur halb so viel Täter verurteilt wie in der DDR. Heute wird in der Geschichtswissenschaft auch nicht mehr bestritten, daß die Bundesrepublik bei der Verfolgung von Naziverbrechern kläglich versagt hat, indem sich die Justiz verhielt „wie der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß“. Dieses Bild läßt sich auch nicht dadurch kaschieren, daß jetzt einige wenige über 90jährige Täter vor Gericht gestellt werden.

**RA Ralph Dobra, Gotha**

Mit Stolz kann ich sagen, daß ich zu den ersten Lesern des „RotFuchs“ gehöre. Seit 23 Jahren! In der September-Ausgabe vertrat jemand die Meinung, daß der RF „uneingeschränkte DDR-Nostalgie“ brächte und die Beiträge zum Wissenschaftlichen Sozialismus überflüssig seien.

Diese Haltung teile ich nicht. Ich meine, wir

brauchen die wissenschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus heute mehr denn je. Sie sollte als Leitfaden für unser Handeln dienen und muß uns deshalb natürlich auch wieder an die Hand gegeben werden.

Ich bin jetzt Mitte 50. In jungen Jahren, als ich mich mit Marx, Engels und Lenin befaßte, habe ich nicht immer alles verstanden. Heute im reiferen Alter und mit einer gewissen Lebenserfahrung begreife ich vieles besser – auch dank „RotFuchs“. Immer noch lerne ich sehr gerne dazu und lese gerade diese Artikel mit Begeisterung.

Bleibt noch zu erwähnen, daß mir der Beitrag von Andrea Wohlfahrt „Die Kunst am Bau von Neubrandenburg“ in Nr. 272 sehr gefallen hat. Obwohl ich kein ausgewiesener Kunstkennner bin, sehe ich den eklatanten Unterschied zwischen dem, was die DDR zu bieten hatte und dem, was heute in der BRD als Kunst verkauft wird. Vielen Dank für diesen Artikel. Großartig!

**Jens Wunderlich, Quedlinburg**

Ein Foto in der Märkischen Allgemeinen trug den Titel: U-Bahnlinie A, 1968.

Drei Passagiere gucken mürrisch, unzufrieden und gleichgültig in die Kamera. Ob sie von der Arbeit kommen oder erst zur Arbeit fahren, kann man ihnen nicht ansehen. Der eine hat eine verbundene Hand und alle drei machen den Eindruck von Angestellten.

Was soll dieses Foto suggerieren? Wie ungerne und gezwungen sie in der DDR lebten?

Es ärgert mich, daß man jedes Mittel benutzt, die DDR zu diskreditieren.

„Bonjour Tristesse“. So die Überschrift. Nein. Tristesse – das war nicht die DDR. Und heute? Fahren die Leute wirklich fröhlich lachend zur Arbeit, glücklich darüber, daß sie einen Job haben? Und darüber, daß sie immer noch nicht für die gleiche Arbeit den selben Tariflohn bekommen wie ihre Westkollegen?

Das Foto war nicht nur in der Märkischen Allgemeinen, sondern auch im „Neuen Deutschland“ zu sehen. Es wurde unter vielen einer Ausstellung ausgewählt.

**Beate Bölsche, Beetzsee**

Als dieses Land nach dem letzten, von ihm begonnenen Krieg in Trümmern lag und die Menschen einen Weg zurück aus der Barbarei suchten, war es das menschliche Maß, dem sie folgten. Nach den Verheerungen unter dem Banner des Übermenschentums, die den Krupps und Flicks die Taschen gefüllt hatten, sollten sich die politischen Entscheidungen nach dem Wohl von Lieschen Müller und Hans Meier richten, nach dem erkennbaren, fühlbaren Besseren im Alltag. So zumindest haben wir in der DDR gelebt. Nicht das Leben einiger weniger, einer Elite, der Besserverdienenden, sondern eben das Leben von Lieschen Müller und Hans Meier waren der Maßstab für das menschliche Maß.

Wenn es nicht mehr unser Ziel ist, daß der Mensch dem Menschen ein Freund ist, dann ist es gleich, womit man das begründet, das menschliche Maß ist vergessen, und damit ist die Pforte geöffnet für alle Arten der Unmenschlichkeit.

Ja, es hat sich geändert. Sich um den Nachbarn zu sorgen, also den Menschen, dessen Nöte und Sorgen man kennen kann, das wurde

erst als spießbürgerlich, dann als völkisch beschimpft. Das konkrete Gute, das mit den eigenen Händen abgemessen, mit den eigenen Augen gesehen werden kann, lieben wir uns für unwichtig erklären, schlimmer noch, für rückwärtsgewandt und engstirnig; aber ein Abstraktes soll wieder alle Opfer wert sein, und natürlich sind es wieder *unsere* Opfer und nicht die der Krupps und Flicks, oder, aktueller, der Gates und Klattens.

Wir müssen dringend zurückkehren zum menschlichen Maß. **Liane Kilinc, Potsdam**

*Zu Theodor Weißenborn: Gedanken zur Zeit, RF 273, S. 29*

Die Oktober-Ausgabe fand ich, ebenso wie die meisten Hefte Ihrer Zeitschrift, wiederum sehr interessant.

So auch die „Gedanken zur Zeit“, die mich zum eigenen Nachdenken anregen.

In der DDR wurde viel Wert auf die Vermittlung von Erkenntnissen aus den Naturwissenschaften gelegt. Noch heute bin ich diesem Land und meinen Eltern dankbar, daß in ihrer Wertevermittlung nicht das Christentum, sondern der Atheismus die bestimmende Rolle einnahm.

Seit einem reichlichen Jahrzehnt beschäftige ich mich mit den Religionen, vor allem mit der christlichen. Dabei trieb und treibt mich immer noch die Frage, weshalb so viele Menschen, jetzt zunehmend auch in den neuen Bundesländern, an Gott glauben? Unstrittig ist doch, daß unser heutiges Weltbild durch Kosmologie, Physik, Evolutionstheorie und die moderne Hirnforschung bestimmt wird. Ebenso unstrittig ist, daß diese Sicht auf die Welt mit dem Bild, das Christentum und Kirche verbreiten, eigentlich nicht mehr vereinbar ist. Wie kann es dann sein, daß so viele an Dinge glauben, die so offensichtlich im Widerspruch zum materialistischen Denken und zum gesunden Menschenverstand stehen?

Dies ist zunächst mit dem starken Einfluß von Kirche und Staat zu erklären, bei dem es darum geht, den christlichen Glauben stetig weiter zu verbreiten. Beide Institutionen nutzen ihre nicht unbeträchtliche Macht sowie die ihnen zur Verfügung stehenden umfangreichen finanziellen und materiellen Mittel.

In den Familien werden Kinder meist darüber aufgeklärt, daß es zum Beispiel den Weihnachtsmann und Osterhasen nicht wirklich gibt, aber am „Märchen“ vom lieben Gott halten viele fest und bestärken die Heranwachsenden darin.

Nicht zuletzt spielen Medien eine nicht zu unterschätzende Rolle, die den Gottesglauben und die christliche Religion preisen. Besonders perfide empfinde ich die Suggestion vom angeblich besserem Leben nach dem Tod. Wer daran glaubt, legt sein Schicksal in Gottes Hand und beraubt sich der Fähigkeit zur eigenen Lebensgestaltung. Ein „zweites Leben“ nach dem Tod gibt es nicht.

Es geht nicht darum, Menschen, die an eine höhere Macht glauben, zu diskriminieren oder zu verachten. Schon gar nicht, dies betrifft auch alle anderen Religionen, darf deren Gläubigen Gewalt angetan werden. Es geht darum, mit ihnen gemeinsam dafür zu kämpfen, daß die Welt erhalten bleibt und Kriege von ihr verbannt werden.

**Reinhardt Koblichke, Aschersleben**



### RotFuchs-Veranstaltungen im Dezember

#### ■ „RotFuchs“-Gruppe Brandenburg an der Havel

**Am 10. Dezember um 17 Uhr spricht Männe Größ,** Landesvorsitzender der DKP Brandenburg, auf einer gemeinsamen Veranstaltung zum Thema: **Belarus im Fadenkreuz von NATO und EU.**

**Ort:** Bertolt-Brecht-Gymnasium, Prignitzstraße 43, 14770 Brandenburg a. d. Havel

#### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 12. Dezember um 10 Uhr spricht Wilfried Berthold** zum Thema: **Der 200. Geburtstag von Friedrich Engels. Was hat uns Engels heute noch zu sagen?**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

#### ■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 19. Dezember um 11 Uhr:

**Unsere Bilanz 2020 – Unser Ausblick für 2021**

**Ort:** Clubgaststätte TC Erfurt 93, Binderslebener Landstraße 140, 99092 Erfurt

### RotFuchs-Veranstaltungen Januar 2021

#### ■ Regionalgruppe Cottbus

**Am 16. Januar um 10 Uhr spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler** zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien. Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

**Ort:** „Brandenburger Hof“, Friedrich-Ebert-Straße 33, 03044 Cottbus

#### ■ Regionalgruppe Dresden

**Am 16. Januar um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Dr. Lemke** zum Thema: **200. Geburtstag Friedrich Engels – Was hat uns der Analytiker von Krieg und Militär in seiner Zeit heute noch zu sagen?**

**Ort:** Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

#### ■ Regionalgruppe Leipzig

**Am 27. Januar um 18 Uhr** spricht Dr. Hartmut König (Liedermacher und Mitbegründer des

Oktoberklubs) zu seinem gleichnamigen Buch: **„Warten wir die Zukunft ab“.**

**Ort:** Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

#### ■ Regionalgruppe Gera

**Am 30. Januar um 14 Uhr** spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien – Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

**Ort:** Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Markt 12 A, 07545 Gera

#### ■ Regionalgruppe Neubrandenburg

**Am 30. Januar um 10 Uhr** spricht Wolfgang Herrmann, früherer Berater der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Die aktuelle politische Situation in den Ländern Lateinamerikas.**

**Ort:** Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

**Die Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen statt.**

## IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

#### Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

#### Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),  
Bruni Steiniger

#### Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“  
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin  
Tel. 0160-238 30 85  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

**Layout:** Rüdiger Serinek

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk

**Internet:** www.rotfuchs.net

**Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.**

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

#### Autorenkreis:

Joachim Augustin  
Dr. Matin Baraki  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Prof. Dr. Achim Dippe  
Ralph Dobrawa  
Dr. Peter Elz  
Peter Franz  
Bernd Gutte  
Helmuth Hellge  
Wolfgang Herrmann (Dreesch)  
Lutz Jahoda  
Rico Jalowietzki  
Uli Jeschke  
Rudi Kurz †  
Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Wolfgang Metzger  
Jobst-Heinrich Müller  
Horst Neumann  
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)  
Heinz Pocher  
Hans Schoenefeldt  
Prof. Dr. Rolf Sieber  
Peter Steiniger  
Johann Weber  
Theodor Weißenborn  
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)  
Edda Winkel

#### Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

#### Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,  
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30  
vertrieb@rotfuchs.net

oder Heiner Brendel  
Tel. 030-654 45 94  
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

#### Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,  
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73  
WDockhorn@t-online.de

**Finanzen:** Jürgen Claußner  
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin  
Tel. 030-427 27 66

#### Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein  
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00  
BIC: BELADEBEXXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.